



(Beginn: 14.39 Uhr - Ende: 19.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 23. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders unsere Nachwuchskräfte, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für die kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen. Ich begrüße natürlich alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bürgermeister und natürlich den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Tayfun Keltek, sowie alle Mitglieder des Rates.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie zunächst, mit mir den Opfern der schweren Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Die Bilder aus dem Erdbebengebiet haben uns alle tief erschüttert, und in Gedanken sind wir bei den Angehörigen der Opfer und denen, die ihre Liebsten vermissen und deren Hoffnung von Stunde zu Stunde schwindet. Viele Kölnerinnen und Kölner haben familiäre Wurzeln in der Türkei oder auch in Syrien. Sie bangen mit ihren Angehörigen. Auch ihnen gelten natürlich unsere Gedanken und unsere guten Wünsche in diesen Tagen. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass die dringend benötigte Hilfe zügig dort ankommt, wo sie am wichtigsten ist. - Vielen Dank, dass sie mit mir an die Opfer denken. Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Bevor ich in die Tagesordnung und ihre Abstimmung einsteige, möchte ich Herrn Kienitz sehr herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Besonders begrüßen möchte ich zudem heute natürlich unser neues Ratsmitglied, Frau Gabriel, die ich direkt zu Beginn verpflichten möchte. Frau Gabriel wurde für die KLIMA FREUNDE als Nachfolgerin von Frau Gabrysch festgestellt, und sie hat die Nachfolge angenommen.

Frau Gabriel, ich bitte Sie, nach vorne zum Rednerpult zu kommen, und alle Anwesenden, auch die Gäste und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, bitte ich sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Frau Gabriel, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]: Ja! - Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Derichsweiler, Herr Schallehn, Herr Weisenstein, Herr Jeschka, Herr Spehl, Herr Dr. Schlieben, Herr Joisten und Herr Philippi.

Als Stimmzählerinnen benenne ich: Frau Oedingen, Frau Heithorst und Frau Röhrig.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt sowie das frühere Ratsmitglied Gabrysch und Ratsmitglied Zimmermann haben am 02.02. fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema Stellenabbau von Ford im Standort Köln eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln sollten. Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: TOP 7.3, TOP 10.27 und TOP 10.28, TOP 17.4 bis TOP 17.9.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.2, 10.7 und 10.17.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ich sehe eine Wortmeldung. - Bitte sehr.



Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte zu zwei Tagesordnungspunkten eine Befangenheitserklärung abgeben. Das wäre zum einen zu Tagesordnungspunkt 12.1, da trägt sich Frau Dickas als befangen ein, und in meinem Fall zu 24.3, da werde ich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Danke schön. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir die von Ihnen angedachte Zusetzung unter 17.8, „Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht“, in die Sitzung des Hauptausschusses verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, wird erledigt. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für den Tagesordnungspunkt 10.21 - da geht es um den Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt, Vergabe externer Fachbüros usw. - gab es im Kulturausschuss seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf. Der hat sich mittlerweile erledigt. Insofern könnten wir aus unserer Sicht heute den Tagesordnungspunkt beraten und beschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich erkläre mich bei Punkt 26.3 für befangen und werde dann den Raum verlassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Da ist noch eine Wortmeldung. - Herr Büschges.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir sprechen auf jeden Fall formal gegen die Schiebung des Punktes 17.8 in den Hauptausschuss. Wir können uns nicht vorstellen, dass das so geht. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann würde ich darüber direkt abstimmen lassen. Dann ist das erledigt. Meines Erachtens ist es rechtlich möglich, weil es keine Verhältniswahl ist. Aber ich lasse gerne darüber abstimmen. Wer wünscht, dem Verweisungsantrag zu folgen, den bitte ich um das Handzeichen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dem Vertagungsantrag?)

- Dem Verweisungsantrag.

Das sind SPD, die LINKEN, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Dringlichkeitsanträge haben wir keine. Dann komme ich jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung?

Philipp Busch (AfD): Entschuldigung, bin ich dran?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja!

Philipp Busch (AfD): Danke. - Doch, zur Dringlichkeit. Wir haben doch Dringlichkeitsanträge auf der Tagesordnung, also zumindest Verwaltungsvorlagen. Wir würden formal dagegensprechen, dass die dringlich sind. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie das bitte einmal konkretisieren, was Sie meinen? Ich lasse dann über die Änderung der Tagesordnung als Ganzes abstimmen.

Philipp Busch (AfD): Gerne. Das kann ich konkretisieren. Es gibt ja - das hatten Sie eben auch noch mal angefragt - nachgeschobene Verwaltungsvorlagen, und gegen deren Dringlichkeit habe ich gerade formal gesprochen.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Von welcher Vorlage?

Philipp Busch (AfD): Alle. Gesamt. Das hatte ich auch gesagt: Gesamt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir vertagen alles? Nennen Sie doch einfach Tagesordnungspunkte! Meine Güte!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, alle dringlichen Vorlagen. Einverstanden? Dann lasse ich darüber mit der Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen. - Okay.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst einmal darüber abstimmen, ob alle dringlichen Vorlagen oder Anträge zur Tagesordnung mitbehandelt werden sollen. Wer das nicht wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht.

Dann kann ich jetzt über die Tagesordnung abstimmen lassen in der soeben geänderten Form. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? Der AfD-Fraktion. - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Aktuelle Stunde zum Stellenabbau von Ford im Standort Köln“
AN/0239/2023**

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zunächst eine kurze Stellungnahme aus Sicht der Stadtverwaltung. Ich spreche sicher für uns alle, wenn ich sage: Wir unterstützen die Beschäftigten von Ford und setzen uns mit ihnen dafür ein, dass jede Stelle erhalten bleibt. Wir werden alle Gesprächskanäle nutzen, und wir werden auch alles dafür tun, um den im Raum stehenden Stellenabbau - wenn er dann eintritt - so gering wie möglich zu halten. Der Presse ist die aktuelle Kommunika-

tionslinie des Managements immer wieder zu entnehmen. Diese Kommunikationslinie trägt zur Unsicherheit vieler Ford-Mitarbeitenden bei.

Ich selbst kann zur weiteren Entwicklung von Ford keine belastbare Aussage treffen, aber der Betriebsrat wird natürlich in mir - wie auch bisher - eine Ansprechpartnerin haben, wenn er das wünscht. Er kann sich meiner und unserer Unterstützung sicher sein. Aber ich bitte auch darum, dass wir uns nichts vormachen. Eine deutsche Oberbürgermeisterin, und sei es auch die Oberbürgermeisterin der viertgrößten Stadt der Republik, wird unternehmerische Entscheidungen, die in den USA getroffen werden, nicht beeinflussen können.

Die Pläne von Ford, die ebenfalls bekannt wurden, haben mich überrascht, denn das letzte harte Sparprogramm, das auch unseren Standort hier in Köln stark getroffen hat, liegt gerade einmal drei Jahre zurück. Andererseits wurde unlängst erst ein milliarden schweres Investitionsprogramm für Köln bekanntgegeben. Und das ist ein starkes Bekenntnis zum Industriestandort Köln. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Ford an dieser Investition weiter festhält.

Sie alle wissen ja, dass die gesamte Automobilbranche weltweit im größten und umfassendsten Transformationsprozess ihrer Geschichte ist. Die Umstellung vom Verbrennungsmotor auf Elektromobilität wird ein entscheidender Einschnitt sein. Und in Köln wollen wir an der Transformation des Individualverkehrs hin zur Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit teilhaben. Wir werden uns der damit verbundenen Realität stellen müssen, dass von dieser Transformation insbesondere auch viele Zulieferer betroffen sein werden. Ich bin jedenfalls vom Standort Köln und seiner Qualität zu 100 Prozent überzeugt. Ford Köln muss in Europa weiterhin führender Automobilhersteller bleiben, und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen. Wir sind bereits in Gespräche mit der Landesregierung gegangen, und stimmen uns eng über das weitere Vorgehen ab. Alle weiteren Aktivitäten werden wir gemeinsam unternehmen. Ich stehe natürlich auch mit dem Ford-Management im Austausch und biete auch dort an, Auswirkungen eines möglichen Stellenabbaus mit städtischen Angeboten an Mitarbeitende von Ford abzumildern.

Ich würde jetzt gerne noch den Wirtschaftsdezernenten, Herrn Haack, der sich auch ganz eingehend natürlich mit dem Thema beschäftigt hat, bitten, mich zu ergänzen. - Herr Haack.



Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Nachrichten zum geplanten Stellenabbau bei Ford in Köln haben auch die Verwaltung sehr überrascht. Seitdem gibt es einen regelmäßigen Austausch auf den unterschiedlichen Ebenen der Geschäftsführung zwischen der Oberbürgermeisterin, der KölnBusiness und mir. Auch uns treibt die große Sorge um die Zukunft der Entwicklungsabteilung von Ford, in der etwa 5 000 Mitarbeiterinnen arbeiten, und der avisierte Stellenabbau in der Verwaltung. Daher hat Frau Oberbürgermeisterin Reker direkt nach Bekanntwerden der Abbaupläne das Headquarter von Ford in der Person des CEO und des Aufsichtsratsvorsitzenden in den USA angeschrieben und um ein Gespräch gebeten. Denn die Entscheidung - Frau Reker hat es gerade gesagt - darüber, was in Europa und damit in Köln passiert, wird nicht hier getroffen, sondern in der Zentrale in den USA.

Wir haben gegenüber dem CEO und dem Aufsichtsratsvorsitzenden in Dearborn die Standortvorteile von Köln beschrieben und deutlich gemacht, dass sie in unseren Augen einen gravierenden Fehler begehen, wenn sie die Entwicklungsabteilung in Deutschland reduzieren. Die Nachricht vom Stellenabbau kam auch daher so überraschend, weil Ford noch vor kurzem bekanntgegeben hat, ein milliardenschweres Investitionsprogramm für den Standort in Köln durchzuführen, um das sogenannte Cologne Electrification Center in Niehl aufzubauen. Die Rede ist hier von einer Investition von etwa 2 Milliarden Euro. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass an dieser Investition festgehalten wird.

Weiterhin läuft das Schulungs- und Trainingsprogramm der Mitarbeiter zur Produktion und Endmontage von E-Autos unverändert weiter. Ebenso ist eines der größten 3D-Druckzentren mit zwölf Hochleistungs-3D-Druckern geplant, in dem zukünftig Ersatzteile nachproduziert werden können. Ein absolutes Leuchtturmprojekt für die Digitalisierung in der Industrie. Wir dürfen daher davon ausgehen, dass der Produktionsstandort von Ford in Köln damit langfristig gesichert ist.

Für Ford ist Köln das Zentrum der europäischen Elektroautoproduktion. Mit dem Bau des europäischen Electrification Center, insbesondere in Kombination mit dem bereits bestehenden exzellenten Entwicklungszentrum, sehe ich höchstes Zukunftspotenzial für die Firma und ihre Mitarbeitenden in unserer Stadt. Schon in diesem Jahr wird hier der erste vollelektrische Ford in Europa vom Band rollen. Binnen sechs Jahren, so hat

Ford Deutschland angekündigt, sollen 1,2 Millionen E-Fahrzeuge folgen. Ich halte es daher für verfrüht, hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiter freizusetzen, wenn Ford seine visionären Pläne in so kurzer Zeit umsetzen möchte. Ich glaube, dass jede Stelle, die morgen abgebaut werden könnte, übermorgen fehlen wird.

Die Stimme der Oberbürgermeisterin - das hat sie auch gerade selbst schon gesagt - hat bei solchen unternehmensstrategischen Überlegungen in einem international agierenden Unternehmen jedoch nur einen begrenzten Einfluss. Sie signalisiert Wertschätzung und Unterstützung für den Erhalt der Arbeitsplätze, aber sie kann die endgültige Entscheidung kaum beeinflussen. Daher haben wir von Anfang an die Zusammenarbeit mit der Landesregierung gesucht. Denn wenn Stadt und Land auf internationaler Bühne gemeinsam auftreten, hat dies eine größere Wirkung, als wenn es die Stadt Köln alleine macht.

Wir sind in intensive Gespräche mit der Landesregierung gegangen und stimmen uns eng über das weitere Vorgehen ab. Alle weiteren Aktivitäten - auch das hat Frau Reker gerade schon erwähnt - werden wir gemeinsam mit unserer Landesregierung unternehmen. Gestatten Sie mir diesen Nebeneinwurf: Auch bei dem Unternehmen Lufthansa setzen wir auf diese Kooperation.

Noch haben wir keine Antwort aus den USA erhalten, aber man wird sich unserem Gesprächswunsch kaum verwehren können. Ich und wir sind uns sicher, dass wir hier in einem engen Schulterschluss zwischen dem Land und der Stadt die besten Chancen haben, Arbeitsplätze in Köln zu sichern.

Die Geschäftsleitung von Ford Deutschland, der Betriebsrat und die Gewerkschaften - also die Sozialpartner - eint das Ziel, ein profitables Unternehmen mit möglichst vielen Arbeitsplätzen in Europa, Deutschland und Köln auf Dauer zu erhalten. Hinter diesem Ziel haben sich auch die Landesregierung und die Stadt Köln versammelt. Natürlich gibt es auf dem Weg dahin zwischen den Sozialpartnern noch viele Themen zu diskutieren. Die Stadt Köln kann hier nur an alle Beteiligten appellieren, die Weichen für eine sichere Zukunft und für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze zu stellen. Wir werden unseren Teil gemeinsam mit der Landesregierung dazu beitragen, uns in Dearborn für den Erhalt der Arbeitsplätze in Köln einzusetzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Erste hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und an den Bildschirmen zu Hause, oder wo auch immer! Sie erlauben, dass ich ganz kurz, bevor ich zu TOP 1.1 spreche, dies sage:

Über 16 000 tote Menschen in der Türkei und in Syrien. Die Zahl steigt stündlich. Das ist mit Sicherheit die erschütterndste Nachricht der letzten Tage in einer Zeit, die mit schlimmen Nachrichten nicht spart. Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für die Gelegenheit, in diesem Ratssaal auch zu gedenken. Die Schweigeminute war eine Geste der Solidarität, eine Geste der Menschlichkeit.

(Beifall)

Und nun natürlich trotzdem zu dem Thema, das uns heute in der aktuellen Stunde beschäftigt: der drohende Stellenabbau bei Ford am Standort Köln. Tausenden Menschen, die bis vor Kurzem noch mit vollem Vertrauen ihre berufliche Zukunft in die Hände von Ford gelegt haben, hat das Management jetzt um jede Sicherheit gebracht. Deswegen möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Wir stehen an der Seite der 14 000 Beschäftigten bei Ford, für die die Ungewissheit über den eigenen Arbeitsplatz eine schwere Belastung ist. Wir stehen an der Seite der Betriebsräte und Gewerkschaften, die mit großer Erfahrung und Expertise um diese Arbeitsplätze kämpfen und die im Falle von Entlassungen dafür sorgen werden, dass dies sozialverträglich geschieht.

Wir halten die Überlegungen von Ford, in Köln in der Entwicklungsabteilung bis zu 2 500 Stellen zu streichen und damit die Produktentwicklung in Europa weitgehend zu beenden, für falsch. Autos für den europäischen Markt sollten in Europa und damit in Köln entwickelt werden. Der Fokus auf die großen in Amerika beliebten Modelle wird unserem Markt nicht gerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Glück stehen hier nämlich nur wenige Menschen auf aufgepumpte Pick-ups und fette SUVs. Außerdem werden natürlich die Folgen für unsere Stadt massiv. Das bedeutet nämlich zum einen, Köln würde nicht nur Arbeitsplätze verlieren, sondern auch seine Bedeutung als wichtiger Wirtschaftsstandort, an dem zukunftsweisende An-

triebstechnologien für Fahrzeuge entwickelt werden. Zum anderen bedeutet das, dass vor- und nachgelagerte Ingenieursdienstleistungen aus Unternehmen in der mittelbaren und in der unmittelbaren Umgebung überflüssig würden. Wie viele Kölner Wirtschaftsbereiche betroffen sein würden, zeigt auch dieses Beispiel: Auch die Bäckerei, die bisher diese mehrere Tausend Menschen bei Ford mit Brötchen versorgt hat, würde signifikant Kundschaft verlieren. Das alles mit kaum absehbaren sozialen Folgen.

Es ist also klar: Das würde uns hier in Köln auf vielen Ebenen schwächen. Es ist aber auch klar - Frau Oberbürgermeisterin hat es gesagt -: Die unternehmerische Entscheidung wird final in den USA gefällt und die Faktoren, die dabei Einfluss haben, sind vielfältig. So spielt natürlich auch das milliarden schwere Antiinflationpaket der US-Regierung eine Rolle. Dass Robert Habeck und Emmanuel Macron hier in Gespräche gehen, um die Wettbewerbsnachteile für Europa abzuschwächen, kann man da nur gutheißen. Ändern können wir das hier in Köln nicht.

Die Entscheidung eines Unternehmens, welche Bereiche wo gestärkt oder geschwächt werden, ist aber immer auch von Standortbedingungen abhängig. Und dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir ins Spiel. Denn wir haben es in der Hand, wie wir den Wirtschaftsstandort Köln gestalten. Wir Grünen wollen vor allem klimafreundliche Technologien unterstützen, und da gehört die E-Mobilität, auf die nun endlich - leider allerdings viel zu spät - auch Ford sein Augenmerk gelegt hat, natürlich dazu.

Wir Grünen wollen den Standort Köln mit seiner exzellenten Hochschulanbindung vor allem für innovative und nachhaltige Wirtschaftsbetriebe stärken.

Herr Haack als Wirtschaftsdezernent hat es eben dargestellt: Auf vielen Ebenen sind wir bereits erfolgreich, wenn es darum geht, Köln als ein Zuhause für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu entwickeln und optimale Ansiedlungs- und Bleibebedingungen für Unternehmen anzubieten. Hier dürfen und werden wir nicht nachlassen.

Es geht aber um noch etwas: Wenn Köln als Standort für innovative Wirtschaft attraktiv sein möchte, dann muss hier auch ein innovativer Mindset spürbar und sichtbar sein. Schlichtes Beispiel: Wenn wir Entwicklungs- und Produktionsstandort für E-Autos sein wollen, wäre es absurd, wenn wir die Ladeinfrastruktur für eben jene Autos nicht schnellstmöglich und enorm ausbauen.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Ich bin übrigens sehr zufrieden, dass wir genau das jetzt mit der beschlossenen zweiten Ausbaustufe tun.

Wir sind davon überzeugt, dass der Standort Köln ein hervorragender sein kann, auch für Ford. Wir wünschen deshalb dem Betriebsrat Erfolg bei den Verhandlungen für die Menschen, für das Unternehmen, für Europa und für Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren, hier auf der Zuschauertribüne und auch an den digitalen Endgeräten! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor mehr als 92 Jahren war es Konrad Adenauer, der Ford nach Köln geholt hat. Es war so, dass die Entscheidung damals getrieben war durch die Kompetenz und die guten Arbeitskräfte, die wir in Köln hatten. Das ist der Punkt, an dem wir heute wieder ansetzen können. Deshalb möchte ich - und auch wir als CDU - dem Bekenntnis, das meine Kollegin eben gegeben hat, ganz klar beipflichten: Köln gehört zu Ford und Ford gehört zu Köln! Deshalb ein klares Bekenntnis: Für den Autostandort Köln ist es wichtig, dass hier weiterhin nicht nur Autos gebaut werden, sondern für den europäischen Markt auch entsprechend Autos entwickelt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Diese Entwicklung bedeutet nämlich vor allen Dingen die Sicherung nicht nur der Arbeitsplätze von heute, sondern auch der Arbeitsplätze von morgen und übermorgen. Denn eines ist klar: Wenn die Entwicklung aus Köln weggeht in die USA zurück, ist das Risiko, dass auch in zehn Jahren in Köln keine Autos mehr gebaut werden, groß. Genau das ist es, was wir nicht wollen. Vor dem Hintergrund noch einmal klare Solidarität mit den Mitarbeitenden bei den Ford-Werken und dem Betriebsrat: Wir werden diesen Prozess unterstützen und wir sind sehr froh, dass auch die Verwaltung und das Ministerium in Düsseldorf diesen Prozess unterstützen. Was wir tun können, werden wir tun.

Was wichtig ist - das ist der zweite Aspekt neben der aktuellen Situation -, ist, dass wir weiter an den Rahmenbedingungen arbeiten. Diese Rahmenbedingungen für einen Entwicklungsstandort in Köln sind nicht schlecht. Im Gegenteil: Sie sind sehr gut im europäischen und auch im deutschen Bereich. Wenn man sich die Infrastruktur der Datennetze anschaut: Wir sind Glasfaserstadt Nummer eins. Das gilt es weiter auszubauen, um die Rahmenbedingungen auch weiter in dem Punkt zu setzen. Als E-Mobility-Standort ist Europa und auch Deutschland zwischenzeitlich führend. Das ist auch einer der Gründe, warum Ford hier in Köln in die Produktion von E-Autos investiert. Das gilt es, auf nationaler wie auch auf lokaler Ebene weiter auszubauen, um ihnen den Rücken zu stärken und auch Perspektiven aufzuzeigen.

Ich glaube, dass es weiterhin wichtig ist - egal, wie die Entscheidung jetzt fällt -, dass wir in den nächsten Jahren hart darum kämpfen, dass wir den Vorteil, den wir hier in Köln haben - nämlich extrem gut ausgebildete Menschen, die ihr Know-how einbringen, um auch in dieser Branche das nächste Jahrzehnt zu gestalten und weiterzuentwickeln - weiterhin stärken, dieses Potenzial nutzen und auch noch nochmal Richtung USA aufzeigen, dass dieses Potenzial da ist und dass es eine Riesenchance ist. Dass es keine Bedrohung für die amerikanischen Arbeitsplätze ist, sondern die Voraussetzung, dass auch ein amerikanischer Konzern in Europa und auch in Deutschland gute Geschäfte machen kann. Wenn wir diese Botschaft Richtung USA mitgeben, haben wir vielleicht doch noch mal die Chance, diesen Prozess ganz konkret in eine andere Richtung umzukehren. Wir alle können auch mit kleinen Beiträgen in Summe einen weiteren großen Beitrag dazu leisten, indem wir weiterhin Ford unterstützen. Wir als CDU-Fraktion machen das gerne. Wir fahren ein Fahrzeug aus dem E-Produktportfolio und sind damit sehr zufrieden. Das ist ein kleines Zeichen in diesen Tagen. Aber insgesamt klares Bekenntnis: Ford gehört zu Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die SPD-Fraktion das Wort. Lisa Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei aller Solidaritätsbekundung geht es um nichts Geringeres als



die mittelfristige Zukunft des größten zivilen Arbeitgebers dieser Stadt, der Firma Ford. Die örtliche Geschäftsführung hat nach unseren Informationen einen Maulkorb erhalten. Also sprechen wir im Rat mit den Betroffenen, dem Betriebsrat. So wäre eigentlich der naheliegende Schluss. Aber die Mehrheit dieses Rates erkennt darin offensichtlich keinen weiteren Sinn. Sie findet nämlich keine Mehrheit dafür, den amtierenden Betriebsratsvorsitzenden von Ford im Rat sprechen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Bitte erzählen Sie uns nicht, es ergebe sich aus unserer Geschäftsordnung, dass Externe in einer aktuellen Stunde nicht sprechen dürften. Vielfach haben uns hier - und das sehr zu Recht - Personen aus der Zivilgesellschaft bestens informiert. Und das war auch gut so. Denn es ist das hohe Recht eines jeden Gremiums, also auch unseres Rates, darüber zu entscheiden, ob er es zulässt, zu unser aller Information auch Gäste sprechen zu lassen. Diese Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Ratsbündnis, haben Sie gegen das Votum der SPD verpasst. Sie haben es auch verpasst, bereits dadurch ein starkes Signal für die Fordlerinnen und Fordler unserer Stadt zu setzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Damit müssen Sie jetzt selbst klarkommen.

Aber zur Sache: Die SPD hat sich mit den Ford-Betriebsräten, mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Benjamin Gruschka und der Eurobetriebsratsvorsitzenden Katharina von Hebel sowie dem Sprecher der Vertrauensleute, Markus Gluch, getroffen, inhaltlich ausgetauscht und informieren lassen. Die mögliche Entscheidung der Geschäftsführung von Ford, mehr als 3 000 - und zwar mehr als 3 000 - Stellen in Köln zu streichen, kann so nicht hingenommen werden. Das trifft Köln zutiefst ins Mark, denn es trifft auch die Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe - Frau Martin, Sie nennen die Bäckereien -, bis hin zum kleinen Büdchen auf der Ecke des Werksgeländes. Dahinter stecken nämlich Tausende Arbeitsplätze. Schließlich geht es darum, den Industriestandort Köln auch als Traditionsstandort in dieser Form und die Entwicklung der Elektromobilität zu gewährleisten. Ford selbst schreibt dazu auf seiner Webseite:

Global planen wir, bis 2026 mehr als 50 Milliarden US-Dollar in die Elektrifizierung unserer Fahrzeugflotte zu investieren.

Das hieße für uns: Der Standort Köln muss maßgeblicher Bestandteil dieser Investition sein. Dafür müssen wir kämpfen. Wer kämpft, kann verlieren. Aber, liebe Frau Oberbürgermeisterin, wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Ich danke auch den Worten von Herrn Haack, im Hinblick auf Unternehmen wie Kaufhof, Lufthansa, aktuell die RTL, dass wir hier Impulse setzen und aus Köln versuchen, Unternehmen und Arbeitsplätze in Köln für die Menschen in Köln zu halten.

Ford gehört zu Köln und das muss auch so bleiben. Wir müssen gemeinsam mit Ford eine verlässliche Perspektive für den Standort Köln entwickeln und die Forschung im Bereich der Elektroautos sowie die Entwicklung der Produktion dieser Fahrzeuge am Standort stärken.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dazu benötigen wir sowohl eine Strategie auf Bundesebene als auch kluge regionale Konzepte. Es braucht ein technologieoffenes Zukunftskonzept für den Bau von bezahlbaren E-Autos bei den Kölner Ford-Werken. Und wir brauchen ein Umfeld, das die Nutzung der E-Mobilität für alle möglich macht. Die Bereitstellung einer entsprechenden Ladeinfrastruktur gehört dabei zu den zentralen Aufgaben einer Kommune, die wir städtisch leisten können. In Köln können und müssen wir da deutlich besser werden. Auch dafür wird sich die Kölner SPD weiterhin mit Nachdruck einsetzen. Die Ford-Belegschaft kann sich auf den vollen Einsatz der SPD verlassen. Für den Kampf des Erhalts der Arbeitsplätze stehen wir an Ihrer Seite, und wir werden nicht klein begeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Gäste auf der Tribüne! Besonders begrüßen möchte ich den Ford-Betriebsrat Benjamin Gruschka und die weiteren anderen Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)



Sollte der geplante Stellenabbau bei Ford wie angekündigt eintreten, dann wäre dies eine Katastrophe. Eine Katastrophe für die Beschäftigten, für das Unternehmen selbst und für Köln als Kommune und Wirtschaftsstandort.

Eigentlich hätte heute der Ford-Betriebsrat selbst in dieser Runde zu Wort kommen sollen, um über den Stand der Dinge zu informieren. Auch die Geschäftsführung hätte eingeladen werden sollen. Lisa Steinmann hat es gesagt: Beides wurde durch das Gestaltungsbündnis verhindert. Damit haben wir eine große Chance vertan, unsere Wertschätzung auszudrücken.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es verhärtet sich weiter der Eindruck, dass Bündnis und die Verwaltungsspitze die Arbeitsplätze bereits aufgegeben haben, dass keine realen Handlungsabsichten mehr bestehen. Doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind es den 3 200 Beschäftigten, die ihre Stellen verlieren sollen, und deren Familien schuldig, dass jeder noch so kleine Hebel in Bewegung gesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Der gesamte Umgang mit der betroffenen Belegschaft ist bisher, gelinde gesagt, unsäglich gewesen. Lange wurde durch das Unternehmen eine desaströse Informationspolitik betrieben, die Belegschaft bis zum Ende im Dunkeln gelassen. Der Betriebsrat wurde in die beklagenswerte Situation gebracht, den Beschäftigten das Aus ihrer Arbeitsplätze verkünden zu müssen. Ein fairer Umgang mit jahrelang Angestellten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sieht anders aus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser wenig respektvolle Umgang wird leider durch das Verhalten der Stadtspitze nur noch komplettiert. Frau Oberbürgermeisterin Reker, mit Ihrem Tweet zum sozialverträglichen Stellenabbau zeigten Sie leider, dass der Abbau für Sie bereits ausgemachte Sache ist. Der Ford-Betriebsrat fand hierzu klare Worte und zeigt sich maßlos enttäuscht. Bevor von Seiten der Verwaltung jede Hoffnung lapidar mit einem Interview zunichte gemacht wird, hätten zunächst Gespräche mit der Belegschaft und dem Vorstand geführt werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Denn: Wenn das Unternehmen grundsätzlich im europäischen Markt bleiben will, wird sich der Abbau von europäischen Entwicklungskapazitäten als sehr großer Fehler herausstellen. Die für den amerikanischen Markt produzierten Autos werden sich in Europa nicht verkaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Erhalt des Automobilstandortes Köln - um nichts weniger - und die gesamte Wertschöpfungskette, die damit verbunden ist. Das betrifft Köln und die gesamte Region. Denken Sie an die Zulieferer, zum Beispiel das Eisenwerk in Brühl. Auch wenn es sehr spät scheint, müssen wir Vorschläge für den Erhalt dieses Standortes machen. Vor Jahren hatte der DGB-Vorsitzende Wittich Roßmann eine Fläche für einen Batteriestandort eingefordert. Solche aktuellen Vorschläge, fand die Standortssicherung, brauchen wir jetzt! Da sind Verwaltung und Politik gemeinsam gefordert.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Die LINKE wird sich weiterhin für eine Lösung im Sinne der Beschäftigten einsetzen und stellt sich hinter den Betriebsrat von Ford und den Kölner DGB. Lassen Sie nicht locker! Ohne Protest und Widerstand wird es nicht gehen. Viele hier im Kölner Rat werden Sie unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster spricht Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen auf der Bühne! Das war wahrlich keine gute Woche für Köln, für unseren Standort. Zunächst die Hiobsbotschaft von Ford. Anschließend ist uns bewusst geworden, dass Köln als Wirtschaftsstandort zum Spielball der Lufthansa geworden ist. Wir haben offensichtlich überhaupt keinen Glanz mehr. Und dann auch noch die Nachrichten bei RTL. Das sind keine guten Nachrichten für unseren Standort. Wir können als Politiker, ich kann als Fachmann nicht beurteilen, inwieweit betriebswirtschaftliche Umstände zu der Entscheidung geführt haben. Ich kann auch nicht beurteilen, inwieweit das Aus des Verbrennungsmotors, den wir ja alle wollen, zu einem Abbau von Entwicklungsstellen geführt hat. Ich kann auch nicht beurteilen, inwieweit die einzige Mobilitätsform, die E-Mobilität, dazu führt, dass die Fertigungstiefe und damit Planungstiefe bei



PKWs abnimmt und dadurch Arbeitsplätze wegfallen. Das kann ich alles nicht beurteilen. Da bin ich kein Fachmann. Was ich aber beurteilen kann, ist die Reaktion unserer Stadt und, liebe Frau Oberbürgermeisterin, auch der Stadtspitze.

Herr Petelkau hat es eben erwähnt: Konrad Adenauer war es, der durch sein Fingerspitzengefühl und sein Engagement seinerzeit Köln für Ford begeistert hat. Er hat Ford nach Köln geholt. Ich sage provokant: Ich glaube, Herr Adenauer würde sich im Grabe umdrehen, wenn er erleben würde, wie blutarm, wie leidenschaftslos die Stadtspitze sich hier vor Ford stellt!

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

Ich finde, das ist bestenfalls unambitioniert.

Lieber Herr Wirtschaftsdezernent Haack: Wenn Sie hier ein Statement ablesen, ohne Emotion, ohne Feuer, dann zeigt es mir, dass Sie den Ernst der Lage nicht begriffen haben. Ich erwarte mehr!

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und der AfD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere des Ratsbündnisses, was sind das hier für Krokodilstränen, die Sie vergossen haben?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist das denn für eine Unterstellung?)

Wo sind denn in der heutigen Ratssitzung Ihre Anträge zum Standort Köln? Sie haben in der heutigen Ratssitzung nicht einen einzigen gemeinsamen Antrag gestellt, und sagen den Leuten da oben: Wir sind an eurer Seite. Das ist falsch und das lasse ich nicht durchgehen!

(Beifall bei der FDP und der SPD - Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Herr Kienitz, so sehr ich Ihnen Ihren Geburtstag wünsche, aber jetzt rede ich! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede in meiner Lautstärke, Sie reden in Ihrer Lautstärke. Ich möchte eines deutlich machen, weil es mir wichtig ist, und weil sich die vielen Menschen, die in Niehl, in Merkenich und in Longerich wohnen, nicht dafür interessieren, ob in der Innenstadt Lastenfahräder gefördert werden. Die wollen ihre Jobs behalten!

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

Und das Einzige, was das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt hier in Köln bewegt, ist, Köln als Standort und Köln für Autofahrer unattraktiv zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Und dann stellen Sie sich heute allen Ernstes hier hin und sagen: Wir sind an eurer Seite. - Nein, Sie sind es, die Autos raushaben wollen. Und dann dürfen Sie sich auch nicht aufregen, Frau Martin - und ich werde ganz ruhig -, wenn das zum Wegfall von Arbeitsplätzen führt.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie mir gerade zugehört?)

Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Frau Martin, selbstverständlich ist der Bundeswirtschaftsminister auch nicht an der Seite von Herrn Macron. Das ist der Präsident der Französischen Republik.

(Beifall bei der FDP)

Er ist an der Seite des Finanzministers von Frankreich in New York gewesen.

Ich sage Ihnen eines: Hätten Ihre Parteifreundinnen in Berlin nicht TTIP verhindert,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

hätten Sie jetzt nicht in die Vereinigten Staaten reisen müssen. Denn: Hätten wir dieses Abkommen abgeschlossen, dann hätten die Amerikaner dieses IRA überhaupt nicht abschließen dürfen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr regiert im Bund mit!)

- Ich weiß! Ich weiß, dass wir im Bund mitregieren.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollt ihr nicht mehr?)

Ich weiß aber, dass es vorher jahrelang von Ihnen verteuelt wurde. Sie wollten mit den Vereinigten Staaten kein Abkommen abschließen, und jetzt wundern Sie sich, dass die Amerikaner Alleingänge machen - Frau Martin, Sie können gleich gerne reden -, die zu einem Jobverlust in Deutschland führen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)



Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insgesamt ist natürlich auch die Stadt Köln gefordert. Wir haben nachher auch noch das Thema Fachkräftemangel. Ich begrüße an dieser Stelle sehr, Frau Oberbürgermeisterin, Ihre Worte, dass Sie prüfen wollen, ob Ingenieure in den technischen Berufen oder an anderer Stelle in den städtischen Gesellschaften, bei der KVB - oder wo auch immer - eingesetzt werden können. Ich begrüße auch sehr, dass das Arbeitsamt hier offensichtlich schon aktiv geworden ist. Und ich freue mich an dieser Stelle, dass wir hier - wenn es denn zum Stellenabbau kommt - auch Optionen innerhalb des warmen Schoßes der Stadt Köln geben. Aber momentan ist nicht die Stunde, von Sozialplanabfindungen oder von Interessenausgleichen zu reden. Momentan ist die Stunde, sich wie eine Löwin vor das Werkstor bei Ford zu setzen und zu stellen und zu sagen: Wir kämpfen um Ford und ziehen an einem Strang. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Ich versuche diese ganze Debatte mal wieder ein bisschen sachlicher fortzuführen.

Die Beschäftigten müssen sich der Solidarität durch Verwaltung und Politik sicher sein können. Das ist Bekundung und Arbeitsauftrag zugleich. Und alle, die bisher geredet haben, haben eines ganz klar gesagt: Wir sind solidarisch und wir stehen an eurer Seite. Natürlich können sie sich unserer Unterstützung sicher sein. Und da jetzt aus meiner Sicht gerade wirklich viel, - auch teilweise Quatsch - gesagt worden ist, möchte ich darauf ein bisschen Bezug nehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich persönlich habe ein Auto.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Mein allererstes Auto war auch ein Ford. Ich kenne aber Adenauer gar nicht persönlich. Ich weiß also gar nicht, ob er sich gerade im Grab umdrehen würde oder nicht. Ich glaube, Herr Görzel, Sie können ihn auch nicht kennen. Ich weiß nicht, wie sehr das jetzt hier zur Sache beigetragen hat. Ich glaube, ehrlich gesagt, gar nicht.

(Lukas Lorenz [SPD]: Mensch, ist das sachlich!)

Genau. Ich muss hier auch nicht cholerisch rum-schreien, um klarzumachen, dass ich emotional beim Thema bin.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich mag Emotionen wirklich gerne, aber das ist mir zu viel.

(Heiterkeit)

Auch das Thema Lastenfahrräder, die in allen Stadtteilen - nicht nur in der Innenstadt - gefördert werden, möchte ich hier gerne nochmal betonen. Auch als totalen Blödsinn würde ich persönlich bezeichnen, dass „autofreie Innenstädte“ als Grund platziert werden, um einen eventuellen Arbeitskraftabbau bei einer Firma, die Autos produziert, zu rechtfertigen. Das ist nicht der Grund. Nirgendwo, wo wir autofreie Innenstädte haben, hat das dazu geführt, dass dort Arbeitskräfte in einer Autoindustrie abgebaut wurden oder Autoindustrie zugelassen wurde.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nicht belegbar.

Zur ganzen Wahrheit gehört natürlich dazu, dass die Möglichkeiten, die wir hier als Kölner Politik haben, allerdings sehr begrenzt sind. Und so ehrlich müssen wir mal sein, und zwar mit allen, mit der Politik, mit uns selber auch. Das, finde ich, sind wir hier gerade irgendwie nicht mehr so richtig gewesen.

Die Transformationsprozesse der Wirtschaft und Industrie sind notwendigerweise mit sozialen Fragen verbunden. Und das nicht nur jetzt gerade, sondern es muss die ganze Zeit sein. Wir als Verwaltung und als Politik können nicht erst reagieren, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist und die Firmen die Abbauten der Arbeitskräfte beschlossen haben.

Menschen, die in diesen Branchen beschäftigt sind, die durch globale Entwicklungen - sei es die Klimakrise oder künstliche Intelligenz oder ganz andere Entscheidungen - elementar umstrukturiert werden, haben ein Recht darauf, dass man ehrlich zu ihnen ist. Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen, die im Ausstieg aus der Kohle gemacht wurden. Man lässt die Beschäftigten im Dunkeln, und es herrscht vollkommene Unsicherheit über Perspektiven und Möglichkeiten. Das ist



zutiefst zu verurteilen. Ich würde sagen, das tun hier auch alle, die bisher gesprochen haben.

Wenn der Stellenabbau von Ford hier in Köln nicht zu vermeiden ist, müssen wir als Stadt bereits über Strategien und Prozesse verfügen, um den Arbeitnehmer*innen eine Perspektive zu bieten. Fachkräfte wie die aktuell bei Ford Beschäftigten werden, werden überall gebraucht, nicht zuletzt in der Kölner Stadtverwaltung.

Um unsere Solidaritätsbekundung von heute entsprechend mit Taten zu füllen, muss die Verwaltung jetzt Kommunikationskanäle einrichten, um an Arbeitgeber*innen zu vermitteln, Umschulungen zu ermöglichen oder finanzielle Unterstützung anzubieten. Auch, wenn es nur eine Sicherung ist und dieser Fall gar nicht eintritt, bringt es Hilfe und Unterstützung. Und dafür ist es da: um Sicherheiten zu geben. Denn eines muss klar sein: Köln braucht euch, euch Arbeitskräfte und eure Expertise. Wir stehen solidarisch an eurer Seite. Die Voltfraktion möchte hier selbstverständlich auch bekunden, dass wir bei der Unterstützung hilfreich sein möchten und dass wir alles tun, was in unserer Macht steht, soweit es geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer*innen! Herr Görzel, ich habe mir gerade eben zwei Wörter notiert, nämlich „Krokodilstränen“ und „leidenschaftslos“. So empfinde ich diese gesamte aktuelle Stunde. Hier tun wir wieder etwas gegen die Wahlbeteiligung. Wir führen eine aktuelle Stunde durch zu einem Thema, das wir als Stadtrat nicht mehr großartig beeinflussen können.

Wie sollen wir uns denn ernst nehmen, wenn wir uns hinstellen und so tun, als könnten wir hier als Stadtrat etwas retten? Oder ist der Plan der Stadt, den Mitarbeiter*innen bei Ford zu Superkonditionen eine Umschulung bei der KVB anzubieten, damit wir unsere Bringschuld der Beförderung wieder wahrnehmen können? Wenn das so ist, machen wir doch bei RTL direkt weiter und bieten den Leuten zu Superkonditionen einen Job bei

der Stadt in der Öffentlichkeitsarbeit an. Da ist sicherlich ordentlich Entertainmentpotenzial in den zukünftigen städtischen Mitteilungen drin.

„Er fuhr fort und kam nie wieder“ - ein Spruch, der so lange lustig ist, bis er sich bewahrheitet. Nun eine aktuelle Stunde zu dem Thema und mal wieder die Frage: Und jetzt? Es steht die Frage im Raum: Was sollen wir tun? Sicherlich nicht den Zweitwagen fördern, auch wenn manch einer vielleicht gerne ein Zweitwagen-Förderprogramm im Sinne der Wirtschaft begrüßen würde.

Doch kommen wir mal zu dem, was ist und was bisher geschah. Zunächst einmal ist zu betonen, dass Ford den letzten großen Stellenabbau gut über die Bühne gebracht hat. Der Umstieg auf mehr Elektroautos benötigte weniger Arbeiter*innen und Entwickler*innen. Es wurde eine unternehmerische Entscheidung getroffen, sich in Europa auf folgende drei Säulen zu konzentrieren:

Zu Ende verkaufen, sprich: keine investitionsintensive Weiterentwicklung von Verbrennern.

Stärkung der Marktführerschaft im gewerblichen Transporter-Segment.

Umstieg auf Elektrofahrzeuge.

All das auf eine effiziente Weise. Heißt: Verbrenner auslaufen lassen in Europa, Focus-Werk in Saarlouis schließen, Fiesta in Köln auslaufen lassen und das Niehler Werk umrüsten auf Elektrofahrzeuge. Verbrenner importieren aus USA, solange Profit damit gemacht wird, trotz Transportkosten. Transporterflotte gewinnträchtiger machen durch Kosten teilen mit VW. Elektroerstieg vereinfachen durch Übernahme der VW-Elektro-Plattform für zwei in Köln zu bauende Fahrzeuge. Danach Übernahme der sowieso in den USA für USA entwickelten Elektroplattform. Diese Strategie ist schon vor längerer Zeit veröffentlicht worden. Die Konsequenz war für jemanden, der sich damit beschäftigt, eigentlich offensichtlich. Transporter werden schon länger im englischen Teil des Entwicklungszentrums entwickelt und dies wird fortgesetzt. Für den Merkenich-Teil des Entwicklungszentrums blieb damit kaum Arbeit übrig. Die beiden Kölner Fahrzeuge sind mittlerweile fertig entwickelt. Ja, die Strategie ist USA-lastig. Prinzipiell ist die Strategie in sich schlüssig, aber: Richtig und sinnvoll, und ob sie funktionieren wird, weiß man erst hinterher. Man kann bzw. muss Ford vorwerfen, sie hätten frühzeitig mit bzw. für ihre Mitarbeiter*innen neue Geschäftsfelder erschließen können. Da sehe ich bei einem so großen und wichtigen Unternehmen eine Pflicht.



Was Ford aber beim letzten Mal gut gemacht hat, ist Folgendes: Der letzte Abbau ist sozialverträglich abgelaufen. Die Konditionen waren nicht schlecht. Es wurde sich sehr um Umschulungsprogramme und Arbeitsplätze außerhalb von Ford bemüht. Die beiden Elektrofahrzeuge auf VW-Plattform werden mit entsprechenden Investitionen in Köln gebaut. Das lässt doch auch dieses Mal hoffen, und ich kann mir schwerlich vorstellen, eine große Enttäuschung zu erleben. Die aktuelle Kommunikation ist allerdings zu schwammig und das liegt wohl an den Verhandlungen, die unter derzeitigen Gesichtspunkten anders ausfallen könnten.

Aber nun haben wir ja diese aktuelle Stunde im Rat. Kommen wir also zu dem, was in Zukunft getan werden muss: In Zukunft besser handeln. Ich fordere die KölnBusiness auf, sich nicht nur um Strukturen für verbessertes Wirtschaften zu kümmern und Start-ups zu unterstützen, sondern auch am Puls der Zeit zu stehen und gerade solche großen Umbrüche im Kölner Arbeitsmarkt kommen zu sehen und zu handeln. Dabei sollten auch alternative Initiativen und Unternehmungen, die nachhaltig orientiert sind und dem Gemeinwohl dienen, mehr in den Fokus genommen werden. Aus dem Verstehen der Bedürfnisse resultierend, könnten rechtzeitig proaktiv mehr spezifische Förderungen aufgesetzt werden.

Das ist, was die Stadt in Zukunft besser machen kann.

Ich strebe für einen sozialverträglichen und fairen Ausgang, und wünsche gutes Gelingen in allen Verhandlungen und eine gute Zukunft der Menschen. - Vielen Dank!

(Beifall bei Die FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Herr Petelkau, schön, dass Sie AfD-Sprech übernehmen. „Ford gehört zu Köln“, damit haben wir schon vor Jahren geworben. Gut, dass Sie auf unsere Linie kommen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD)

Dann kurz zur Frau Martin: Also, wenn Sie hier Herrn Habeck als Vertreter und Advokaten für die deutsche Wirtschaft aufführen, dann sollten Sie

ihm erst einmal beibringen, wie er sich bei 60 Jahre Élysée-Vertrag anzukleiden hat.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Kommentar dazu von Ulf Poschardt in der *WELT* empfehle ich!

Herr Görzel, Sie haben viel Wahres gesagt. Nur einen Tipp gebe ich Ihnen: Steigen Sie aus der Koalition in Berlin aus. Beenden Sie das und machen Sie sich nicht länger immer wieder in Köln von Grünen und Co. zum Steigbügelhalter!

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Meine Damen und Herren, die Deindustrialisierung Deutschlands schreitet rasant voran und macht leider auch nicht vor Köln halt. Die Ideologie linksgrüner Ideologen zerstört eine der wichtigsten Industrien Deutschlands. Andere Branchen werden folgen. Das ist das Ergebnis einer völlig fehlgeleiteten Wirtschafts- und Energiepolitik. Ich kann jedem Ratsherrn von CDU, SPD, Grünen, FDP und SED nur empfehlen,

(Zurufe von der SPD und der LINKEN:
SED? - Meine Fresse!)

sich bei ihrem Bundestagsabgeordneten für eine andere Wirtschafts- und Energiepolitik einzusetzen. Wir können da als Kölner Stadtrat - ist ja schon angesprochen - leider nur wenig machen. Der Kampf gegen den Verbrenner gehört beendet. Der einseitige Fokus auf die E-Autos muss aufhören. Die sind übrigens alles andere als umweltfreundlich. Und wenn Sie sich mal die Förderbedingungen in Afrika für die Rohstoffe angucken - na ja.

Die Energiepolitik muss so ausgerichtet werden, dass die Industrie nicht stillgelegt wird. Das heißt: Ja zur Atomkraft, aber auch zur Kohle. Die Ampelversager in Berlin hätten hier Signale setzen können. Energiepreise sind ganz wesentlich für Standortentscheidungen. Frau Martin, hier sollte Ihr Herr Habeck ansetzen und nicht bei Herrn Biden rumheulen. Aber auch weniger Geld für irgendwelche Gedönsausgaben und im Gegenzug ein wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht würden helfen.

Wir in Köln können auch ein Signal setzen, indem wir hier endlich den linksgrünen Kampf gegen den Individualverkehr einstellen. Zur Deutzer Freiheit kommen wir gleich noch.



Leider ist das nicht die erste Debatte zum Thema Ford. Es gab schon eine am 4. April 2019 in diesem Rat. Da ging es auch um tausende Arbeitsplätze. Das Protokoll war wirklich lesenswert, ist fast deckungsgleich mit dem, was hier heute stattgefunden hat. Ein Zitat ist mir dabei ins Auge gesprungen.

Wir müssen auch - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - sagen, dass wir es auch in der Automobilbranche in diesem Rat nicht immer einfach gemacht haben. Wir haben stets davor gewarnt, dass man die Axt nicht an den Zweig ansetzen darf, auf dem man sitzt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der AfD)

Von wem war das? Nicht von der AfD, sondern auch wieder von Herrn Görzel. Ja, er hatte recht. Von den anderen Kartellparteien kamen die üblichen Allgemeinplätze und Vertröstereien. Das ist jetzt auch wieder nicht anders. Und, wie gesagt, ich glaube, davon kann man sich sicher nichts kaufen.

Damals wurde dann auch schon davon gesprochen, dass man doch die ganzen Mitarbeiter bei der Stadt unterbringen soll. Das will man ja jetzt auch machen. Ich stelle dann immer nur die Frage: Was passiert eigentlich? Wir wracken die Industrie ab, alle arbeiten beim Staat - wer bezahlt dann den Staat? Irgendwo müssen die Steuern für den Staat ja herkommen. Das kann mir irgendwie keiner hier erklären. Na ja, Ludwig Erhard würde sich natürlich auch im Grabe umdrehen. Wir hatten ja schon einen anderen deutschen Bundeskanzler. Ich glaube, das haben sich die beiden damals anders vorgestellt.

Es sind vier Jahre seitdem vergangen. Was ist passiert? Nichts. Ich kenne hier keinerlei Initiativen für eine andere Wirtschaftspolitik. Man wrackt Deutschland weiter ab.

Aber eine Sache will ich hier auch zu bedenken geben: Vielleicht ist Ford zum Entschluss gekommen, dass sich die Menschen in Köln und Deutschland bald keine Autos mehr leisten können, weil dieses Land aufgrund der vorgenannten Wirtschaftspolitik ja nicht mehr was leisten können wird. Ja, da brauchen wir auch keine Autos mehr hier für den deutschen Markt oder europäischen Markt entwickeln, weil, wie gesagt: Das kann sich keiner leisten.

Aber neben dem herrschenden Altparteienkartell von CDU, Grünen, SPD, FDP plus SED müssen

sich auch einmal die Funktionäre der Systemgewerkschaft die Frage stellen, was sie in den letzten Jahren gemacht haben, um das Land vor der Deindustrialisierung zu bewahren. Nichts. Sie waren die treuen Helfer dieses linksgrünen Wahns. Jetzt dürfen ihre Mitglieder die Suppe auslöffeln. Es gilt jetzt, alle Kräfte kurzfristig zu bündeln, um via Berlin und Düsseldorf maximalen Druck auf Ford in Gesprächen auszuüben, um möglichst viel - und damit auch einen Teil des Erbes Konrad Adenauers - in Köln zu halten.

Zur Wahrheit gehört leider auch: Wir als Lokalpolitik können nur wenig machen außer öffentlichen Druck. Frau Oberbürgermeisterin, Sie sind jetzt gefragt. Setzen Sie sich schleunigst für die hier schon länger lebenden Menschen, von potenzieller Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ein. Sie sind immer sehr engagiert, wenn es um die Aufnahme von Menschen aus aller Herren Länder geht. Jetzt brauchen Sie die Bürger Kölns. Ford gehört zu Köln, meine Damen und Herren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir zum Abschluss der aktuellen Stunde kommen, würde ich gerne noch einmal sagen: Sie können mich kritisieren, und ich gratuliere Ihnen, wenn hier Ihre feurigen Reden dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten. Ich bin die Erste, die Ihnen dazu gratuliert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Aber eines lasse ich nicht geschehen, und das ist, dass Sie den Wirtschaftsstandort Köln schlechtreden. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Der Kölner Wirtschaftsstandort befindet sich ebenso wie die gesamte europäische Wirtschaft zweifellos in keiner einfachen Lage. Lieferengpässe, Fachkräftemangel, gestiegene Energiekosten und Inflation erweisen sich als große Herausforderungen - auch für unsere Unternehmen. Aber uns geben die aktuellen Wirtschaftsdaten jeden Grund zur Zuversicht, den eingeschlagenen Weg der vergangenen Jahre weiterzugehen. Im Januar 2023 gab es in Köln mit 607 000 so viele



sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Übrigens 100 000 mehr als vor zehn Jahren!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

In Köln haben wir mit dem DeepL das erste Start-up, das sich zum Einhorn entwickelt hat. Wir haben die Rahmenbedingungen für einen diversen Branchenmix geschaffen und profitieren nun von der Resilienz, die uns dieser Branchenmix bietet. Wir werden auch weiterhin alles geben, um diese Resilienz zu stärken, zu erhalten und uns weiterzuentwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich würde jetzt bitten, dass wir den Abschluss der aktuellen Stunde nach § 5 Abs. 10 Geschäftsordnung vornehmen. Ich würde vorschlagen, dass wir die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen. Gibt es andere Vorstellungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme der Schenkung „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln 0070/2023

Herr Boyens meldet sich zu Wort. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. Wir sehen diese Schenkung äußerst kritisch. Ich will Ihnen auch drei Gründe dafür nennen.

Der erste ist: Sie haben es sicher alle jüngst in der Presse gelesen, eines der zentralen Projekte von Herrn Charles mit dem Zentraldepot kommt ja nicht so richtig vom Fleck. In dem Zusammenhang wurde aber berichtet, dass die verschiedenen Depots und Archive der Museen aus allen

Nähten platzen, und Kunstwerke zum Teil in angemieteten Scheunen fachfremd gelagert werden, von Feuchtigkeit, Schimmel bedroht sind etc. Das möchte ich einfach nur in der Debatte zu bedenken geben. Wir haben gar nicht den Platz und sollten uns sehr gut überlegen, was wir hier noch aufnehmen.

Zweiter Punkt ist: Diese Sammlung hat überhaupt keinen Bezug zu Köln. Der Mann kommt aus Hamburg. Das hat einen norddeutschen Bezug. Ich frage mich, warum er das nicht Hamburg oder Kiel angedient hat und es nach Köln gibt oder geben möchte. Und, ich weiß nicht, ob Sie sich die Bilder in der Anlage angeguckt haben. Das macht auf mich den Eindruck von zwei mehr oder weniger unaufgeräumten Bücherschränken mit irgendwelchen privat gesammelten Sachen, die jetzt pauschal alle 50 Euro wert sein sollen, und dafür der Familie eine Steuergutschrift von 300 000 Euro zugebilligt wird. Auch da machen wir ein großes Fragezeichen dahingehend, wie werthaltig das Ganze ist.

Vor dem Hintergrund dieser drei Punkte werden wir uns bei dieser Schenkung enthalten und regen an, in Zukunft Gutachten von uns als den Annehmenden in Auftrag zu geben, was die Werthaltigkeit derartiger Kunstwerke angeht. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte darum, fachliche Diskussionen in dem zuständigen Fachausschuss zu führen.

(Beifall)

Da ist das ja empfohlen worden. Deswegen bitte ich jetzt um weitere Wortmeldungen. - Die sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer wünscht, dieser Schenkung zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD und Frau Gabriel enthalten sich. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Ehefrau und den Kindern von Professor Hans Meyer-Veden, die dessen Sammlung von knapp über 6 000 Büchern und Zeitschriften zur Fotografie der Kunst und Museumsbibliothek zur Schenkung anbieten. Danke sehr.



(Beifall)

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Die Linke. betreffend „Märkte am Autokino Porz erhalten – rechtliche Rahmenbedingungen anpassen“ AN/0217/2023

Als Erster hat Herr Pütz das Wort.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach 40 Jahren gewachsenen Strukturen sehen wir uns in Porz mit einer Situation konfrontiert, die neben großer Bestürzung durch den drohenden Verlust eines der letzten Autokinos in Deutschland einen großen Protest gegen die Schließung von Märkten auf dem Autokinogelände in der Zivilgesellschaft ausgelöst hat. Die Schließung der Märkte - Märkte, die dort seit 40 Jahren stattfanden, Märkte, von denen mir meine eigene Großmutter berichten konnte, Märkte, die quasi schon immer die Versorgung der Menschen mit dem Bedarf des alltäglichen Lebens in Teilen der rechtsrheinischen Stadtgebiete übernommen haben -, die auch noch durch den politischen Druck ausgelöst wurde, stellt nun viele dieser Menschen vor große Sorgen und Probleme, die sie selber nicht lösen können.

(Beifall bei der SPD)

Daher bin ich froh, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag der SPD, der LINKEN und FDP beraten, welcher nicht eine Verbotspolitik fördern, sondern einen Lösungsvorschlag bieten soll, und bedanke mich bei den genannten Fraktionen für die Unterstützung. Aber ich hoffe auch, dass weitere Mitglieder dieses Stadtrates heute erkennen, dass eine formalrechtlich begründete Schließung, die sich letztendlich nur gegen die, die Menschen richtet, deren Stimmen ohnehin wenig gehört werden und deren soziale Situation dadurch verschlimmert wird, eben kein Ansatz für bürgernahe Politik sein kann, sondern dass wir eine Lösung für die darauf angewiesenen Kundinnen und Kunden, für die Händlerinnen und Händler und ihre

zahlreichen Mitarbeitenden, deren Existenz von diesen Märkten abhängt, finden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Kein Verbot, keine Schließung kann eine konstruktive Lösung sein.

Ja, ganz formal stimmt es, dass anhand der geltenden Rechtslage für dieses Gebiet - sehr klein im Bebauungsplan abgegrenzt - eine Schließung durchaus begründbar ist. Aber das ist doch in keinsten Weise sozialpolitisch zu verantworten. Wir lassen Tausende Menschen im Regen stehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wir müssen festhalten, dass in diesem Fall die vor Ort geltende Rechtslage nicht mit den realen Bedürfnissen der Bevölkerung überein passt. Und dann müssen wir es uns doch als Aufgabe der Politik machen - als unsere eigene Aufgabe - rechtssichere Rahmenbedingungen im Sinne des Allgemeinwohls auf den Weg zu bringen.

Ich frage Sie: Welches Wohl kann der Allgemeinheit wohl förderlicher sein, als dass Menschen selbstbestimmt, ohne oder nur bedingt angewiesen auf staatliche Unterstützung oder auf Lebensmittelausgaben, sich selbst versorgen und leben können?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Bitte lassen Sie den Menschen ihre Selbstständigkeit und ihre Würde und lassen Sie uns gemeinsam politisch anerkennen, dass die Märkte wichtige Beiträge zur Versorgung von Menschen, insbesondere von Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Schichten, mit Gütern des täglichen Bedarfs leisten.

Mit unserem Antrag möchten wir die Verwaltung beauftragen, zur kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses einen Vorschlag zur Änderung des aktuellen Bebauungsplans zu unterbreiten, der die weitere Durchführung des Kinobetriebs und der Märkte auf der Fläche am Autokino ermöglicht. In einem solchen Entwurf müssen wir dann auch die negativen Begleiterscheinungen, wie beispielsweise Müll, aber auch Verkehr, mitdenken und minimieren. Lassen Sie uns das doch bitte gemeinsam diskutieren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)



Wichtig ist aber, dass der Betrieb der Märkte vorerst aufrechterhalten bleibt und dass bis zu einer konstruktiven Lösung diese Märkte auch geduldet werden, und die Erteilung einer Sondergenehmigung geprüft werden muss. Darüber hinaus sehen wir auch die Gefahr einer städtebaulichen Fehlentwicklung, neben der leerstehenden Real-Filliale, mit dem Wegfall einer weiteren Versorgungsmöglichkeit - ich darf erinnern, das haben wir im Mai in diesem Hause bereits diskutiert, allerdings ohne Ergebnis - wird neben dem seit Jahren maroden Praktiker-Baumarkt samt anschließendem Hochhaus nun mit der Verdrängung des Autokinos und der Märkte die nächste Liegenschaft in dieser direkten Nachbarschaft zu einer Brache. Ohne konkrete Perspektive fürchten wir an dieser Stelle, dass hier eine weitere Verwahrlosung des gesamten Gebiets droht.

Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Das Autokino und die Märkte gehören seit Jahrzehnten zur Kölner Identität. Insbesondere das Autokino als eines der letzten seiner Art liefert auch einen Beitrag zum kultargesellschaftlichen Leben in unserer Stadt und zieht Zuschauerinnen und Zuschauer aus dem ganzen Bundesland an. Die Pandemie hat tatsächlich gezeigt, dass es dort auch über den Kinobetrieb hinaus großes Potenzial für Kulturveranstaltungen gibt, die der Betreiber in der Tat bereit ist, gerne in Absprache mit der Stadt, mit der Politik, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, gemeinsam zu entwickeln. Lassen Sie uns doch gemeinsam dieses Potenzial in einem Randbezirk nutzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die sozialpolitische Verantwortung wiegt schwer. Die aktuellen dramatischen Preissteigerungen im Bereich des alltäglichen Bedarfs lasten auf weiten Teilen der Kölner Bevölkerung. Die Schließung von Märkten, die die Versorgung in einkommensschwächeren Stadtteilen im niedrigstpreisigen Segment sicherstellen sollen, wäre ein fatales Zeichen und führt zu weiterem Vertrauensverlust in die Kölner Politik. Verlust von Vertrauen in uns alle, wie wir heute hier sind.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag, und lassen Sie uns in schwierigen Zeiten gemeinsam eine Lösung finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rat und Verwaltung müssen so handeln, dass Köln als soziale, inklusive Stadt spürbar wird, in der jede und jeder mit seinen Bedarfen willkommen ist. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, der Bebauungsplan hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Auf den Wochenmärkten auf dem Platz des Porzer Autokinos gibt es zu niedrigen Preisen Obst und Gemüse zu kaufen, Fleisch und Wurstprodukte, türkisches Fladenbrot, Nüsse, Süßigkeiten. Diese Märkte finden Käuferinnen und Käufer aus dem gesamten Rechtsrheinischen, die sich hier günstig versorgen können, Menschen mit niedrigem Einkommen und/oder Hartz-IV-Bezug, Rentnerinnen und Rentner, große Familien.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Ein weiterer Aspekt zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept: Hier gibt es kein Vollsortiment an Lebensmitteln. Frische Produkte wie Milch, Öle, Fette, Zucker fehlen. Die hier verkauften Lebensmittel passen vielfach aber wegen der günstigen Preise, wegen der Lebensmittel, die zum Beispiel nicht so lange vor dem Ablaufdatum sind, nicht in das Konzept eines schnellen Erlebnissupermarktes oder einer Shopping-Mall in einem der Bezirkszentren. Bananen mit einigen braunen Flecken zu kaufen ist aber nichts Ehrenrühriges. Im Gegenteil. Um der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken, ist es außerordentlich sinnvoll, dass es Märkte gibt, wo diese Produkte noch gekauft und verkauft werden können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Insgesamt handelt es sich bei den Märkten am Autokino also um eine volkswirtschaftliche Einrichtung, die ein großer ökonomischer Denker des 19. Jahrhunderts als der „Ökonomie der Arbeiterklasse“ zugehörig beschrieben hätte. Diese Ökonomie der Arbeiterklasse mag in den Augen mancher Zeitgenoss*innen mit ein wenig oder mit mehr Naserümpfen betrachtet werden. Das ist aber nicht korrekt. Günstige Einkaufsmöglichkeiten muss eine Stadt mit sozialem Anspruch erhalten und in ihren Konzepten berücksichtigen.



(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Natürlich soll die Stadt auch als kommunaler Arbeitgeber - um das aus aktuellem Anlass zu sagen - Niedriglöhne bekämpfen. Das ist ganz klar. Aber: Günstige Märkte brauchen die Menschen im Moment umso mehr, als aufgrund der aktuellen Preissteigerung viele mit kleinerem Einkommen bis weit in die Mittelschichten hinein auf solche dringend angewiesen sind. Gerade jetzt ist die Schließung der Wochenmärkte am Porzer Autokino ein völlig falsches Signal.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Eine genaue Betrachtung der Märkte zeigt also: Die Käuferschichten, die sich dort mit Lebensmitteln versorgen, sind größtenteils andere als die, die im Bezirkszentrum Porz einkaufen oder einkaufen werden. Sie stehen also dem Einzelhandelskonzept der Stadt nicht entgegen. Rat und Verwaltung müssen da nichts befürchten.

Deshalb fordert unser Antrag - danke der SPD für diese Initiative -, eine Lösung im Einklang mit diesem Konzept herzustellen, was durchaus möglich ist. Auch eine Frage des Baurechts ist zu klären. Das ist schon bei ganz anderen Fragen gelungen. Und die Probleme, die ein Platz für stark nachgefragte Trödel- und Wochenmärkte mit sich bringt, müssen natürlich gelöst werden. Müll, starker Verkehr - dies kennen wir aus dem restlichen Köln auch. Das kann die Verwaltung, wenn sie dazu in die Lage gesetzt wird, bearbeiten.

Es wäre doch tatsächlich zu prüfen, ob nicht die von Pascal Pütz schon erwähnten Brachflächen - nebenan das verlassene Gelände des Real-Marktes - viel mehr zu diesen Problemen, zum Beispiel Abfall, beitragen.

Der Rat kann sich also heute entscheiden, welches Gesicht die Stadt den Menschen, die am Autokino Porz einkaufen oder die an dem über 50 Jahre alten Kino hängen, zeigt: ein freundliches oder ein abweisendes?

In diesem Sinne bitten wir den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, liebe Sandra, vom Autobauer zum Autokino. Meine Fraktion ist sehr froh über diesen gemeinschaftlichen Antrag der SPD, der LINKEN und auch von uns. Wobei ich, lieber Herr Kollege Kockerbeck, das mit der Ökonomie der Arbeiterklasse eben noch mal googeln musste. Das gehört jetzt nicht so zu meinem ständigen Vokabular, das sehen Sie mir bitte nach.

Aber ich hätte nicht gedacht, dass eine Anfrage unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliches im Rechnungsprüfungsausschuss“ hier in diesem Saal von vor etwa einem halben Jahr des geschätzten Kollegen Werner Marx in den Rat kommt. - Werner, du bist ja die Stimme deines Wahlkreises im Rechnungsprüfungsausschuss aus Porz, ich hätte niemals gewettet, dass eine deiner vielen Anfragen zu Porz hier im Rechnungsprüfungsausschuss mal in den Rat kommt. Von daher gratuliere ich dir von ganzem Herzen, dass deine mündliche Anfrage - Herr Detjen erinnert sich als Sitzungsleiter,

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

es kommt nicht alle Tage vor - zu einem gemeinsamen Antrag führt. Ich kann dein Argument verstehen, dass du hier im Rechnungsprüfungsausschuss immer angeführt hast, in den Anfragen und Nachfragen, nämlich den der ordnungsrechtlichen, ordnungsbehördlichen Dimension. Kann ich nachvollziehen. Bin ich bei dir, sind wir bei dir. Aber wir meinen, das ist am Ende eine Frage des Ordnungsrechts und des Ordnungsamtes und auch des Marktamtes. Obwohl ich momentan gar nicht weiß, ob es so was wie ein Marktamt in Köln noch gibt.

Ja, Frau Oberbürgermeisterin, das böse Wort „dysfunktional“ möchte ich nicht in den Mund nehmen.

Hier wurde auch angeführt, dass die Müllproblematik vor Ort in den Griff bekommen werden muss. Ich glaube, die Müllproblematik, so bin ich jedenfalls inzwischen informiert worden, ist in den Griff bekommen. Und erlauben Sie mir die Anmerkung: Die Händlerinnen und Händler am aktuellen Großmarktgelände in Köln wären froh, wenn es so sauber wäre wie jetzt in Porz.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)



Das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Wenn man schon von Märkten spricht, kann man ja auch an andere Märkte erinnern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber das ist nicht zur Sache, und da bitte ich Sie jetzt, zur Sache zu sprechen.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, wenn wir hier über Markt sprechen, in Porz, im weitesten Sinne, und wenn wir hier das höhere Lied von regionaler Versorgung sprechen, dann erlauben Sie mir bitte, dass ich an einen anderen Markt erinnere, der hier stiefmütterlich behandelt wird. Das müssen Sie mir zugestehen.

(Beifall)

Die Bedeutung des Marktes für sozial Schwache wurde bereits erwähnt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich hatte gerade schon angedeutet, dass die Märkte vor Ort in Porz auch zu einer Produktvielfalt und -auswahl beitragen, die wir ganz toll finden. Wenn man sich die Marktbesucher mal anschaut, das sind ja auch alles größtenteils nachhaltige und regionale Produkte, die da angeboten werden. Von daher sind wir auch für den Erhalt derselben.

Wir haben große Bauchschmerzen wegen des Begriffs des Bestandsschutzes oder Verwirkung. Wie auch immer. Hier hat über 40 Jahre lang kein Hahn danach gekräht. Das ist, wenn ich richtig informiert bin, altes Porzer Stadtrecht, was hier 40 Jahre lang hingenommen, geduldet, gefördert wurde. Von daher habe ich unter rechtlichen Gesichtspunkten auch großen Zweifel, ob man hier mit der Keule wirklich reinschlagen darf.

Last but not least ist das Thema „Lost Place“ auch angesprochen worden. Wir wissen ja, wie schnell in Porz Entwicklungsprojekte vorangetrieben werden. Hertie ist ja auch ein tolles Beispiel. Ich habe also großes Vertrauen darin, wenn dann mal das Autokino weg ist, lieber Werner, dass wir da sofort blühende Landschaften sehen. Das ist ja geradezu typisch für Porz. - Scherz beiseite. Um es deutlich zu machen: Ich will keine weitere Drecksbrache in Porz. Und ich habe die große Befürchtung, wenn wir das Autokino und den Markt verjagen, dass dort eine solche Drecksbrache entsteht, und das wollen wir hier heute mit unserem Antrag verhindern.

(Beifall)

Last but not least: Wir haben hier eben Bekenntnisse gehört, wer so alles an Autobauern zu Köln gehört. Wenn schon Autobauer zu Köln gehören, dann erst recht unser schönes Autokino. Denn das Autokino ist ein emotionaler Ort. Und diejenigen, die sich an den April 2020 erinnern: Als wir alle zu Hause mit unseren Masken saßen und uns nicht aus dem Haus wagen durften, haben wir mit Tränen in den Augen zurück auf unsere Handys, auf unsere iPhones geguckt und gedacht: Was sind die Brings geil! Im Autokino ist noch Leben, und dieses Leben möchten wir erhalten. Sie können dazu beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Sehr geehrte Verwaltung! Liebe Zusehende auf der Tribüne und im Livestream! Wir befassen uns heute mit einer schwierigen Gemengelage und ich weiß gar nicht, ob jedem, der sich noch nicht tiefer mit der Materie befasst hat, die Gemengelage so klar geworden ist.

Deswegen fange ich mal ein bisschen historisch an:

Wir haben ein Autokino in Porz, das haben wir schon seit Ewigkeiten. Das ist eine Institution in Köln, und das bezweifelt hier auch keiner. Wir haben aber auch einen historisch gewachsenen Marktbetrieb. Der ist mit dem Autokino verwoben und erfüllt eine gesellschaftlich und versorgungstechnisch wichtige Funktion für Porz, für die Region. Wir haben aber auch einen gültigen Bebauungsplan. Seit 1994 gibt es den schon und der sagt: An dieser Stelle ist ein Markt, ein Einzelhandelsbetrieb, so gesehen, nicht zulässig. Und dann haben wir auch noch ein verwaltungsgerichtliches Urteil, was ich heute noch gar nicht gehört habe, was die Verwaltung zu einem bestimmten Handeln gezwungen hat. Und das kam auch nicht von ungefähr. Wir haben aber auch viele Kölnerinnen und Kölner, die mit dem Autokino und dem Markt in Porz viele Emotionen verbinden und sich zu einer Unterschriftenaktion zusammengetan haben. Es sind viele Unterschriften zusammengekommen zum Erhalt des Autokinos. Ich denke, wir sind hier alle der Meinung, dass unsere Lösung nicht sein kann, nicht so genau hinzusehen.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Vielmehr müssen wir einen rechtssicheren Rahmen schaffen, um Konzepte und Möglichkeiten zu erarbeiten, für unsere Gewerbetreibenden in Porz oder in ganz Köln Planungssicherheit zu garantieren, aber auch den Bedarfen des Stadtteils gerecht zu werden. Und bei den Bedarfen des Stadtteils Porz für die Versorgung mit frischen Lebensmitteln gehört zu einer realistischen Wahrheit und zu einer Einschätzung leider auch dazu, dass sich viele Menschen den Discounter nicht leisten können.

Hier müssen wir mit den Sozialverbänden vor Ort tragfähige Lösungen erarbeiten, um auch arme Menschen, die in der Regel keine politische Lobby hier im Rat haben, ein entsprechendes Angebot zu ermöglichen. Dieses Angebot wird aber nicht mit dem Antrag, den wir heute vorliegen haben, gemacht.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Auch die technischen Abwägungen, die zu beurteilen sind, zum Beispiel eine B-Plan-Nutzungsänderung, die einiges an Zeit kostet, langwierig ist und möglicherweise auch nicht den versprochenen Erfolg verspricht, aber auch die Verbindung zu den Einzelhandels- und Zentrenkonzepten - das sind nämlich unsere Konzepte, die die Versorgung in Köln regeln sollen -, all das muss abgewogen werden und bedarf einer größeren fachlichen Vertiefung als die, die wir hier gerade mit unseren Ratsreden so leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Fachlichkeit, die ich gerade erwähnt habe, haben wir in unseren Ausschüssen. Zuständig wäre hier der Stadtentwicklungsausschuss, der sich mit der Sache vertiefen sollte. Im Übrigen haben wir auch vor Ort eine sehr, sehr kompetente lokale Expertise, nämlich unsere Bezirksvertretungen, in diesem Fall die Bezirksvertretung Porz, die sich schon sehr lange und sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt hat.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der Rat ist hier einfach das falsche Gremium, denn die Bedarfe von Porz kennt Porz am besten und auch die Entscheidungen, die für Porz geeignet sind, trifft die BV-Porz am besten.

Deswegen sind wir fest davon überzeugt, dass die Entscheidungen und die weitere Verhandlung im

Stadtentwicklungsausschuss und in der Bezirksvertretung Porz geführt werden sollte und möchten den Antrag daher in diese zwei Gremien verweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Darf ich eine Nachfrage stellen, Frau Karadag?

(Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Nur der Vollständigkeit halber. Sie sagten gerade - ich glaube, das war wahrscheinlich ein Versprecher gewesen -, dass die armen Menschen keine Lobby hier im Rat hätten. Ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich glaube, das war ein Versprecher von Ihnen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war keine Nachfrage, sondern ein Statement. Ich nehme das für mich auch in Anspruch, dass ich die armen Menschen hier im Rat vertrete.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster spricht Herr Marx.

Werner Marx (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema Märkte am Autokino stehen wir im Spannungsfeld einer rechtlich eindeutigen Lage und einer sozialen Tragweite. Betrachten wir die rechtliche und damit maßgebliche Seite, so ergibt sich folgendes Bild: Gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 9 der Baunutzungsverordnung sind im Gewerbegebiet Einzelhandelsbetriebe, die sich an Endverbraucher wenden, nicht zulässig. So steht es im Bebauungsplan 7441/02, der durch Beschluss des damaligen Rates der Stadt Köln in 1994 Gültigkeit erlangt hat.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann muss das geändert werden!)



Übersetzt heißt das: Eine rechtliche Grundlage für die Durchführung der besagten Märkte war und ist nicht vorhanden.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann ist es schlecht!)

Der Betreiber führt somit seit Jahren rechtswidrig die Märkte durch. Seit mindestens 2016/2017 ist der Verwaltung diese Sachlage bekannt. Erst durch mein beharrliches Einwirken - Kollege Görzel hat es eben ausführlich erwähnt - im Rechnungsprüfungsausschuss ist mit Ordnungsverfügung die Nutzung des Autokinos zur Veranstaltung von Märkten untersagt worden.

Betonen möchte ich hier ausdrücklich: Die Einstellung des Autokinos ist davon nicht betroffen und nicht gewollt - auch nicht von der CDU.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren! So viel zur rechtlichen Ausgangslage.

Ich komme nun zu dem vorliegenden Antrag.

Hier heißt es:

Alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Erhalt des Autokinos Porz sollen eingesetzt werden.

Was heißt das in der Umsetzung? Subsubventionierung des Autokinos analog der Kölner Oper?

Weiter heißt es:

Änderung des aktuellen Bebauungsplans, der eine Durchführung von Märkten an drei Werktagen erlaubt.

Es ist eben schon angekungen: Bis zum Wirksamwerden eines so geänderten B-Planes ist von mindestens ein bis zwei Jahren auszugehen. Nach Aussage des Betreibers ist jedoch eine schnelle, rechtmäßige Grundlage für die Märkte und somit für den Weiterbetrieb des Autokinos erforderlich. Zudem stünde einer solchen Änderung das Einzelhandels- und Zentrenkonzept entgegen. Es ist hier auch schon erwähnt worden von meiner Vorrednerin.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann ändert auch das!)

Ein Konzept, das natürlich maßgeblich von der SPD gewollt ist. Für die Verwaltung selbst stellt dieser Markt, anders als im Antrag argumentiert wird, keinen Baustein der Grundversorgung dar.

Vielmehr würde die Zulassung der Fläche für den Einzelhandel eine Schwächung der zentralen Versorgungslagen, insbesondere von Porz Mitte, bedeuten. Überdies bestünde die Begehrlichkeit der großen Lebensmittelversorger, mit einem attraktiven Konzept die Märkte und letztendlich das Autokino zu verdrängen. Auf den Erhalt von Gewerbeflächen möchte ich hier nicht gesondert eingehen.

Meine Damen und Herren, das bisherige Marktgeschehen weiter zu dulden, scheidet nach dem Ergehen der Ordnungsverfügung der Stadt Köln aus. Das Verwaltungsgericht Köln hat den vom Betreiber gestellten Eilantrag auf Aussetzung der Vollziehung im Dezember 2022 abgewiesen.

Vor diesem Hintergrund fehlt mir jegliche juristische Fantasie, das laufendeungsverfahren zu stoppen. Auch die §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes scheiden nach meiner Ansicht aus. Die zusätzliche Anregung einer Sondernutzungsgenehmigung der Märkte bedarf bei dem aktuell gültigen Bebauungsplan wohl keiner weiteren Kommentierung. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist daher dieser so gestellte Antrag abzulehnen. Da jedoch eine Beratung vor Ort angeregt wird, stimmen wir der Verweisung in die Bezirksvertretung Porz und natürlich in den Fachausschuss StEA zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das kurz vom Platz aus, weil das Wesentliche bereits ausführlich gesagt wurde. Man sieht, es ist wirklich eine sehr, sehr komplizierte Situation vor Ort. Wir erkennen an, dass dieser Markt eine Versorgerfunktion innehat, dass es für die Bevölkerung vor Ort einen Mehrwert hat, dass der genutzt wird. Auch sehen wir ein, dass das Autokino natürlich sehr beliebt ist und dass das auch weiterhin Bestand haben sollte. Dennoch ergeben sich auch aus unserer Sicht sehr, sehr viele Fragen. Wir verstehen, es gibt diese ordnungsbehördliche Komponente, die rechtliche Komponente, die dürfen wir hier nicht ignorieren. Trotzdem möchten wir auch nach einer Lösung suchen, wie wir das irgendwie übereinanderbekommen. Ich stimme hier auch mit Frau Karadag überein, dass der Rat tatsächlich nicht der richtige Ort dafür ist, all diese Fragen



und Aspekte noch mal ausführlich zu diskutieren. Daher würden wir dem zustimmen, dass wir das erst mal in die BV-Porz verweisen, weil, wie gesagt: Die Leute vor Ort wissen am besten, was sie brauchen und was sie möchten. Gerne können wir das noch mal im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur kurz vom Platz aus: Ich möchte den Antragstellenden für ihren Antrag danken. Auch wenn er heute hier jetzt keine Mehrheit bekommen wird, sondern nur eine Verweisung, ist es Ihnen doch gelungen, das Anliegen hier mal ins Zentrum der Öffentlichkeit zu bringen. Das ist auch schon zumindest ein kleiner Erfolg.

Was mich immer ein bisschen stutzig macht, ist, wenn so, na ja, ich sage mal, vorgeschoben getan wird, als stünden die rechtlichen Möglichkeiten denen im Weg. Das ist ja nun nicht so. Diese rechtlichen Rahmenbedingungen kann man ändern. Wir können das hier im Rat machen. Die Politik kann das im Land machen. Diese Möglichkeiten können geändert werden. Und das gilt es dann in Zukunft zu beobachten, ob diejenigen, die sich tatsächlich für diesen Markt und für das Autokino einsetzen, mit daran arbeiten, diese Rahmenbedingungen zu ändern. Damit meine ich natürlich bei uns jetzt erst mal das Zentrenkonzept und den Bebauungsplan. Da gilt es dann, entsprechende Initiativen zu ergreifen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich würde dann über den Verweisungsantrag abstimmen lassen: Wir sollten gleich StEA und BV vorsehen, ja?

(Mike Homann [SPD]: Wie beantragt!)

- Okay.

Gibt es Gegenstimmen zu dem Verweisungsantrag von Frau Karadag? - Keine. Enthaltungen?

(Mike Homann [SPD]: Wir würden uns enthalten!)

- Sie würden sich zum Verweisungsantrag enthalten, weil Sie ja selber einen Antrag gestellt haben. Ja! Es nützt nur nichts. Aber Sie würden sich enthalten.

(Mike Homann [SPD]: Wir könnten heute entscheiden!)

Gibt es weitere Enthaltungen zum Verweisungsantrag? Gilt das für alle Antragsteller? Was sagen die LINKEN? Stimmen die mit oder enthalten die sich? Ich muss das wissen. - Ja, sie enthalten sich auch. Also, es enthalten sich: SPD, FDP und die LINKE. Gegenstimmen sehe ich keine. Dann ist die Verweisung beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei Verkehrsmaßnahmen“ AN/0148/2023

Als Erster spricht Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kölner Straßennamen wie Ehrenstraße, Deutzer Freiheit oder Venloer Straße stehen aktuell nicht mehr für attraktive Vedelstraßen, sondern für Verkehrsversuche, Chaos, genervte Verkehrsteilnehmerinnen und Teilnehmer, Anwohnerinnen und Anwohner und Geschäftsleute. Mit heißer Nadel gestrickt, nicht bis zum Ende gedacht und schlecht kommuniziert. Insbesondere fühlt sich hier die Kölner Wirtschaft nicht mitgenommen. Und da, Frau Oberbürgermeisterin, möchte ich gerade an das anknüpfen, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich die Frage, wie wir mit dem Kölner Wirtschaftsstandort umgehen. Ich glaube, dass diese Nadelstiche gegen die Kölner Wirtschaft, gegen Einzelhandel zum Beispiel in diesen Einkaufsstraßen, dass das auch eine Rolle spielt, welches Klima wir in dieser Stadt für die Wirtschaft erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich dann hören muss, dass den Geschäftsleuten in der Deutzer Freiheit gesagt wird: Wenn du auf Kundinnen und Kunden außerhalb des Vedels angewiesen bist, hast du das falsche Geschäftsmodell. Das muss eine Ohrfeige sein für diejenigen, die jetzt dort die Pandemie überstanden haben, aber sich dann jetzt hier von der Stadt

(Beifall bei der FDP)



oder vom Ratsbündnis, von der Mehrheit, insbesondere von den Grünen, die das ja in der Bezirksvertretung vorantreiben, sagen lassen müssen, wie man hier Geschäfte machen muss.

Wir haben daraufhin ein Gespräch mit der Handwerkskammer zur aktuellen Frage zur Deutzer Freiheit geführt, und dort kam insbesondere die Bitte um Einbindung in diese Fragen, dass man nicht nach außen aus den Medien erfährt, was vorgesehen ist und schnell, schnell gemacht wird.

Das konnte ja bei Fragen, auch beim Eigelstein, zum Beispiel, bei der Fußgängerzone, gar nicht schnell genug gehen. Da war keine Zeit mehr für eine Bürgerinformation, für eine Bürgeranhörung. Es musste alles ganz schnell gemacht werden. Und die Handwerkskammer hat ja an die großen Fraktionen des Hauses geschrieben. Mir liegt hier ein solches Schreiben vor, und ich darf daraus zitieren:

Mit wachsender Sorge betrachten wir, die Handwerkskammer, die Einführung von Einbahnstraßenbeschränkungen, Einfahrtsbeschränkungen, autofreien Zonen, großflächigen Rückbau von Parkplätzen. Derartige Maßnahmen können dazu führen, dass Handwerksbetriebe ihre innerstädtischen Einsatzorte zukünftig gar nicht mehr oder nur mit Verspätung erreichen können.

Das Leitziel 9 der Kölner Mobilitätsstrategie – „Die Erreichbarkeit der Ziele für den Autoverkehr, insbesondere den Wirtschafts- und Lieferverkehr, wird weiterhin gewährleistet.“ - droht damit in Gefahr zu geraten.

In Anbetracht dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund eines vermehrten Auftretens von Verkehrsversuchen in der Stadt Köln mit erheblichen Einbußen für das Handwerk, werben wir dafür, den Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln am 9. Februar zu unterstützen

(Beifall bei der FDP)

Diesen Worten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Handwerkskammer, habe ich nichts hinzuzufügen. Geben Sie der Kölner Wirtschaft die Chance, bei der Verkehrswende mitgenommen zu werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann jetzt das wiederholen, was ich bei meinem letzten Redebeitrag zur SPD schon gesagt habe: Dass Ihre Rede, Herr Sterck, leider nichts mit dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, zu tun hatte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es geht um das Thema Verkehrsversuche, das ist richtig. Aber das, was dann in Ihrer Rede vorkam, war haarscharf am konkreten Antragstext vorbei.

Sie beantragen, dass die Träger öffentlicher Belange bei Verkehrsmaßnahmen beteiligt werden sollen. Jetzt muss man natürlich erst einmal auseinanderhalten: Wer sind eigentlich die Träger öffentlicher Belange? Da gibt es juristische Definitionen, die bei entsprechenden Verfahren, bei Beteiligungsverfahren etc. auch selbstverständlich mit angehört werden müssen. Da dieser Rat aber nicht Sachen beschließen muss, die sowieso schon geregelt sind, glaube ich auch nicht, dass das letztendlich das ist, was Sie meinten.

Das Thema Verkehrsversuche ist tatsächlich eines, was in dieser Stadt, in diesem Ausschuss, in seinen Gremien immer wieder auch durchaus kontrovers diskutiert wird. Und das ist aus unserer Sicht auch gut so, dass wir kontrovers über Verkehrsversuche in dieser Stadt reden. Denn das ist ja Sinn und Zweck von Versuchen, dass man aus Versuchen auch etwas lernt. Ich weiß bei einem Versuch eben am Anfang auch nicht immer, was am Ende rauskommt, kann dann aber, wenn ich merke, es gibt Sachen, die nachgesteuert werden müssen, auch mal nachsteuern.

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich kann natürlich im Vorhinein bei einem Verkehrsversuch schon alle Möglichkeiten, alle Eventualitäten, alles Mögliche mit Wenn-Dann-Tabellen etc. versuchen abzubilden, um dann am Ende festzustellen: Wenn das kommt, dann kommt das, und dann kommt das, und dann wird es am Ende nicht funktionieren. Deswegen machen wir am besten mal gar nichts. So.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boyens zu?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Am Ende würde ich mir das noch überlegen.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Genau aus diesem Grund haben wir im Verkehrsausschuss eine Anfrage zu dem ganzen Thema Verkehrsversuche gestellt, wie mit den Erkenntnissen umgegangen werden soll. Dass die Verkehrsversuche eben auch lebende Versuche sind, zeigt ja, dass Verwaltung hier auch entsprechend schon nachbessert. Dass natürlich dabei alle möglichen Stakeholderinnen und Stakeholder berücksichtigt werden, ist für uns auch selbstverständlich und passiert ja auch bei den einzelnen Verkehrsversuchen. Jetzt ist es aber so, dass nicht bei jedem Verkehrsversuch immer jeder und jede mitgenommen wird, sondern diejenigen, die unmittelbar vor Ort betroffen sind.

Wenn man sich anguckt, an der Venloer Straße zum Beispiel gab es Postwurfsendungen für diejenigen, die im unmittelbaren Umfeld wohnen. Also, es ist nicht so, dass man nur aus der Presse erfährt, was hier der Rat beschließt. Es ist ja auch nicht immer ganz richtig, was dann da berichtet wird. Von daher informiert Verwaltung auch von sich aus schon aktiv über das, was da passiert.

Dass wir auch größer denken müssen bei Verkehrsversuchen und schauen müssen, welche Belange noch mit dabei sind, steht, wie gesagt, völlig außer Frage, nur eben nicht mit so einem Antrag, der dann doch auch eher ein Schnellschuss ist. Jetzt muss ich nicht beantragen, dass diejenigen, die sowieso schon mit angehört werden, wie eine Feuerwehr, noch mal entsprechend gehört werden sollen.

Interessant ist dann auch, wenn die FDP-Fraktion hier auf die Bezirksvertretungen verweist, die dann auch so schlimme Beschlüsse fassen würden. In Nippes sind Sie, glaube ich, auch mit in der Verantwortung, was Verkehrsversuche angeht. Vielleicht können Sie da bei Ihrem Kollegen vor Ort

(Volker Görzel [FDP]: Spezielles Thema!)

noch mal nachfragen, wie da das ganze Thema Neusser Straße gesehen wird. Von daher würden

wir diesen Antrag, so, wie er ist, auch ablehnen, weil wir ihn in der Form für überflüssig halten.

Wir freuen uns auf die Beantwortung unserer Anfrage im Verkehrsausschuss und können dann gerne weiter schauen, wie wir mit dem Thema Verkehrsversuche in dieser Stadt auch weiterhin verantwortungsvoll umgehen, dahingehend, dass wir selbstverständlich bei Versuchen die Erkenntnisse, die wir während des Versuchs gewinnen, auch wahrnehmen und da, wo nötig, auch entsprechend nachbessern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und jetzt gab es noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage, dem ich natürlich sehr gerne nachkommen möchte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Hammer! Sie haben eben so nonchalant gesagt, solche Versuche, die unternimmt man und das kann eben auch mal schiefgehen, dann bleibt jemand auf der Strecke. Ich weiß nicht, würden Sie auch so handeln, wenn das Ihr Unternehmen wäre, was da eben existenziell gefährdet ist und dann eben mal auf der Strecke bleibt? Ich weiß nicht, diese Kaltschnäuzigkeit und diese grüne Überheblichkeit, mit der Sie hier argumentieren, die hat mich ein wenig schockiert. Wie stehen Sie dazu?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist jetzt keine vier Minuten her, dass ich diesen Satz angeblich gesagt habe. Ich habe ihn so nicht gesagt. Von daher wüsste ich jetzt auch nicht, wie ich darauf reagieren soll, wenn Sie mir Unterstellungen in den Mund legen, die ich nicht gesagt habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Lesen Sie es im Wortprotokoll am Ende einfach noch mal nach und dann können wir uns darüber austauschen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht?



Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, Herr Hammer hatte natürlich auch für das Bündnis gesprochen. Wir haben im Verkehrsausschuss eine umfangreiche Anfrage gestellt. Dazu benötigen wir die Antworten. Und dann werden wir uns natürlich auch intensiv damit befassen, wo optimiert werden muss und gerade was die Bürgerbeteiligung und auch die Betroffenen angeht, nachgesteuert werden muss. Am Beispiel der Kalker Hauptstraße. Wenn du dir den Antrag nämlich anschaust, den wir im Verkehrsausschuss gestellt haben, da haben wir es ja im Vorfeld mit drin. Das Problem ist ja gar nicht durch den Verkehrsausschuss oder durch die Ratsmitglieder verursacht, sondern es kommt ja oft durch die Bezirke. Und in Nippes diskutiert Ihr das ja auch mit Euren Kollegen. Also von daher müssen wir im Prinzip darauf achten und darauf auch ansetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Dann hat als Nächster Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe FDP! Der uns vorgelegte Antrag scheint auf den ersten Blick einigermaßen charmant zu sein. Er hat aber Probleme in der Umsetzung.

Fangen wir mal von vorne an: Einmal die Beteiligung von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Ich gehe davon aus, dass wenn wir in einer Stadtverwaltung arbeiten, dass die Stadtverwaltung eine einheitliche Verwaltungsmeinung herstellt und dann selbstverständlich, dass die entsprechenden Ämter sich untereinander austauschen über entsprechende Versuche und Verkehrsversuche. Wenn dies nicht der Fall ist, hoffe ich, dass das abgestellt und verändert wird und weiterhin eine einheitliche Verwaltungsmeinung hergestellt wird. In diesem Zusammenhang gehe ich davon aus, dass wenn das nicht der Fall wäre, das auch nicht aus einer Stellungnahme der Feuerwehr und des Rettungsdienstes hervorgehen würde, weil die ja natürlich nicht der einheitlichen Verwaltungsmeinung widersprechen würden. Deswegen halten wir es in dem Fall für nicht richtig.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die IHK und die Handwerkskammer: In diesem Fall treten sie nicht als Träger öffentlicher Belange auf, also so, wie sie ursprünglich gegründet worden sind, sondern als Interessensverbände für

Handwerk, Handel und Industrie. Richtig so, dass sie das machen, und auch richtig so, dass sie da ihre Interessen vertreten. Das Problem ist bloß: Wenn wir das so machen, wie sie das fordern, dann müssen wir auch ADAC, ADFC, Fuß e.V., Pro Bahn, KVB mit beteiligen, und zwar im Vorfeld der Vorlage.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das bedeutet im Rückschluss wiederum, dass praktisch die komplette Stadtgesellschaft im Vorfeld einer Vorlage diese Vorlage bekommt und wir als Politik als letzte informiert werden, was geplant wird und was umgesetzt wird.

Und genau da fängt das Problem an, warum wir zum Schluss diesem Antrag nicht zustimmen können: Weil nämlich wir als Politik auch eine Möglichkeit haben müssen, unsere Position zu bilden, bevor alle anderen Verbände auf uns zukommen. Deswegen kommen wir am Ende darauf zu sprechen.

Wir hoffen, dass wir beim alten Verfahren bleiben, dass uns die Verwaltung rechtzeitig - das macht sie nicht immer rechtzeitig - vor jedem Ausschuss die Beschlussvorlagen zukommen lässt und dann jeder Verband, jeder Bürger, jede Bürgerin die Möglichkeit hat, ihre Bedenken, ihre Stellungnahmen abzugeben und an uns senden kann, damit wir entsprechend darauf reagieren, es umarbeiten können und einen politischen Abwägungsprozess machen können.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Frage der Verkehrsversuche ja gerade im Verkehrsausschuss diskutiert worden ist. Wir verweisen da gerne auf unseren Antrag, wo wir fordern, bessere Informationen stattfinden zu lassen, weil uns häufig aufgefallen ist, gerade in Ehrenfeld, dass es zu Problemen im Informationsfluss zu den Bürgerinnen gekommen ist. Genau daran müssen wir arbeiten, dass wir unsere Arbeit genauer erklären, Probleme erkennen und entsprechend ändern. Das ist ja auch zum Beispiel in der Bezirksvertretung Innenstadt jetzt passiert, in der Deutzer Freiheit, wo es konkrete Änderungen gibt, wo man anschließend sagen kann: Ja, es ist ein Kompromiss, aber ich glaube, das ist ein guter Kompromiss, womit andere Leute zum Schluss einigermaßen leben können.

Deswegen lehnen wir zum Schluss diesen Antrag ab, und freuen uns auf eine weitere lebhafte Debatte im Verkehrsausschuss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das hier vom Platz aus. Auf den ersten Blick - das hat Herr Lorenz ja gerade gesagt - hört sich das ja eigentlich total toll an, dass Träger öffentlicher Belange, wer immer das auch sein sollte, bei den Planungen von größeren Verkehrsmaßnahmen beteiligt werden sollen. Wer soll etwas dagegen haben auf den ersten Blick?

Genannt werden natürlich immer die üblichen Verdächtigen, auch Interessensverbände, Handwerkskammern.

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr)

So, jetzt geht es wieder.

Vielleicht einfach vorab, einfach nur so, wie die Diskussion auch im Verkehrsausschuss läuft, also diese Vermengung zwischen: Wir beteiligen noch weitere Akteure an allen Planungen, die jetzt im Verkehrsbereich anstehen - -

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr)

Das sollte man voneinander trennen.

Die Verkehrsversuche, so hat man den Eindruck auch in der Presse, und auch so, sind auch wirklich unter Druck geraten. Das sollte aber nicht den Anlass geben, so einen Antrag zu stellen, um noch mehr Akteure bei allen Maßnahmen reinzunehmen. Da gebe ich der SPD recht, wenn man diese Interessensverbände wie IHK und Handwerkskammer reinnimmt und auch die anderen Interessensverbände und Initiativen aus dem Verkehrsbereich miteinbezieht. Ansonsten wäre es ja dann auch nicht logisch, wenn man sagt, man möchte alle mitnehmen und alle sollen beteiligt sein, damit das am Ende einmal eine Planung oder eine Maßnahme ist, die sich von selbst trägt.

Ich glaube einfach, je größer so eine Beteiligung ist, desto mehr führt das zu Verzögerungen in den Planungen. Im Verkehrsbereich dauert es teilweise sehr, sehr lange, bis wir überhaupt etwas abschließen können. Das muss man sich wirklich gründlich überlegen.

Es gibt ja im Verkehrsausschuss erst mal die Anfrage des Bündnisses. Aber es gibt ja auch die

Anfrage der SPD. Das hat Herr Lorenz auch genannt. Es geht darum: Wie kann man Verkehrsversuche besser kommunizieren? Ich glaube, das muss man erst mal im Verkehrsausschuss diskutieren, um zu schauen: Was kann man verbessern? Dieser Antrag kommt einfach nicht zur richtigen Zeit. Wir müssen schauen, wie weit wir da vorangehen. Tatsächlich glaube ich einfach nur abschließend zu den Verkehrsversuchen: Die sind wichtig und richtig. Und dass sie so unter Druck geraten, kann uns allen eigentlich auch nicht schmecken. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Volt das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe FDP! AfD wirkt, kann man nur sagen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Würgl!)

Wir haben ja zur letzten Sitzung hier unseren Antrag zur Beendigung dieses unnötigen Verkehrsversuchs auf der Deutzer Freiheit eingebracht. Wir wollten das stoppen. Sie haben sich gar nicht geäußert. Sie haben keine Position bezogen und wollten diesen unternehmens- und veedelsfeindlichen Blödsinn nicht mit beenden. Jetzt kommt wieder so ein typischer FDP-Antrag, mit dem man dann zeigen will: Eigentlich sind wir mit diesen ganzen Verkehrsversuchen auch nicht so einverstanden. Wir wollen doch auch nicht mit unseren linksgrünen Freunden - oder wie auch immer - irgendwo anecken.

Jetzt große Konsultationsprogramme fordern - das kann man machen, aber man kann auch einfach Nein zu diesen ganzen Sachen sagen. Scheint ja bei Ihnen, wenn man hier die Diskussion über die Bezirksvertretung gehört hat, auch intern nicht ganz klar zu sein. Es gibt nur eine Partei, die bei dem Blödsinn nicht mitmacht, und das ist die Alternative für Deutschland, die AfD in Köln.

(Beifall bei der AfD)

Darauf können sich die Bürger verlassen. Wir machen nicht mit beim allgemeinen Kampf gegen den Individualverkehr. In der CDU scheint es ja auch zu rumoren, das stand ja heute im Pressepiegel. Scheinheilig - CDU und FDP hätten in der letzten Sitzung Position beziehen können. Sie haben eine Reihe von Institutionen aufgeführt, die jetzt hier konsultiert werden sollen. Insbesondere



die Abteilung Blaulicht wird bei solchen Sachen sowieso immer konsultiert, Stichwort „Einsatzzeiten“. Die Feuerwehr muss ja in der Lage sein, in einem gewissen Zeitraum dort anzukommen. Deswegen ist es schon mal gar nicht nötig.

Dann haben Sie auch noch richtigerweise IHK, Handwerkskammer und Kreishandwerkerschaft aufgeführt. Aber das löst auch nicht das Problem, dass die Betroffenen vor Ort immer nur sehr eingeschränkt Gehör finden. Auch weil die Verbandsstrukturen weit weg sind. Das Gehör der Unternehmer und deren Aufmerksamkeit ist in erster Linie auf ihr Geschäft gerichtet und nicht die Verbände. Und sie wollen sich in erster Linie um ihre Kunden kümmern.

Man kann es auch so sagen: Der normale Unternehmer und Mensch in dieser Stadt will eigentlich von der Stadt und dem Staat in Ruhe gelassen werden. Dem sollten wir in dieser Stadt auch endlich nachkommen.

Aber mit Blick auf die Deutzer Freiheit kann man feststellen, es wird ja immerhin jetzt darüber gesprochen, wie man das Ganze wieder aufweicht. Das reicht natürlich nicht, es gehört auch komplett gestoppt. Aber immerhin: Jetzt wird die FDP vorgeschickt, da kann dann das Altparteienkartell auch so tun, als ob hier gehandelt würde. Gut, kann man machen.

Wie gesagt, Konsultationsrunden sind ja schön und gut, aber das Beste wäre, kluge und von der Vernunft geleitete Politik von Anfang an zu machen, meine Damen und Herren.

Stellen wir die wertschöpfenden Milieus in den Mittelpunkt dieser Stadt und nicht irgendwelche Aktivistengruppen, die mit viel zu viel Zeit eben diese stören, oder besser: tyrannisieren. Die wertschöpfenden Milieus finanzieren dieses Gemeinwesen nämlich. Deshalb müssen sie vor linksgrünen Ideologen geschützt werden. Das heißt, die Ehrenstraße, die Deutzer Freiheit, die Venloer Straße und bald die Neusser Straße. Nichts als Ärger für Anwohner und Unternehmer für das linksgrüne Wolkenkuckucksheim.

Interessant ist dann auch, dass man versucht, die Leute vor Ort zu diskreditieren, weil die AfD sich für deren Belange einsetzt: Oh, ihr arbeitet mit der AfD zusammen? Ah, ist ja alles ganz schlimm! Und dann müssen wir auch über die ganze Sache gar nicht mehr reden. Das sagt etwas über die Geisteshaltung in dieser Stadt aus.

(Beifall bei der AfD)

Die Aktivisten und ihre politischen Freunde von Grünen und Co. meinen ja immer, dass ihre Art zu leben doch jeder zu übernehmen hat. Die haben zu viel Zeit, wie gesagt, und erdreisten sich, denen, die keine Zeit haben, vorzuschreiben, wie sie zu arbeiten und zu leben haben. Dem Otto Normalo fehlt nämlich oft die Zeit, um sich dagegen zu wehren, weil er arbeitet und Werte schafft.

Die AfD ist der natürliche Anwalt der wertschöpfenden Milieus in dieser Stadt und in Deutschland.

(Lachen von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Dem Antrag kann man zustimmen oder auch nicht. Den herrschenden linksgrünen Zeitgeist und seine Vertreter werden diese Konsultationen nämlich nicht interessieren. Sie sind, wenn überhaupt, ein Feigenblatt. Da denkt man sich in diesen Kreisen über den Otto Normalo wahrscheinlich in dieser Stadt mit Blick auf seine Nöte und wirtschaftlichen Sorgen: Sollen sie doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben!

Und an die beiden vermeintlich bürgerlichen Parteien, CDU und FDP, gerichtet: Sagen Sie sich endlich von Ihren linksgrünen Freunden los! Machen Sie bei diesen blöden Verkehrsversuchen auch nicht auf Bezirksebene mit! Das wäre das Beste für diese Stadt. Und machen Sie mit uns eine konstruktive und harte Oppositionspolitik gegen den linksgrünen Zeitgeist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD - Lukas Lorenz [SPD]: Beleidigen Sie doch nicht die FDP!)

- Ich habe niemanden beleidigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich versuche mal, mein Gefühl über das Mikrofon rüberzubringen. Ich glaube, der Antrag ist so wichtig, dass er heute - -

(Das Mikrofon des Redners funktioniert nicht mehr)

Und ich bitte die Verwaltung, einen Prüfantrag anzunehmen, diesen Antrag zum Anlass zu nehmen, sich einmal Gedanken zu machen, welche Schnittstellen hier nicht berührt worden sind. Ich sage mal, die Bürgerbeteiligung ist hier überhaupt



nicht berücksichtigt. Der ein oder andere Redebeitrag hat das schon erwähnt. Die BVen grundsätzlich sind zu berücksichtigen und der Wirtschaftsausschuss nicht. Also, ich erinnere an die vorletzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses, wo es um die Deutzer Freiheit ging und wo erstmals überhaupt die Betroffenen zu Wort kamen und nicht nur die Bürger, die diese Sperrung mehr oder weniger herbeigeführt haben - mit entsprechender politischer Lobby im Rücken. Deshalb appelliere ich an die Verwaltung, sich vielleicht mal intensiv Gedanken zu machen, wie dieser Antrag noch aufgefüttert werden kann, damit er auch wirklich alle Schnittstellen berücksichtigt. Weil: Hier geht es um ganz wichtige Dinge in der Zukunft. - Danke sehr.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Ich habe etwas Sympathie für den Antrag der FDP. Das ist aber auch nur ein bisschen Sympathie. Das ist der Part, wo Sie die Verkehrsversuche, die durchgeführt werden, beschrieben haben. Ich möchte hier nur für den Verkehrsversuch auf der Venloer Straße sprechen.

(Das Mikrofon des Redners funktioniert nicht mehr)

Auch dieses Mikro fällt leider immer wieder aus.

Das ist natürlich in der Tat ein Problem. Das wird aber in den Gremien ja auch schon rauf und runter diskutiert. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat den Verkehrsversuch Venloer Straße, glaube ich, inzwischen als ständigen Tagesordnungspunkt. Da ist auch einiges schiefgelaufen, was die Kommunikation angeht. Das Anliegen selbst ist ein gutes Anliegen. Warum man das im Winter einführen musste und im Dunkeln sozusagen den Schulkindern die Querung der Venloer Straße auf die Art und Weise erschwert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das ist nur das, wo ich Herrn Sterck und die FDP verstehen kann. Was ich nicht verstehen kann, ist die Position vieler Einzelhändlerinnen und Einzelhändler. Da spreche ich jetzt selbst mal auch als Einzelhändler, der ich tatsächlich bin. Es sind alte Diskussionen, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten geführt werden, aber es leuchtet mir bis heute nicht ein und auch nach diesem Antrag und nach dieser

Debatte nicht, warum ein Parkplatz vor meinem Geschäft mir mehr Umsatz bringen soll als zehn Fahrradstellplätze. Es ist überhaupt nicht zu verstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Auch die Erreichbarkeit! Wir haben hier in der Nachbarschaft die Nord-Süd-Fahrt gegenüber der Oper: tippi toppi verkehrsangebunden. Wenn man jetzt ans Auto denkt mit der Nord-Süd-Fahrt, da sind sogar Parkplätze. Okay, die muss man bezahlen. Aber möchte einer der Händler da sagen, er hat eine gute Lage im Vergleich zur Schildergasse oder zur Hohe Straße? Mitnichten! Da wird dran vorbeigerauscht, da kommt keiner extra hingefahren, weil man da so schnell mit dem Auto kommen kann und so tollen Parkplatz kriegt. Das ist totaler Mumpitz. Der Einzelhandel hat wirklich Sorgen, das ist vollkommen klar. Das möchte ich auch nicht kleinreden. Das ist natürlich die Pandemie gewesen, das ist Kaufkraftverlust durch Inflation etc. Das sind die Sorgen. Aber es ist nicht das Problem, ob man mit dem Auto bis zum Geschäft vorfahren kann. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe alle! Ich würde gerne auf eine Passage Bezug nehmen, wo es heißt, dass heftige Diskussionen vermieden werden wollen, nämlich dass solche Debatten oftmals darauf hinweisen, dass in der Planung wichtige Anforderungen übersehen oder übergangen worden sind und nicht einfach so ein Standardphänomen sind, weil es immer wütende Leute gibt. Solche Debatten sollten wir zum Anlass nehmen, noch mal über die Methodik und Vorgehensweise zu schauen. Auch wenn wir schon Beteiligung haben, noch mal drüber zu schauen, ob diese denn methodisch gut durchgeführt worden sind oder es noch Verbesserungspotenzial gibt. Denn letzten Endes ist niemand einfach aus Prinzip immer wütend, sondern immer nur, wenn Grenzen überschritten worden sind oder Werte nicht berücksichtigt wurden. - Das war's.

(Vereinzelt Beifall)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD und Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieklausel in Mietverträgen städtischer Gebäude“ AN/0205/2023

Herr Busch hat das Wort.

Philipp Busch (AfD): Guten Tag, Frau Oberbürgermeisterin! Ich grüße Sie. Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 6. Oktober 2010 kündigte die damalige Bundesfamilienministerin Christina Schröder an, dass sie in Zukunft von Initiativen gegen Rassismus, Linksextremismus und Islamismus ein Bekenntnis zu unserer Verfassung verlangen werde. Diese sogenannte Extremismusklausel wurde von einer Union-FDP-Mehrheit im Bundestag als eine schriftliche Einverständniserklärung für drei Bundesförderungsprogramme verabschiedet: Toleranz fördern, Kompetenz stärken, Initiative Demokratie stärken und Zusammenhalt durch Teilhabe. Dies wurde jedoch 2014 durch die darauffolgende Koalition auf Drängen der Bundesministerin Schwesig wieder abgeschafft.

Nun hat dieser Rat in seiner unendlichen Weisheit in der letzten Ratsperiode mit der Vorlage 1865/2018 entschieden, dass zum einen die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, abgelehnt wird. Dies begrüßen wir natürlich als die Rechtsstaatspartei in diesem Gremium.

(Beifall bei der AfD)

Zum anderen solle eine Broschüre erstellt werden, in dem unter anderem, wie in dem sogenannten Münchner Leitfaden stehen soll, dass das Parteiengesetz klarstellt, dass der Grundsatz der formalen Gleichbehandlung aller Parteien auch für die Vergabe öffentlicher Einrichtungen gilt. Daraus folgt das Parteienprivileg. Politische Parteien

haben einen aus dem Gleichheitsgrundsatz und dem Parteiengesetz abgeleiteten Anspruch, kommunale Einrichtungen zu nutzen. Wenn die Kommunen dies generell erlauben. Was in Köln der Fall ist. Alle nicht verbotenen Parteien genießen das Parteienprivileg unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Eine Selbstverständlichkeit, weswegen wir auch diesen Flyer für entbehrlich halten.

Was wir jedoch nicht für entbehrlich halten in Zeiten, in denen wieder offen von Räterepubliken geschwärmt wird - ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip. Wo Strafrecht als dispositives Recht angesehen wird, wenn der Verstoß nur ideologisch begründet ist - natürlich immer auf der richtigen Seite - brauchen wir auch hier eine Demokratieklausel, wenn städtischer bzw. quasi städtischer Raum angemietet werden soll. Uns sind natürlich auch die Problematiken einer solchen Klausel bewusst. So ist der Extremismusbegriff undefiniert, folglich ein politischer Begriff. Verwaltungsakte müssen aber bestimmt sein, sagt das Gesetz. Wie auch das Verwaltungsgericht Dresden in seiner damaligen Entscheidung zur Extremismusklausel des Bundes. Jedoch ist in unseren Augen eine einfache Klausel, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleistet wird, möglich. So sehen es im Übrigen auch die Staatsrechtler Professor Battis und Professor Ossenbühl.

Was jedoch nicht geht, sind, wie in diesem Jahr in der Bezirksvertretung Nippes unter der Antragsnummer 74/2023, was noch mit Dringlichkeit verabschiedet wurde, einzelnen unliebsamen Parteien ein solches Verbot zu geben. Ein klarer Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 des Grundgesetzes. Stimmen Sie für unseren Antrag, dass die Stadtverwaltung uns zur nächsten Ratssitzung eine solche Musterklausel rechtssicher zur Anmietung für städtische Räume vorlegen soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu Tagesordnungspunkt 3.1.3 weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.



Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kommunale Beobachter:innen Karneval“
AN/0209/2023**

Das Wort hat Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Karnevalisten und Zuschauende! In den letzten Wochen sahen wir uns einer Flut aktueller Stunden ausgesetzt. Gefühlt in jedem Ausschuss wurde darüber gesprochen, wie der 11.11. verlaufen ist und wie es sich besser machen lässt. Wir haben Glück, denn zwei Mal im Jahr bekommen wir, der Rat der Stadt Köln, die Chance, es in den Griff zu bekommen: Die Feiernden, den Müll, die KVB, die Zahl der Unfälle und Einsätze zu senken. Nun ist es wieder so weit. Karneval steht vor der Tür. Wir möchten uns nicht länger in den Logen des Rosenmontagszuges tummeln und schunkeln in prunkvollen Sälen mit verschiedenfarbigen Funken. Wir fordern analog zu den parlamentarischen Beobachter*innen kommunale Beobachter*innen explizit im Kölner Karneval. Mitten im Geschehen sein, schauen, wo es gut und wo es schief läuft - und das aus jeder Fraktion bzw. aus den Reihen der Einzelmandatsträger*innen - trägt dazu bei, die Dinge einzuordnen und verschiedene Eindrücke zu erhalten.

Dieser Antrag ist auch ein Antrag, die Verwaltung zu entlasten und 100 Anfragen in 100 aktuellen Stunden zu minimieren.

Frau Reker, Sie sagten, wir können den Leuten nicht verbieten, so Karneval zu feiern, wie die Leute es eben tun. Das ist folgerichtig. Gerade zu 200 Jahren Karneval wird es sicher besonders schunkelig in Köln. Endlich wieder ein richtiger Karneval und das hoch zweihundert! Zugang hinter die Bauzäune, dahin, wo es eng und vielleicht auch gefährlich wird, aber auch, wo es gut wird und die aktuellen Stunden vielleicht schon Wirkungen zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen Sie diese Chance und machen Sie sich ganz offiziell und überall ein Bild von der Situation „Kölner Karneval“. Reden Sie mit Gastronomen und lassen Sie sich von bestechenden Argumenten von Sicherheitsleuten vor Ort überzeugen, und stimmen Sie für diesen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe auf meiner Rednerliste Herrn Dr. Krupp als Nächsten.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Bitte?)

Wird weiter das Wort gewünscht von Grünen oder CDU?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ich habe mich nicht gemeldet!)

- Haben Sie sich nicht gemeldet? Ja, dann.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich kann aber.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier steht es auf meiner Redeliste.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache es ganz kurz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich fordere niemanden auf, hier zu reden, der das gar nicht möchte.

(Heiterkeit)

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich mache es ganz kurz. Ich möchte immer reden.

(Heiterkeit)

Liebe Freunde von Die FRAKTION, wir werden den Antrag ablehnen. Parlamentarische Beobachter sind etwas, was einerseits in Krisengebieten eingesetzt wird - so weit ist es mit dem Karneval doch noch nicht -, andererseits bei Demonstrationen, um seitens des Parlaments die Einhaltung der Versammlungsfreiheit zu kontrollieren. Beides trifft hier nicht zu. Wir haben am 11.11. erhebliche Probleme gehabt, das ist völlig richtig. Wir müssen viel dafür tun und die Stadt muss viel dafür tun, dass es an Weiberfastnacht nicht so kommt. Aber das Ganze mit quasi parlamentarischen Beobachtern zu begleiten, halten wir dann doch für ein bisschen zu weit gesprungen und im Übrigen auch nicht für zielführend. In diesem Fall, nur zur Begründung, sind wir dann auch für Ablehnung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann würde ich jetzt über den Antrag abstimmen



lassen, und dann hat Herr Hock den Wunsch, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Wer wünscht, dem Antrag zuzustimmen? - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Herr Hock hat das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank, auch, dass Sie es heute nicht nach der Schweigeminute haben stattfinden lassen. Ich hatte so ein bisschen die Befürchtung, nachdem mitten in meiner vorletzten Rede die Queen gestorben war und zuletzt vor meiner Rede auch eine Rede über wirklich schlimme Verhältnisse stattgefunden hat, dass ich vielleicht nicht mehr reden sollte. Aber heute war nur das übliche Gequatsche vor meiner Rede. Deswegen: sehr gut.

Liebe Frau Reker, ich möchte auf die letzte Ratsitzung zurückkommen. Da waren Sie der Auffassung, dass ich Ihnen nicht richtig zuhöre. Also, das möchte ich klarstellen: Selbstverständlich höre ich Ihnen immer sehr gut zu. Hintergrund war in der aktuellen Stunde, in der letzten Rede, dass ich Sie Ihrer Ansicht nach nicht richtig zitiert habe. Oder nein, es ist noch ein bisschen komplizierter gewesen. Am 11.11. zitierten Sie vor der Presse die Bläck Fööss:

Mer bruche keiner, keiner dä uns säht
Wie mer Fastelovend fiere deit.

Und ich zitierte Sie in meiner Rede, wie Sie die Bläck Fööss zitierten. Sie waren also der Auffassung, ich hätte nicht verstanden, dass es sich bei meinem Zitat von Ihnen um ein Zitat der Bläck Fööss handele. Da schon sehr viel größere Politiker als ich aufgrund falscher Zitate oder Zitationen in Schwierigkeiten geraten sind - Giffey, Schavan, von und zu Guttenberg - möchte ich klarstellen: Selbstverständlich war mir und unseren sehr guten, unterbezahlten Redenschreibern bewusst, dass Sie die Bläck Fööss zitierten. Hätte man mir gut zugehört, hätte man dies auch bemerkt. Nachdem Sie, Frau Reker, nämlich die erste Zeile des Bläck-Fööss-Songs zitiert haben, habe ich in meiner Rede die zweite Zeile zitiert, nämlich

Mer bruche keiner, dä de Schnüss op
mää. Dä se besser halden dät.

Der Vorwurf, sich nicht im Kölner Liedgut auskennen, wiegt schwer und verletzt mich persönlich. Unkölsches Verhalten ist der Karrieretod jedes Kölner Lokalpolitikers.

(Heiterkeit)

Damit möchte ich und möchte meine Fraktion nicht in Verbindung gebracht werden. Immerhin werden wir nach unseren repräsentativen Umfragen bei Facebook und Telegram bald selber Oberbürgermeister, und da darf uns so ein Missverständnis nicht auf die Füße fallen.

So, ich hoffe, ich habe alles klargestellt, auch innerhalb der Redezeit, und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Hock.

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Gerne!)

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern“ AN/0218/2023

Ich würde Sie bitten, zunächst der Stadtdirektorin zuzuhören, der ich jetzt das Wort erteile, weil dadurch, glaube ich, sich viel in der weiteren Debatte lösen kann.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Köln steht vor vielfältigen Herausforderungen, zum Beispiel dem demografischen Wandel, Klimaschutz, der Mobilitätswende und der Digitalisierung, um nur einige wenige zu nennen. Gemeinsam stellen wir uns als Stadtverwaltung diesen Aufgaben und sind als eines der größten Dienstleistungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen für die Kölner*innen in ihren verschiedenen Lebenssituationen da. Das ist auch der Kern unserer neuen Arbeitgebermarke. Gemeinsam machen wir Köln.

Unsere vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und zu motivieren, sowie neue Fachkräfte zu gewinnen, ist Ziel und Anlass für die Entwicklung der Arbeitgebermarke. Fachkräfte sind in vielen Bereichen Mangelware und rund ein Viertel unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird uns in den nächsten zehn Jahren rein altersbedingt verlassen.



Daher müssen wir alle Register ziehen. Wir müssen zeigen, dass das Arbeiten bei der Stadt Köln attraktiv macht. Wir müssen auf uns aufmerksam machen und den Nachwuchs für eine Karriere bei der Stadt begeistern. Wir müssen aber auch Prozesse verbessern und an Stellen arbeiten, die noch nicht so rund laufen. Der Bedarf nach mobilem Arbeiten und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir werden neue Wege finden, um in Kontakt zu bleiben, Teams zusammenzuhalten und weiterhin ein gutes Miteinander zum Wohle der Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich gerade in den letzten drei Jahren den Krisen und Herausforderungen gestellt haben und sich trotz vielfältiger Belastungen Tag für Tag engagiert für unsere Stadt einsetzen. Gerne gebe ich Ihnen nun - durchaus ausführlich - einen Einblick in die verschiedenen Themenstellungen, an denen wir aktuell arbeiten.

Zur Personalstrategie, die neu ausgerichtet wird: Das Personal- und Verwaltungsmanagement hat bereits einen Prozess der Neuorientierung eingeleitet. Ich möchte hier nur beispielhaft einige Punkte nennen. Das ist die Durchführung vielfältiger Marketing- und Social-Media-Kampagnen. Unter anderem wurde die stadtweit bekannte Kampagne „Mach Köln!“ entwickelt und immer wieder im Stadtbild und online platziert. Angebot vielfältiger Benefits in den Bereichen modernes Arbeiten, Gehalt und Leistungen, Karriere und Entwicklung, Vielfalt und Zusammenhalt und Gesundheit und Prävention. Details sind auf der Karriere-Seite im Internet einsehbar.

Ausrichtung an der werbenden Perspektive bzw. im Sinne der nutzenden Orientierung. Aufbau eines zielgruppenspezifischen Recruitings zum Beispiel durch spezialisierte Kompetenzteams für die einzelnen Fachkräftebereiche und durch Active Sourcing auf berufsspezifischen Plattformen. Dieses moderne Recruiting wird durch ein ebenso modernes Personalmarketing unterstützt. Die Arbeitgebermarke Stadt Köln bildet dabei in Verbindung mit dem zentralen Leitgedanken der Personalwerbung „Mach Köln!“ die Grundlage aller Marketingaktivitäten des Bewerbercenters. Das Marketing ist dabei authentisch, mutig und crossmedial ausgerichtet.

Stichwort: Ausbau und Förderung von Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Ausbildungsleitung der Stadt ist hier seit vielen Jahren sehr aktiv und gewinnt Jahr für Jahr neue Auszubildende. Aktuell bietet die Stadt bereits

über 35 Ausbildungsberufe an und arbeitet kontinuierlich mit den Fachbereichen daran, weitere zukunftsorientierte Ausbildungsberufe zu identifizieren.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ausbildungsquote 10 Prozent!)

Im Jahr 2022 wurden fast 350 Nachwuchskräfte in den Bereichen Verwaltung, IT sowie - -

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wenn Sie das Mikrofon am Redepult nehmen!)

- Herr Detjen, Sie bringen selbst mein Mikrofon durcheinander.

(Heiterkeit - Die Rednerin begibt sich an das Redepult)

Die Ausbildungsquote lag 2014 noch bei 6,29 Prozent und konnte kontinuierlich gesteigert werden. Der Höchstwert wurde 2019 mit 8,95 Prozent erreicht und liegt in 2021 bei 8,24 Prozent. Das ist der letzte verfügbare Wert. Neben den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten bietet die Stadt Köln im Laufe des Berufslebens sehr unterschiedliche Fortbildungsmöglichkeiten an.

Zum Beispiel die modulare Qualifizierung für den Verwaltungs-, den technischen und den sozialen Dienst. Berufsbegleitende Studienförderung, vielfältige Nachqualifizierungsmöglichkeiten, das Weiterbildungsangebot zu staatlich geprüften Technikern sowie ein umfangreiches kostenloses Fortbildungs- und Personalentwicklungsangebot. Weitere Qualifizierungsprogramme und Mentoring-Projekte. Ein Mentoring-Programm für Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist in Vorbereitung. Hier sind wir in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung und Optimierung.

Darüber hinaus ist es der Stadt Köln seit langem ein Anliegen, die Ausbildung immer weiter zu flexibilisieren und zum Beispiel Teilzeit-Ausbildungsmöglichkeiten auszubauen und die Telearbeit voranzutreiben. Auch die Spitzensportförderung ist ein aktiv gelebtes Recruiting-Instrument der Stadt Köln.

Zur Verstärkung der Einstellung von Menschen mit Behinderungen: Die Stadt Köln sieht bereits seit vielen Jahren in der Einstellung von Menschen mit Behinderung sowohl im Bereich der Ausbildung als auch im Bereich der externen Einstellungen eine gute Möglichkeit, dem Fachkräftemangel auch auf diesem Wege entgegenzuwirken.



ken. Als Indikator hierfür dient vor allem die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei der Stadt Köln. Diese liegt seit langem über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote. Die gesetzliche Pflichtquote beträgt 5 Prozent, die Zielquote der Inklusionsvereinbarung der Stadt Köln liegt bei 7 Prozent. Im Jahr 2021 wird die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei 9 Prozent liegen.

Zur ganzheitlichen Personalgewinnung: Auch hierzu gab und gibt es verschiedene Maßnahmen, zum Beispiel geschlechtergerechte Sprache, einfache Sprache, spezielle MINT-Werbung in Ausschreibungen. In Kampagnen werden bewusst Motive von unterrepräsentierten Gruppen eingesetzt, zum Beispiel Erzieher, Feuerwehrfrauen, Informatikerinnen als jeweilige Role Models. Darüber hinaus wurde zum Beispiel bei dem Amt für Informationsverarbeitung ein Innovationsprojekt zur Frauenförderung und Diversity gestartet. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt erfolgreich am sogenannten 16-i-Programm zur Beschäftigung und Integration von Langzeitarbeitslosen und kooperiert mit der Bundesagentur.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens möchte eine Zwischenfrage stellen.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Bitte schön.

Stephan Boyens (AfD): Frau Stadtdirektorin, das hört sich ja alles ganz wunderbar an, was Sie hier sagen. Sie können sicher noch stundenlang so weiterreden. Ich habe trotzdem eine Frage: Wie erklären Sie es sich, dass der Krankenstand der Stadt Köln, ich glaube, zwischen acht und zehn Prozent liegt und dass der Krankenstand ein ganz wichtiges Spiegelbild und Indikator für die Arbeitszufriedenheit in einer Organisation ist? Wie passt das zusammen mit dem, was Sie uns hier alles in glühenden Farben erzählen? - Danke.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Da würde ich empfehlen, mich mal ausreden zu lassen bis zum Ende. Und dann können wir auch gleich gerne weitermachen.

(Beifall)

In all diesen Bereichen werden verschiedene Messen und Plattformen und Präsentationen durchgeführt, um offline und online in den direkten

Austausch mit den gesuchten Fachkräften zu treten. Die Stadt Köln möchte diese Bereiche weiter ausbauen, zum Beispiel durch verschiedene zielgruppengerechte Ansprachen für bestimmte Bereiche oder bestimmte Positionen. Die Grenzen des Möglichen liegen hierbei in der Menge der potenziellen Bewerber*innen und Interessent*innen. Auf die Berufswahl - leider, leider - insbesondere in den unterrepräsentierten Bereichen hat die Stadt leider ganz wenig Einfluss.

Die Ausbildungsleitung hat 2015/2016 aktiv und frühzeitig den Kontakt zu vielen Akteuren in der Flüchtlingsbetreuung und Vermittlung gesucht und gemeinsame Projekte besprochen. Die Stadt Köln hat seit 2015 Flüchtlinge in Praktika und Ausbildung vermittelt und hier bereits einige Erfolge verbuchen können. Die Absichtserklärung für ein neues Kooperationsprojekt mit dem Jobcenter „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ wurde 2022 unterzeichnet. Attraktivierung von Mehrarbeit und Überstunden gehört auch dazu. Die Möglichkeiten zur Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst und dem Landesbeamtengesetz in Verbindung mit der Mehrarbeitsvergütungsverordnung des Bundes sind bereits sehr weitreichend. Aus Gründen der Fürsorgepflicht halten wir als Arbeitgeberin Stadt Köln eine Ausweitung der Regelungen zur Anordnung von Überstunden und Mehrarbeit nicht für sachgerecht. Zudem ermöglicht die Arbeitszeitverordnung NRW bereits heute eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit. Der Gestaltungsspielraum wird nun durch die landesrechtliche Möglichkeit, Langzeitarbeitszeitkonten auch für Beamtinnen einzuführen, auch noch einmal deutlich erweitert.

Eine neue moderne Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit befindet sich derzeit in der Abstimmung zwischen Verwaltung und den Gremien. In dieser soll die Einrichtung von Langzeitkonten sowohl für Beamtinnen als auch für Tarifbeschäftigte geregelt werden.

Reform der Stellenbewertung:

(Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Ihr Antrag ist ja auch sehr ausführlich und es wäre ganz nett, Sie würden mir dann auch zuhören, wenn ich auf die einzelnen Punkte eingehe.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Sie reden ja schon ein bisschen länger!)

Ich habe ja gesagt: ausführlich. Das kennen Sie ja durchaus von mir.



Grundsätzlich schöpfen wir alle Möglichkeiten aus.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ist das Ihr Ernst? Zu versuchen, einen politischen Antrag platt zu machen, indem Sie jetzt eine halbe Stunde in einer Geschwindigkeit eine Rede - „Rede“ ist zu viel gesagt -, einen Text vorlesen, als wenn wir hier in der Grundschule wären. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp, normalerweise erteile ich hier das Wort!

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ja. Dann tun Sie es mal!

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Stadtdirektorin Andrea Blome: Die Bewertung der Stellen für Tarifbeschäftigte erfolgte nach den verbindlichen tariflichen Regelungen des bundesweiten TVöD. Die Verhandlungen für eine neue Entgeltordnung haben mehr als zehn Jahre gedauert, bis diese zum 1. Januar 2017 in Kraft treten konnte. Es ist unrealistisch, jetzt auf Initiative der Stadt Köln noch einmal wesentliche Veränderungen erreichen zu können. Die Bewertung der Stellen der Beamtinnen erfolgt unter Beachtung des bundesweit in nahezu allen großen Kommunalverwaltungen angewandten KGSt-Gutachtens, wobei bereits heute alle Spielräume genutzt werden.

Die Festlegung der Erfahrungsstufen erfolgt im Rahmen der tariflichen Regelungen grundsätzlich auf der Grundlage einschlägiger Berufserfahrung.

Ergänzend werden zur Deckung des Personalbedarfs bei Neueinstellungen in der Regel auch die tariflichen Möglichkeiten zur ergänzenden Berücksichtigung förderlicher Berufserfahrung bei der Stufenzuordnung effektiv genutzt.

Zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und von Ingenieurinnen und Ingenieuren gewähren wir bereits jetzt zeitlich befristete außertarifliche Fachkräftezulagen in Höhe von bis zu 1 000 Euro monatlich, oder es werden Stufen ohne entsprechende Berufserfahrung vorweg gewährt. Dies ist jedoch explizit im Rahmen der Fachkräfterichtlinie durch den KAV geregelt. Der-

zeit wird zusätzlich geprüft, ob eine verstärkte Anwendung auf bestimmte Berufsgruppen mit erhöhtem Fachkräftemangel realisierbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Bei der Anwendung sind jedoch regelmäßig die Lohn- und Gehaltsbedingungen zu berücksichtigen.

Ein letztes noch, moderne Arbeitsplätze: Moderne und anforderungsgerechte Arbeitsplätze sind ein wesentliches Element für die Motivation und Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln überprüft in Zusammenarbeit mit dem zentralen Raummanagement kontinuierlich den Bedarf an Arbeitsplätzen. Aktuell werden beispielsweise durch die Anmietung von 45 000 Quadratmetern Büroflächen im Agrippa Quartier Arbeitsplätze geschaffen. Ein Teil der Fläche soll nutzerunabhängig zu städtischen Co-Working-Flächen entwickelt werden.

Darüber hinaus erarbeitet die Stadt Köln aktuell ein Konzept zum Desk Sharing, um den steigenden Bedarf an Arbeitsplätzen zu decken und gleichzeitig moderne Arbeitswelten zu realisieren. Bereits 25 Dienststellen praktizieren Desk Sharing und 16 weitere planen die Einführung von Desk Sharing in den nächsten Monaten.

Meine Damen und Herren, Ihre Geduld ist jetzt zu Ende strapaziert. Das Thema Mitarbeiterbindung und -gewinnung in Zeiten von Fachkräftemangel und demografischem Wandel stellt sehr hohe Anforderungen an ein zukunftsorientiertes Personal- und Organisationsmanagement. Daran arbeitet die Verwaltung. Nicht nur das Personalmanagement, sondern alle Expertinnen und Experten der Verwaltung und die Verwaltungsleitungen arbeiten hier zusammen. Wir drehen an allen Schrauben. Und jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zuruf: Unterirdisch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich verfüge wirklich - das behaupte ich jetzt einfach einmal - über eine Menge Humor. Aber diese Art - das sage ich jetzt einmal außerhalb meiner Stichworte -, hier zu versuchen, Anträge abzuräumen, indem vorab eine



längliche, wirklich längliche Stellungnahme der Verwaltung abgegeben wird, die im Wesentlichen daraus bestand, Teile des Personalberichts vorzulesen - teilweise wortwörtlich, wenn ich an das Vorwort denke -, ist einfach nicht in Ordnung. Das ist keine politische Kultur.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Das bringt auch nicht weiter. Was Sie, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin, vorgetragen haben, kann man alles dem Personalbericht entnehmen.

Ich kann nur sagen - das richtet sich auch an euch, liebe Freunde vom Ratsbündnis -: Diese Art funktioniert nicht. Ihr macht das so. Es wird gesagt, es werde alles gemacht, und hinterher räumt ihr es im AVR ab; da wird es dann beerdigt. Am Ende des Tages funktioniert das allein deswegen nicht, weil die Ergebnisse einfach eine andere Sprache sprechen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Es tut mir leid: Die Ergebnisse dieser Verwaltungsspitze, eurer Verwaltungsspitze, sind einfach nicht so, dass diese Art funktionieren würde. Und das merken die Leute.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Sie sprachen hier ja von der Kultur, in der wir miteinander umgehen.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ja. Ich war sehr höflich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass Sie sagen, die Arbeit der Verwaltung und der Vortrag seien unterirdisch.

(Beifall)

Der Vortrag war lang; da gebe ich Ihnen recht. Aber das als unterirdisch zu bezeichnen, finde ich wirklich nicht in Ordnung. Ihr Antrag ist auch lang.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Wenn das in der politischen Debatte schon ein zu hartes Wort ist, dann streichen Sie es.

(Vereinzelt Beifall)

Nehmen Sie stattdessen: Es war schlecht. Können wir uns bitte - wenn Ihnen das lieber ist - auf „schlecht“ einigen?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Der öffentliche Dienst, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, hat ein erhebliches Problem. Er leidet unter Personalmangel. Das trifft eine Stadt wie Köln ganz besonders. Aus diesem Grund haben wir all die Probleme. Deswegen sind sie bisher auch nicht gelöst. Das kann man auch nicht durch das, was jetzt vorgetragen wurde, verdecken. Frau Stadtdirektorin hat nämlich völlig zu Recht gesagt: „Wir müssen alle Register ziehen“, und das geschieht bisher nicht.

Genau das ist unser Ansinnen, alle Register zu ziehen. Denn es ist nicht nur so, dass in nicht einmal zehn Jahren 25 Prozent der Stadtverwaltung altersbedingt ausscheiden werden. Es ist vor allen Dingen auch so, dass von den Führungskräften bei der Stadtverwaltung - und auf die kommt es ja durchaus an - in nicht einmal zehn Jahren - ich habe es mir aufgeschrieben - 39 Prozent ausgeschieden sein werden. Wie wollen Sie die denn ersetzen, wenn Sie jetzt nicht die Leute onboard nehmen, die Sie dann zur Führungskraft entwickeln können? Da muss ich sagen: So wird es nicht funktionieren.

Deswegen ist unser Ansatz, mit diesem Antrag wirklich einmal zu sagen: Der Baum brennt, und wir müssen jetzt wirklich alle Register ziehen. - Daher kann es nicht nur darum gehen, das Recruiting in der Stadt ein bisschen zu verbessern und eine gute Imagekampagne zu machen. Dagegen habe ich gar nichts. Da sind Dinge passiert, die auch gut sind. Es reicht nur nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die Stadt Köln als viertgrößte deutsche Stadt und mit Abstand größte Stadt in Nordrhein-Westfalen aufgefordert, sich in ihren Gremien, in denen sie sitzt, in der VKA, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, und auch beim Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen, soweit es Beamte betrifft, dafür einzusetzen, dass die Bedingungen für die Großstädte verbessert werden, um Personal zu gewinnen.



Dazu gehört so etwas wie eine Ballungsraumzulage, eine Großstadtzulage. Ja, eine solche Zulage kann die Stadt Köln nicht einfach einführen; das wissen wir auch. Genau so steht es aber auch in dem Antrag. Sie muss den Gesetzgeber in NRW dazu kriegen, sie für die Beamten zu schaffen, und sie muss die Tarifparteien - und da ist sie nun einmal auf der einen Seite mit der VKA - dazu kriegen, sie für die Beschäftigten der Stadt zu schaffen.

Soweit es heute in den Zeitungen Kritik von ver.di dazu gab, kann ich mir vorstellen, dass das einigen hier durchaus Spaß gemacht hat. Ich kann nur sagen: So ist es in der Arbeiterbewegung - nicht immer ein Weg, aber immer ein Ziel, nämlich die Verhältnisse der Beschäftigten zu verbessern. Im Übrigen fordert ver.di in München mal eben die Verdopplung der Großstadtzulage, die es dort nämlich schon längst gibt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist das sehr wohl ein gewerkschaftliches Anliegen.

Was die 35-Stunden-Woche angeht, halten wir es in der Tat für richtig, sich bei Mangelberufen - bei Mangelberufen; nur um die geht es - zu bemühen, den Job so attraktiv zu machen, dass wir wirklich Leute finden. Wir werden als öffentliche Arbeitgeber nie das zahlen können, was die Wirtschaft zahlt. Aber wir können mit Dingen wie 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich den Job zumindest so sehr attraktivieren, dass die Leute bei den Vorteilen, die es sonst noch im öffentlichen Dienst gibt - und da gibt es natürlich Vorteile, auch im Vergleich zur Wirtschaft -, sagen: Okay, dann gehe ich bei der Stadt an Bord.

Langer Rede kurzer Sinn - auch gerade mit Blick auf die Streikenden heute -: Wir müssen etwas tun, um die Stadt als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Unser Antrag enthält sicherlich auch ein paar provokative Ansätze. Aber wir finden, dass es Zeit ist, wie Frau Stadtdirektorin gesagt hat, alle Register zu ziehen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stadtdirektorin!

Liebe vereinzelte Zuschauer*innen auf der Tribüne und zahllose Zuschauer*innen an den Bildschirmen!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vielleicht vorab unabhängig von dem Thema noch einmal zur Inspiration: Es waren sehr viele gute Inputs und Inhalte; aber lasst uns doch bei den politischen Anträgen erst die Fraktionen sprechen und dann die Verwaltung, auch trotz der guten Inhalte. Das ist meine Bitte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und bei der FDP)

Hier geht es um ein zentrales Thema der Personalgewinnung und der Personalbindung. Das ist ein zentrales Thema einer erfolgreichen Verwaltung und auch von erfolgreichen anderen Arbeitgebern. Neben anderen zentralen Herausforderungen wie der Digitalisierung, der Einsetzung von KI in der Arbeitswelt oder der hybriden Zusammenarbeit ist das schon seit einigen Jahren eine der zentralen Herausforderungen.

Die Initiative der SPD suggeriert auch beim Lesen, dass nichts passiert wäre und es nicht gut um uns alle hier bestellt sei. Wenn alles das gemacht werden müsste, was im SPD-Antrag vorgeschlagen wird, müsste man sagen: Gute Nacht, Köln.

Deswegen war, glaube ich, auch der Impuls der Verwaltung, so viel zu sagen, weil ihr im Personalbericht schon viele Antworten dazu findet, was alles gemacht wird.

Trotzdem müssen wir uns verbessern, weil die Anforderungen noch größer werden; trotzdem müssen wir besser werden, auch in einzelnen Maßnahmen. Schon jetzt stellt die Stadt Köln pro Jahr round about 2 000 Mitarbeiter*innen ein. 2 000 neue Menschen kommen jedes Jahr zur Stadt Köln - mit allen Onboarding-Prozessen und, und, und. Wahrscheinlich müssen wir bei der demografischen Entwicklung damit rechnen, dass wir 2 500 bis 2 800 Personen pro Jahr einstellen müssen. Das heißt: Wir müssen da noch besser werden, bei allen Punkten, die damit verbunden sein werden.

Meinen Block dazu, was die Verwaltung schon alles Schönes macht, spare ich mir jetzt, weil wir das bereits gehört haben. Darum will ich hier nicht die einzelnen Punkte aufführen. Die Fachkundigen, die das im AVR eingehend besprochen haben, kennen sie auch.



Gleichwohl möchte ich noch zwei ergänzende Punkte erwähnen, die wir auch mitbedenken sollten - neben der Erhöhung der Ausbildungsquote, der Intensivierung der Weiterbildung, der Einführung von hybriden Arbeitswelten und, und, und.

Die 35-Stunden-Woche zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist jenseits aller Denkwiese auch der Gewerkschaften. Sie hat für andere Möglichkeiten vielleicht Inspirationen, aber für die Bekämpfung des Fachkräftemangels nicht, weil man dann allein von der Personalrechnung her noch mehr Leute braucht, um die Arbeit zu erledigen. Insofern ist das hier der falsche Weg.

Neben der Erhöhung der Ausbildungsquote - dazu wird sicherlich der Kollege Jörg Detjen gleich noch etwas sagen; es ist in der Tat richtig, das zu machen - sollten wir auch sehen, dass wir in den nächsten Jahren einen großen Wissensverlust haben werden. In der Verwaltung gehen viele Tausende Menschen in Rente. Daher sollte man als weitere Maßnahme auch prüfen, ob nicht ein freiwilliges Weiterarbeiten nach Renteneintritt als Kohorte, auch auf Teilzeitbasis, infrage kommt, um einen Wissenserhalt sicherzustellen. Dies auf freiwilliger Basis anzubieten, wäre ein sehr gutes Programm.

Eine weitere Möglichkeit - das ist bereits heute Mittag angesprochen worden - ist natürlich, wie auch schon damals bei Galeria Kaufhof, die aktive Vermittlung von frei werdenden Mitarbeiter*innenpotenzialen von Firmen zur Stadt Köln - oder auch zu städtischen Gesellschaften wie den Stadtwerken und der Gebäudewirtschaft, bei denen es mit der demografischen Entwicklung und dem Fachkräftebedarf ja ähnlich aussieht. Da haben wir dann ein großes Spiel vor uns.

Viele von uns haben jetzt einen tiefen Einblick in die Arbeit des AVR bekommen und werden ihn noch weiter bekommen. Das zeigt uns ja, dass wir das Thema noch einmal tiefer gehend im AVR besprechen werden. Die Ausführungen der Frau Stadtdirektorin werden sicherlich als Anlage dem Antrag beigelegt werden.

Deswegen beantragen wir Verweis in der AVR. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des AVR möchte ich mich hier erst einmal vor die Verwaltung stellen. Es kann doch nicht sein, dass mit diesem Antrag der Eindruck erweckt wird, in unserem Personalamt wäre nichts passiert.

Lieber Herr Kollege Krupp, schauen Sie bitte einmal in den Personalbericht. Da sieht man nämlich, was sich in den letzten Jahren an Zuwächsen getan hat. Nur allein von Ende 2019 bis 2021 haben wir einen Zuwachs von 10 Prozent der gesamten Mitarbeiterzahl gehabt, nämlich von 21 900 auf über 24 000. Hinzu kommen noch all die Leute, die zusätzlich vermittelt worden sind, weil andere ausgeschieden sind. Damit sind hier allein in dieser kurzen Zeit weit über 4 000 neue Mitarbeitende bei der Stadtverwaltung angestellt worden.

Dann kann man sich nicht hinstellen und sagen, wir bräuchten für diesen Bereich einen Krisenstab. Wir haben hier eine toll arbeitende Verwaltung. Das müssen wir auch einmal anerkennen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als Sie in dieser Stadt die Verantwortung abgegeben haben, hatten wir nur insgesamt 19 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jetzt sind wir bei 24 000. Seit Ihrer Zeit sind hier über 25 Prozent an Zuwachs gut in der Verwaltung angekommen. Es geht ja nicht nur darum, die Leute am Markt zu akquirieren, sondern es muss sich auch darum gekümmert werden, dass sie hier ein gutes Onboarding haben. Das machen die Leute in unserer Verwaltung hervorragend.

Dafür ist ein großer Applaus angebracht - und nicht eine Kritik und eine Darstellung des Szenarios, dass hier schlecht gearbeitet werde und wir einen Krisenstab bräuchten. Das ist doch Unsinn. Das ist Populismus. Das gehört nicht in diesen Rat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie unserer Stadtdirektorin und zuständigen Personaldezernentin vorwerfen, sie würde hier aus dem Personalbericht zitieren, dann muss ich sagen: Dass sie das tut, ist genau richtig, weil Sie ihn gar nicht gelesen haben.

(Zuruf von Lisa Steinmann [SPD])

Das ist der Punkt. Das muss man hier einfach auch einmal festhalten.



Wir haben ein großes Potpourri von Maßnahmen, weil wir ganz genau wissen, dass es gewisse Teilbereiche gibt, in denen momentan ein Mangel vorhanden ist. Darunter leidet nicht nur die Stadtverwaltung in der Personalbeschaffung; darunter leiden private Unternehmen ebenfalls. Wir wissen alle, dass es momentan Tarifverhandlungen gibt, bei denen es nicht nur um die allgemeine Anpassung geht, sondern auch um strukturelle Anpassungen. Da ist die Stadt Köln ebenfalls mit in den Fachbereichen vertreten. Die Bemühungen sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene, Berufe attraktiver zu machen, damit wir auch hier gutes Personal bekommen, werden doch unternommen.

Man kann nicht nur die Dinge schlechtreden, sondern es geht um eine gemeinsame Anstrengung. Wir haben eine gut arbeitende Verwaltung und in dem Personalbereich einen guten Zuwachs. Das sollten wir einmal konstatieren.

Dementsprechend freue ich mich auf die weitere Detaildebatte über die einzelnen Punkte im AVR. Denn dann können wir noch einmal genau darlegen, wo es vielleicht wirklich noch Themen gibt, bei denen wir nachschärfen können. Das ist doch gar keine Frage. Aber man kann nicht sagen, der Apparat funktioniert nicht. Wenn man die Einstellungszahlen sieht, die hier regelmäßig geliefert werden, kann man sich doch nicht hinstellen und sagen, wir bräuchten einen Krisenstab.

Tiefer möchte ich gar nicht in die Details hineingehen. Das sollten wir dann in der Fachdiskussion im Ausschuss machen. Dahin gehört die Debatte im Übrigen auch. Denn mitnichten gibt es hier ein Krisenszenario, sondern wir haben eine hart arbeitende Verwaltung, die einen guten Job macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Hoyer.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr gerne.

Katja Hoyer (FDP): Lieber Herr Petelkau, ich gebe zu, dass ich den Personalbericht bestimmt nicht so intensiv gelesen habe wie Sie. Aber ich bin ja auch in den Ausschüssen tätig und höre immer wieder - ich glaube, auch mit gutem Grund - von der Verwaltung, dass bestimmte Aufgaben

nicht entsprechend erledigt werden können, weil es einen Personalmangel gibt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn man Ihnen jetzt zuhört, bekommt man ja den Eindruck, als ob es diesen Personalmangel gar nicht gibt. Können Sie mir denn erklären, warum die Verwaltung mir das immer wieder sagt?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bernd Petelkau (CDU): Ich habe ja gerade versucht, liebe Frau Hoyer, das noch einmal darzulegen. Wir haben natürlich bei einzelnen Berufsbildern Mangellagen. Das gilt gerade im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich. Aber das ist nicht allein ein Problem der Kölner Stadtverwaltung, sondern ein nationales Problem. Entsprechende Initiativen auf Landes- und Bundesebene sind auch gelaufen. Ich erinnere an die großen Termine von Herrn Minister Laumann hier - da waren wir noch in einer gemeinsamen Koalition auf Landesebene -, bei denen es darum ging, neue Pflegeschulen zu schaffen.

Das sind doch die Themen, die wir weiterentwickeln müssen, anstatt hier Krisenszenarien zu beschwören. Es sind viele kleine Bausteine, die dazu beitragen, dass wir in diesen Berufsfeldern, in denen wir eine bessere Versorgung benötigen, auch besser werden.

Lassen Sie uns genau daran gemeinsam arbeiten und uns das im Ausschuss besprechen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt auch noch eine Zwischenfrage von Herrn Homann.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ach, Leute! Ich dachte, wir wollten es im AVR diskutieren!)

Mike Homann (SPD): Nein, wir wollten keine Fachdebatte im AVR machen, Herr Kollege Hammer. - Herr Petelkau, Sie haben gerade nicht nur angedeutet, sondern gesagt, dass, nachdem wir die Verantwortung abgegeben haben, mittlerweile 25 Prozent mehr Personal eingestellt worden ist. Ich möchte für die SPD-Fraktion ausdrücklich sagen, dass hier nicht auf einzelne Mitarbeiter der Verwaltung gehauen wird - um Gottes willen. Die Mitarbeiter tun wirklich alle ihr Bestes. Es liegt uns fern, hier auf Mitarbeitern herumzuhauen.



(Beifall bei der SPD)

Wie Sie gerade gesagt haben, haben Sie mittlerweile 25 Prozent mehr Mitarbeiter. Aber wie kann es denn sein, dass wir Antworten auf Anfragen bekommen, in denen zum Beispiel steht, dass im Gewerbeamt, was Anmeldungen und Abmeldungen von Gewerbebetrieben angeht, über 21 000 Anträge nicht bearbeitet worden sind und bei 17 000 Anträgen nicht einmal der Briefumschlag geöffnet worden ist? So ist uns das gesagt worden. Es muss doch eine systematische Begründung haben. Das ist jedenfalls meine Vermutung.

Deswegen frage ich Sie: Wenn es denn so viele Mitarbeiter gibt und alles so super läuft, wo ist die Lösung? Oder was sehe ich da falsch?

Bernd Petelkau (CDU): Ihre Frage richtet sich ja mehr an die Verwaltungschefin, weil es hier doch nicht um die Frage geht, ob das an Personalmangel oder an organisatorischen Prozessen liegt. Das wird man sich sicherlich genau angucken.

Aber ich habe es aus den Beantwortungen heraus auch so verstanden, dass die Verwaltung gerade die Rückstände, die es in dem Bereich gegeben hat - - Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, dass wir aus einer pandemischen Zeit gekommen sind, in der wir auch keine Vollauslastung an den Arbeitsplätzen hatten. Das bitte ich hier auch mitzuberücksichtigen. Nach meiner Einschätzung - ich kann mich jetzt nicht mehr an die Details der Beantwortung erinnern - gab es da aber keinen Hinweis, dass hier zu wenig Fachpersonal gesessen hat.

Wir können diese Debatte aber gerne noch einmal aufgreifen und im Ausschuss dann im Detail diskutieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es wurde ja einen Verweisungsantrag gestellt, über den wir nach Ende der Debatte auch abstimmen werden. Ich werde dann dafür sorgen, dass im AVR auch noch einmal aufgegriffen wird, warum es trotz der Einstellung so vieler Menschen - teilweise haben wir während Corona ja pro Woche 60 Personen oder so eingestellt - an manchen Stellen nicht weitergeht. Vielleicht gehört auch ein Vergleich der Anträge oder der Beteiligung in den Bezirksvertretungen dazu. Dazu würde auch gehören, wie viele Nachfragen der Bezirksvertretungen schon übernommen wurden und im Laufe der Jahre abgegeben werden. Ich werde dafür sorgen, dass Sie vollständig informiert werden.

Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab kurz zu Ihnen, Frau Blome: Vielen Dank dafür, dass Sie hier eine längere Stellungnahme abgegeben haben. Aber es ist natürlich schwierig. Wenn die SPD einen Antrag stellt und sowohl die FDP als auch wir einen Änderungsantrag stellen, wäre es gut, wenn man so eine lange Stellungnahme schriftlich bekäme, damit wir uns auch entsprechend daran abarbeiten können. Das wäre auf jeden Fall gut gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute Mittag haben Hunderte von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Alter Markt für eine Tarifierhöhung von 10,5 Prozent mit einem kräftigen Sockelbetrag von 500 Euro protestiert. Ich soll Ihnen schöne Grüße ausrichten.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Die städtischen Kolleginnen und Kollegen sind sauer. Sie brauchen jetzt eine kräftige Lohnerhöhung mit dem Sockelbetrag. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel in der EG 5 brauchen deutlich mehr Lohn, sonst wandern sie in die Privatwirtschaft ab, sagt uns die Streikführerin von ver.di, Frau Ellen Steinhäuser.

Frau Steinhäuser sagt: Man kann über zahlreiche Verbesserungen im Rat diskutieren; der Schlüssel des Ganzen ist aber eine kräftige Lohnerhöhung.

Hinweisen möchte ich aber auch darauf, dass wir uns jede Diskussion über Fachkräftemangel oder Fachkräfteanwerbung wirklich sparen können, wenn der Abstand zwischen Lohn oder Gehalt im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft weiter steigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben diesen Gedanken in unserem Änderungsantrag aufgegriffen, wenn wir vorschlagen, dass alsbald mit dem Personalrat, ver.di, komba und dem DGB und natürlich mit der Verwaltung eine gemeinsame Tagung zum Thema „Für gute Arbeit, gute Entlohnung und tolle Arbeitsbedingungen bei der Stadt Köln“ durchgeführt wird.



Wir machen auch weitere Vorschläge, zum Beispiel eine 10-prozentige Ausbildungsquote. Außerdem schlagen wir vor, Personal auszubilden und anzustellen, das auch ein langfristiges Interesse daran hat, bei der Stadt Köln zu verbleiben.

Jetzt regt sich das Gestaltungsbündnis, hier die Grünen und die CDU - ich meine, die Grünen ein bisschen weniger als die CDU -, über die vielen Vorschläge im SPD-Antrag auf. Das muss man aber nicht. Denn dieses Thema ist zu wichtig, als dass man sich hier über jeden Antrag echauffieren sollte. Betrachten Sie die ganze Sache doch einmal sportlich und sachlich, also ganz unaufgeregt.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war unaufgeregt!)

Im SPD-Antrag werden zahlreiche Vorschläge gemacht, auf die die Verwaltung und das Gestaltungsbündnis nicht gekommen sind.

Es ist doch nicht so, dass man hier Anträge strickt, ohne mit irgendjemandem gesprochen zu haben. Selbstverständlich hat die SPD das getan, und selbstverständlich haben wir im Vorfeld zu unserem Änderungsantrag mit den entsprechenden Menschen gesprochen. Es ist wirklich dramatisch, was da los ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute über den Fachkräftemangel sprechen.

Der SPD-Antrag hat hier im Rat eine Diskussion über den Arbeitskräftemangel erzwungen, der das Gestaltungsbündnis gerne aus dem Wege gegangen wäre. Natürlich redet man im AVR. Aber es ist wichtig, dass es hier im Rat diskutiert wird. Gerade deshalb unterstützen wir diesen Antrag und haben uns bemüht, entsprechend einen Beitrag zu leisten.

Liebes Gestaltungsbündnis, Sie werden sich der Diskussion nicht entziehen können, und ich hoffe, dass Sie sich dieser Diskussion in der Zukunft nicht entziehen werden, auch wenn Sie jetzt hier teilweise mauern.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE] und Lukas Lorenz [SPD])

Gerade findet bundesweit ein kommunaler Wettbewerb um die besten Arbeitsbedingungen und Angebote an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt - Stichwort: kostenloses Jobticket.

Es wäre doch spannend, wenn die Verwaltung diese Vorschläge als Prüfauftrag erhalten würde, um dazu eine Stellungnahme zu verfassen - auch mit der Absicht, dass die Verwaltung selbst Vorschläge unterbreitet.

Sie müssen die Stadtdirektorin, Frau Blome, und Frau Reker auch gar nicht in Schutz nehmen. Uns ist völlig klar, dass die Abwanderung von Ingenieuren bereits unter OB Roters und Stadtdirektor Kahlen begonnen hatte.

Mit Schuldzuweisungen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kommen wir aber nicht weiter, sondern nur mit guten Vorschlägen. Und da hören wir leider noch nicht viel von Ihnen. Sie verweisen einfach darauf, dass die Verwaltung gute Arbeit macht. Die SPD und wir haben, glaube ich, auch nicht gesagt, dass die Verwaltung keine gute Arbeit macht. Es geht doch darum, dieses Thema hier im Rat zu besprechen, die Not darzustellen und gemeinsam Lösungen zu finden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Sie meinen, diese Diskussion im AVR ersticken zu können, dann täuschen Sie sich gewaltig. Die SPD sitzt da, und wir sitzen da. Herr Gerrit Krupp sitzt da, und ich sitze da. Wir werden dafür sorgen, dass wir dieses Thema weiter bearbeiten können, und zwar gemeinsam.

Arbeitskräfte kann man nur halten und gewinnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn man auf sie zugeht und ihnen Wertschätzung demonstriert. Das tut der Antrag der SPD, und unser Erweiterungsantrag tut es auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur noch einmal ein Hinweis: Wenn man den Debatten hier aus dem Weg gehen möchte, kann man ja, wie Sie alle wissen, vor der Debatte den Verweisungsantrag stellen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wäre ja noch schöner gewesen!)

Das ist hier nicht geschehen. Wir debattieren es also heute. Das ist auch gut und richtig so.

Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Genauso wie meine Vorrednerin war ich auch dort und kann Ihnen ebenfalls sehr gerne die Grüße von den Beschäftigten überbringen.

(Beifall bei der FDP)



Denn wir haben auch deutlich gemacht, dass in der Tat etwas passieren muss - bei der Bezahlung, aber nicht nur bei der Bezahlung. Es gibt viele Möglichkeiten, das Ganze attraktiv zu gestalten. Wir wollen uns nicht in die Tarifautonomie einmischen. Sie ist uns ein hohes Gut. Aber wir wissen, dass etwas passieren muss. Das habe ich dort auch gesagt. Dazu steht die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Darum ist die Diskussion auch im Rat sehr wichtig. Es geht hier gar nicht darum, Frau Stadtdirektorin, dass nicht schon etwas getan wird, sondern die Intention war, glaube ich: Was können wir noch mehr tun? Dafür sollten Beispiele aufgeführt werden.

Darum haben wir uns auch mit dem Antrag beschäftigt, weil wir das sehr wichtig finden. Neben allem, was wir schon probieren, muss meines Erachtens noch mehr passieren, damit wir noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stadtverwaltung gewinnen können. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen wir uns fragen: Was können wir im Wettbewerb um die Auszubildenden noch tun? Was ist hier noch attraktiv?

Und da muss ich sagen: Auch wenn wir allein sie jetzt noch nicht einführen können, halte ich die Großstadtzulage, die es ja in München schon gibt, für ein interessantes Instrument. Wir sollten alle dafür werben, dass die Voraussetzungen für ihre Einführung geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Denn ich weiß, dass wir viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die aus dem Umland kommen. Aber wenn sie nach Köln ziehen müssen, weil sie zu weit von dem Arbeitsplatz in der Kölner Stadtverwaltung entfernt wohnen, kann das ganz schön teuer werden. Da müssen wir etwas machen, glaube ich. Schließlich ist gerade während der Ausbildung das Geld besonders wichtig. Insofern kann man gut mit einer solchen Zulage werben.

Wir sind auch der Meinung, dass - ob man das nun Krisenstab oder anders nennt - die Verwaltungsspitze mit Führungskräften der Verwaltung zusammenkommen sollte, um die Probleme, die wir haben - hohe Vakanz und andere Dinge -, zu besprechen. Aber wir sind der Meinung - darum haben wir einen Änderungsantrag gestellt -, dass daran nicht nur die Abteilungen teilnehmen sollten, die darunter leiden, sondern gerade auch die

Abteilungen, die das besonders gut machen, damit deutlich wird, welche Ideen diese Abteilungen haben. Das hat ja manchmal auch etwas mit Führung und Leitung zu tun, also damit, wie man mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht. Daraus kann man nur lernen. Ein solches Gremium zu schaffen, halten wir für richtig.

Was wir nicht für richtig halten - darum haben wir das auch gestrichen -, ist die alte Kamelle der 35-Stunden-Woche. Das können wir vielleicht woanders mal diskutieren. Aber ich glaube, dass uns das hier nicht weiterhilft.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, ich weiß. Genauso machen wir das. Denn ich glaube, dass uns das jetzt bei der Diskussion nicht weiterhilft. Wir sind ja froh, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung arbeiten. Für jede Stunde sind wir doch dankbar. Da sollten wir jetzt nicht mit einer Reduzierung kommen. Ich glaube, dass wir andere attraktive Sachen brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe SPD, Sie mögen ja diese externen Ausschreibungen nicht. Frau Oberbürgermeisterin, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie damit angefangen haben und so große Fortschritte gemacht haben.

Ich bin nun schon ein bisschen länger dabei, wie Sie wissen, und kann mich noch an bestimmte Runden von CDU und SPD erinnern - darin kamen die Grünen und wir gar nicht vor -, bei denen es in Bezug auf Amtsleiter darum ging, wie das gestrickt wird und wer dann was bekommt.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, bloß keine Externen!)

Aber das habe ich nur so gehört, Frau Oberbürgermeisterin. Das habe ich nur gehört. Ich fantasieiere ja vielleicht manchmal auch.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hast du aber recht!)

Aber das kann schon so gewesen sein.

Ich merke nur, dass es immer einen Widerstand gibt, wenn Sie mal extern ausschreiben. Und ich sage Ihnen: Wir brauchen natürlich eine Förderung derjenigen, die wir zu Führungskräften ausbilden wollen, auch in der Verwaltung. Aber, liebe Freundinnen und Freunde hier im Rat, es ist doch genau richtig, dass wir Externe hier hineinholen



und wirklich frisches Blut mit neuen Ideen hineinholen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Frau Oberbürgermeisterin, bitte machen Sie damit weiter. Wir werden das im AVR weiter besprechen. Aber diesen Punkt möchte ich nicht. Ich sehe wichtige Punkte in dem Antrag. Darum möchte ich das diskutieren. Deshalb haben wir den Änderungsantrag gestellt, liebe SPD. Das waren unsere Änderungen. Denn da sind wir einer anderen Meinung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Unna?

Ulrich Breite (FDP): Ja, selbstverständlich, von Herrn Dr. Unna. Bitte, Ralf.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Uli Breite, wie erklärst du, dass du mehr oder weniger dieselbe Kritik am SPD-Antrag hattest wie vorhin? Das ist für die FDP ja ungewöhnlich.

Ulrich Breite (FDP): Wie Herr Krupp hier schon gesagt hat, gibt es verschiedene Wege, aber das gleiche Ziel. Vielleicht haben wir das gleiche Ziel, die Stadt als Arbeitgeber attraktiv zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier und zu Hause, wenn ihr und Sie noch durchhalten! Wir befürworten das Ansinnen, dass die Stadtverwaltung besser und schneller vielfältiges Personal gewinnen kann. In dem umfangreichen uns vorliegenden Antrag sind einige gute Punkte enthalten. Andere Punkte würden wir gerne streichen. Insofern freuen wir uns auf die Debatte im AVR.

Modernes und mobiles Arbeiten ist ein ganz wichtiger Punkt - Stichwort: Desk Sharing. Wir sprechen später noch über erhöhten Platzbedarf bei der Verwaltung. Dort kann das auch Thema werden.

Ausbildungsplätze halten auch wir für sehr wichtig. Diese müssen ausgebaut und entsprechend ausgeführt werden. Gleichzeitig stimme ich an dieser Stelle meinem Vorredner Uli Breite zu. Trotzdem brauchen wir auch weiterhin Externe in der Stadtverwaltung.

Vielfalt habe ich gerade schon angesprochen.

Die „Mach Köln!“-Kampagne wurde bereits erwähnt. Das ist ein ganz wichtiges Ziel. Auch das können wir unterstützen.

Dass Volt für Digitalisierung der Prozesse ist, um sie dadurch auch zu beschleunigen, brauche ich wohl nicht extra zu erwähnen.

Den Krisenstab halten wir nicht für zielführend, sondern wollen das Ganze in den weiteren Prozessen besprechen. Vieles ist bereits in Arbeit. Wir möchten wissen, was realisierbar ist und was umsetzbar ist, und freuen uns auf die Diskussion im AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Die Stadtverwaltung ächzt unter der immer größeren Last von Aufgaben, die von immer weniger Personal gestemmt werden muss, und der Nachwuchs bleibt aus. Dieses Problem hat die Verwaltung der Stadt Köln aber nicht exklusiv. Wir können vermutlich jeden Bereich der öffentlichen Hand, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen fragen; man würde ähnliche Belastungssituationen schildern.

Liebe Kollegen von der SPD, Sie haben es in Ihrer Begründung hier ganz richtig erkannt: Es wird noch schlimmer werden. Spätestens wenn die Babyboomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen, gehen dem Staat nicht nur gute Steuerzahler verloren, nein, es werden uns vor allem schlagartig gut qualifizierte und erfahrene Arbeitskräfte fehlen, und zwar in allen Sektoren.



Aber jede politische Kraft, die diesen Missstand in den letzten Jahrzehnten hat kommen sehen und deshalb zu einer aktivierenden Bevölkerungspolitik ermahnt hat, wurde insbesondere von Ihnen mit der Nazi-Keule zum Schweigen gebracht. Und jetzt ist er halt da, der demografische Wandel.

Insbesondere Köln hat nicht nur mit dem demografischen Wandel, sondern in den letzten Jahren auch mit der Stadtfucht zu kämpfen. Die Stadt Köln ist nicht nur als Arbeitgeber unattraktiv; die Stadt Köln wird für normal schaffende Menschen immer unattraktiver. Der Wohnraum ist kaum bezahlbar, die Kinderbetreuung ist mangelhaft, die Elternbeiträge sind mit die höchsten im ganzen Land, der Individualverkehr wird zunehmend erschwert, und der öffentliche Nahverkehr ist eine Zumutung.

In dieser Gemengelage will ausgerechnet die SPD, die diese Fehlentwicklungen jahrzehntelang mitverursacht hat, das Problem lösen.

(Zurufe von Jürgen Kircher [SPD] und Lukas Lorenz [SPD] - Gegenruf von der AfD: Hören Sie zu!)

Und womit? Mit einem Arbeitskreis. Einen Krisenstab haben Sie es jetzt genannt. Das ist ein Arbeitskreis.

(Beifall bei der AfD)

Gerade erst ist der Corona-Krisenstab eingestellt worden. Da kann man ja gleich mit dem nächsten Krisenstab weitermachen.

Wie zu erwarten, sind die Ideen wenig vielversprechend.

Vorneweg: Das Landesbeamtenrecht können doch Ihre Kollegen in Düsseldorf angehen. Damit müssen wir uns hier auf kommunaler Ebene überhaupt nicht beschäftigen. Aber es ist schon interessant: Einerseits wollen Sie Überstunden und freiwillige Mehrarbeit ermöglichen, und gleichzeitig möchten Sie die 35-Stunden-Woche bei vollem Gehaltsausgleich etablieren. Was wollen Sie denn nun?

Dass sich etwas verändern muss, steht außer Frage. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben ein Recht darauf, dass die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben erfüllt. Schließlich wird sie von ihren sauer erarbeiteten Steuergeldern bezahlt.

Deshalb sehen wir als Erstes ganz klar unsere Aufgabe darin, die Verwaltung zu verschlanken.

Wir müssen gewährleisten, dass sie ihre wesentlichen Aufgaben erfüllen kann.

Es ist aber auch ein hausgemachtes Problem, dass alles komplexer und vielfältiger wird, weil immer mehr Hürden aufgebaut werden - Stichworte: Gender-Mainstreaming, Klimaneutralität und viele mehr. Das ist ein Riesenverwaltungsaufwand, der auch noch viel größer wird. Da sollten wir dringend überprüfen, ob die Stadt Köln mit ihren knappen Personalressourcen sich diesen ganzen Popanz überhaupt leisten kann.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben in Ihrem Antrag ein interessantes Beispiel genannt: den Rückstand bei der Bearbeitung der Gewerbeanmeldungen. Wir sind überrascht. Es war doch das Leuchtturmprojekt der NRW-FDP, die Gewerbeanmeldung digital möglich zu machen, um die Wirtschaft in NRW zu entfesseln. Liebe FDP, was ist denn daraus geworden?

Wir sollten in der Tat die Prozesse der Verwaltung überprüfen. Es ist schon erstaunlich, wie wenige Dienste bisher digital angeboten werden. Bei jedem privatwirtschaftlichen Unternehmen können Kunden mittlerweile auch hochsensible Dienstleistungen fast gänzlich ohne persönlichen Kontakt in Anspruch nehmen, ihre Daten selbst verwalten usw. Die Bezirksämter wirken im Vergleich dazu eher rückständig. Aber in privatwirtschaftlichen Unternehmen geht es eben um Effizienz und Wettbewerb.

Die Digitalisierung böte auch der Verwaltung als Arbeitgeber neue Chancen - natürlich nicht in allen Bereichen. Aber wir sind davon überzeugt, dass da sehr viel mehr möglich wäre. Das macht auch einen Arbeitgeber attraktiv. Junge Menschen haben andere Vorstellungen von dem Zusammenspiel von Arbeits- und Freizeit. Telearbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten sind in der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken.

Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die Stadt Köln als Arbeitgeber auch jetzt schon die rechtlichen Möglichkeiten nutzt und die Teilzeitausbildung ermöglicht.

Aber für diese Erkenntnis, liebe SPD, braucht es sicher keinen neuen Krisenstab und schon gar nicht einen Arbeitskreis, sondern einfach nur den Willen, es besser zu machen. Sie können es ahnen: Wir lehnen Ihren Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe Verwaltung! Gerne möchte ich für die weitere Ausarbeitung der Maßnahmen mitgeben, dass bei der Einnahme der Bewerber*innenperspektive nicht nur die Betroffenen befragt werden, sondern auch sozialwissenschaftliche Erkenntnisse herangezogen werden, beispielsweise für die jüngere Generation als Zielgruppe, und dass auf Fragen eingegangen wird wie zum Beispiel: Inwiefern wird auf die Verschiebung der Erwartungen an die Arbeit eingegangen? Neben den organisatorischen Sachen wie Arbeitszeitmodellen geht es also auch um eher wertebasierte Fragen wie zum Beispiel: Welche Maßnahmen gegen den strukturellen Ableismus sind angedacht?

Diese unbeantworteten Fragen sind ja unter anderem auch Gründe dafür, dass Ausbildungsberufe generell immer unbeliebter geworden sind. Daher wäre es schön, wenn solche Fragestellungen im Prozess früh berücksichtigt würden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Gabriel. - Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung. Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Ich mache es auch kurz. - Liebe SPD, Sie fordern in Ihrem Antrag auch viele tarifrechtliche Dinge. Machen Sie doch Folgendes: Sie haben ja ein paar Bundestagsabgeordnete aus Köln. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion kommt auch von hier. Er kann Ihnen bestimmt den Kontakt zur Innenministerin herstellen, die ebenfalls von der SPD ist. Sie führt die aktuellen Tarifverhandlungen. Stellen Sie ihr einmal die ganzen Sachen vor. Machen Sie das da. Das ist wahrscheinlich wesentlich effizienter, als das alles hier zu machen. Ich glaube, dass das der effizienteste Weg ist, wenn Sie wirklich die in Teilen vielleicht auch notwendigen Verbesserungen durchführen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag auf Verweisung in den AVR, wodurch ja alle Änderungsanträge mitgenommen würden; das sage ich der Vollständigkeit halber nur noch einmal. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Verweisung in den AVR sind Die FRAKTION, DIE LINKE und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Von Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen. Damit wurde der Antrag zusammen mit allen Änderungsanträgen in den AVR verwiesen.

Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Projektstruktur, Terminplan und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die geplanten Maßnahmen am Neumarkt“ AN/2281/2022

**Antwort der Verwaltung vom 03.02.2023
0064/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Danke für die Antwort, die allerdings nicht befriedigend ist, weil beispielsweise nichts zu dem Lenkungsausschuss gesagt wird. Ich hatte explizit gefragt: Gibt es einen Lenkungsausschuss, wer ist dort vertreten, und was ist dort vorgesehen? - Ich halte das für eine sehr wichtige Funktion, finde es also wichtig, dass es jemanden gibt, der kontrollierend und auch lenkend die gesamten Projekte monitort und entsprechend seinen Input gibt.

Das bleibt die Antwort hier schuldig. Da bitte ich noch einmal nachzuschärfen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch eine weitere Nachfrage, Herr Boyens?

Stephan Boyens (AfD): Das wäre es erst einmal. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das beantworten wir schriftlich.



Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend
„Festkomitee Kölner Karneval“
AN/2282/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 06.02.2023
0219/2023**

Gibt es dazu auch eine Nachfrage? - Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank für das Wort.
- Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Beantwortung. Der Dank bezieht sich ausdrücklich auf die Beantwortung und nicht auf den Inhalt der Beantwortung, also nur darauf, dass sie beantwortet wurde. Ich will hier kurz festhalten: Wir hatten diese Anfrage im Dezember 2022 gestellt. Dass die Antwort erst am 6. Februar 2023 gekommen ist, spricht auch Bände.

Ich will kurz durch die einzelnen Fragen durchgehen.

Frage 1: einwandfrei.

Bei Frage 2 wurde ich allerdings schon ein bisschen stutzig. Sie schreiben hier:

Die Veranstaltungsräume in den Liegenschaften Flora und der Gürzenich werden von der Koelncongress GmbH betrieben. Die zwischen der Koelncongress GmbH und dem Festkomitee abgeschlossenen Verträge liegen der Stadtverwaltung nicht vor.

Heißt das, dass die Stadtverwaltung die Koelncongress GmbH überhaupt nicht kontrolliert und null Einblick hat? Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie nicht wissen, was für Verträge dort geschlossen werden. Wir reden ja auch gerne vom Konzernstaat mit seinen angeschlossenen Unternehmen etc. Dazu gehört die Koelncongress GmbH doch auch. Daher bin ich sehr verwundert, dass Sie dort keinerlei Einblick haben und davon auch nichts wissen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Cremer, würden Sie das bitte als Frage formulieren?

Christer Cremer (AfD): Ja, das habe ich gesagt. Also, erstens habe ich zehn Minuten Zeit dafür,

und zweitens bin ich jetzt ja schon kurz davor, zu fragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, Sie müssen bitte Nachfragen stellen. Hier sind Nachfragen und keine Statements möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Wie lautet bitte die Frage zur Beantwortung?

Christer Cremer (AfD): Aber man muss eine Frage doch auch einleiten dürfen, und ich mache es ja.

(Zurufe: Nein! - Gegenruf von der AfD:
Doch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte formulieren Sie doch einfach die Frage. Das ist doch nicht so schwierig.

Christer Cremer (AfD): Wenn wir diese Diskussion nicht geführt hätten, hätte ich es ja vielleicht schon getan. Aber ich mache es ja jetzt auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Christer Cremer (AfD): Welche Einblicke hat die Stadtverwaltung in die Vertragsgestaltung von Koelncongress und seinen Töchtern und Liegenschaften etc.? Denn ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie das nicht wissen.

Dann kommen wir einmal zur Frage 3. Ich wollte hier ja durch die Fragen durchgehen. Das ist so weit in Ordnung. - Gut. Dann haben wir das so weit gemacht.

Und dann bitte ich doch darum, zu erläutern, wie und in welchem Umfang Sie Einblick in die Vertragsgestaltung von Koelncongress haben. Ich glaube, das können Sie detaillierter darlegen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird das Beteiligungscontrolling dann schriftlich beantworten.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

**4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Best Practice: Ausschussübersicht wie in Düsseldorf“
AN/0214/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 02.02.2023
0430/2023**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hock, gibt es Nachfragen? - Nein.

Michael Hock (Die FRAKTION): Keine Nachfrage. Das war auch mehr als Anregung gemeint. Wir wollten Ihnen das einmal zur Kenntnis bringen und finden es nach wie vor ganz gut. Aber dann machen wir es selber. Alles klar. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

**6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - § 14 Anregungen und Beschwerden
3814/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

**6.2.1 Änderung der Entgeltordnung für das Erheben von Parkentgelten am Fühlinger See
3547/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 4; das ist wie BV 6, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4182/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage mit den Änderungen der BV Porz in Anlage 18, nämlich dem 10.12.2023 als korrigiertem Veranstaltungsdatum der Innenstadtgemeinschaft Porz; statt „03.12.2023“ muss es „10.12.2023“ heißen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

**6.4.1 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Köln (RPO) sowie Neufassung der Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln (DA RPA)
2694/2022**

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen! Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses möchte ich Sie bitten, heute die Rechnungsprüfungsordnung mit einer Änderung - nämlich, dass die Prüfberichte auch weiterhin in den jeweiligen Fachausschuss zur Kenntnis gegeben werden - zu beschließen. Diese Änderung ist unstrittig. Der Ausschuss und das Rechnungsprüfungsamt sind sich einig, dass wir die neue Rechnungsprüfungsordnung jetzt aktuell brauchen, um die Antikorruptionsregeln zu verschärfen und besser anwenden zu können.

Weitere Differenzpunkte mit der Stadtspitze stellen wir zurück bzw. arbeiten daran. Bei der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses haben wir sieben Fragen an die Bezirksregierung zur Unabhängigkeit des Rates und des Rechnungsprüfungsamtes gestellt, die die Verwaltung freundlicherweise an die Bezirksregierung mit der Bitte um umfassende Beantwortung weiterreicht. Die Antworten werden wir uns genau ansehen, sie in den Arbeitskreisen und in den Fraktionen beraten und dann den kritischen Dialog mit der Verwaltung fortsetzen, um dann gegebenenfalls weitere konstruktive Änderungen an der Rechnungsprüfungsordnung zu beschließen.



So weit von mir. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage mit Ziffer 1 aus dem Antrag AN/1979/2022, also Beratung der Prüfberichte im jeweiligen Fachausschuss. Im Übrigen verweise ich hier auf die Stellungnahme der Verwaltung, Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.4.2 Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren - hier: Anlage 4 (Förderungshöhe)
4268/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

**7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
0187/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Wünscht jemand, das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Auch nicht.

Tagesordnungspunkt

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und

**§ 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
0188/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Darüber abstimmen zu lassen brauche ich nicht. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

**7.2.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte hier: Kostenaktualisierung in Verbindung mit der Fördermittelbeantragung
3677/2022**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Auch das ist nur eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

**7.2.2 Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße (südlicher Platz) in Köln-Porz
3830/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Auch das ist eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

**7.3 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen hier: Bericht auf Grundlage des Buchungsstandes 31.12.2022
0330/2023**

Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme. Ich sehe keine Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

**10.1 Generalinstandsetzung Kindertagesstätte Berrischstraße 132-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven - Weiterplannungsbeschluss
0563/2022**



Wortmeldungen? - Ich habe hier auf der Rednerliste stehen: gegebenenfalls Herr Kircher - nur gegebenenfalls, also nur, wenn Sie möchten, Herr Kircher. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Dann mache ich es auch ganz schnell, Frau Oberbürgermeisterin. Vielen Dank für das erteilte Wort. - Kurz und knapp: Mit großen Bauchschmerzen entscheiden Herr Büschges und ich uns als Bezirksvertreter in Chorweiler auch nach Rücksprache mit dem Baudezernenten wie die gesamte BV dafür, dass wir für einen Abriss stimmen werden, so wie das jetzt hier von der Verwaltung vorgeschlagen wird.

Jedoch würden wir es gerne sehen, dass zukünftig, wenn die Gebäude nicht so verbrannt sind wie dieses, alter Bestand erhalten wird, gerade auch in diesem Bezirk. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kann ich darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die FRAKTION stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Jürgen Kircher [SPD]: Danke für den Stadtbezirk!)

- Wunderbar, Herr Kircher.

Tagesordnungspunkt

10.3 Baubeschluss für den Neubau von vier stationären Verschlusseinrichtungen für den Hochwasserschutz von Stadtbahnanlagen in der Kölner Innenstadt 0471/2022

Da habe ich Ihnen mitzuteilen, dass der Gestaltungsbeirat, der am 7. Februar 2023 getagt hat, diese Hochwasserschutzanlagen grundsätzlich positiv aufgenommen hat.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Enthaltungen gibt. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Sportentwicklungsplanung Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung von Sport und Bewegung 2036/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e. V. (VfJ e. V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2023 und 2024 2101/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt Sanierung Rendsburger Platz 2359/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufstellung von 10 weiteren Variotafeln sowie Freigabe einer Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 3609/2022

Wortmeldungen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich mache es vom Platz aus; dann geht es ein bisschen schneller. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Verehrtes Publikum auf der Tribüne und am Livestream! Die Variotafeln - das sei vielleicht noch einmal fürs interessierte Publikum gesagt - sind die Informationstafeln, die in der Kölner Peripherie über aktuelle Ereignisse auch verkehrlicher Art, aber meistens mit dem Verweis auf die Internetseite der Stadt Köln, informieren sollen.

Dort werden Dinge kommuniziert, die für die meisten, die ein Auto haben, teilweise selbstverständlich sind: Wo ist die nächste Umweltzone? Wo finden sich freie Parkplätze oder Parkhäuser? Was ist heute in Köln los? Wie kann ich am besten fahren, ohne in einen Stau zu kommen? Zudem fungieren sie als Erinnerung, wenn zum Beispiel der Köln Marathon oder Fastelovend ist und Teile der Innenstadt gesperrt werden.



Alles das kann ein Handy auch. Mein Mobiltelefon kann mich morgens beim Frühstück an die Ereignisse am aktuellen Tag erinnern. Wenn ich es beim Fahren zur Navigation nutze, kann ich sicher sein, dass mir sowohl die Umweltzone als auch sekundliche Aktualisierungen über eventuelle verkehrliche Informationen angezeigt werden. Mir wird die Dauer der Strecke angezeigt, die ich nehmen möchte, und ich kann noch schneller und noch spontaner auf verkehrliche Hindernisse reagieren.

Die bestehenden Tafeln zum Beispiel vor den Parkhäusern sind in unseren Augen schon notwendig, um auch spontan erkennen zu lassen, dass das Zielparkhaus voll ist.

Ansonsten gibt es dafür Apps, die ich jedem dringend ans Herz lege. Ich sage Ihnen ehrlich: Diese Kosten können wir einsparen.

Dementsprechend wird die AfD gegen diese Vorlage stimmen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Herzlichen Dank. - Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten, da uns nicht genügend Informationen zum Nutzen vorliegen. Wenn Ihnen jemand zehn Kartons mit Nadeldruckern vors Büro stellt, können Sie sich zwar freuen, aber im Grunde nichts damit anfangen, außer nostalgische Gefühle zu empfinden. Der Nutzen der Variotafeln ist fraglich. Außer der Info „Schauen Sie auf die Seite der Stadt Köln und hören Sie Radio“ ist da meist nicht viel zu sehen.

Getreu dem Motto „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“ wird die Stadt die zehn Kartons Nadeldrucker, also Variotafeln, aber wohl annehmen und weitere spannende Informationen darüber abspielen. Schalten Sie ein zu den besten Hits der 80er, 90er und 2000er!

Ich beantrage, diese Vorlage in den Digitalisierungsausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die FRAKTION, die SPD-Fraktion und Herr Zimmermann enthalten sich. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gebäudes zur Erweiterung des Berufskolleg Ehrenfeld einschließlich 3-fach Sporthalle in Köln Ehrenfeld 3918/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Mitgliedschaft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beim Deutschen Institut für Interne Revision e. V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main 4079/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Schulrechtliche Änderung der Schule Thymianweg (FSL) in Köln-Höhenhaus durch Schließung des Teilstandortes Berliner Str. 36, 51149 Köln bei gleichzeitiger Errichtung einer neuen Förderschule Lernen am Standort Berliner Straße in Köln-Westhoven 4216/2022

Wortmeldungen? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Vorlage werden wir uns enthalten. Sie beinhaltet für uns zwei Aspekte.



Zum einen beantragt der Teilstandort jetzt die Gründung einer Schule. Das ist aus seiner Sicht sehr berechtigt. Bei der Hausmeisterstelle, der Verwaltungsstelle und den Büroräumen gibt es eine Verbesserung der Situation, und es gibt keine in Teilstandorte aufgespaltene Schule mehr.

Zum anderen befindet sich die Inklusion in Köln - anderswo möglicherweise auch - im Scheitern, wenn neue Förderschulen gegründet werden. Wir halten es daher für nötig, dass in den zuständigen Fachausschüssen und im Rat diskutiert wird: Wie kann der Rat, wie kann die Stadt es Eltern erleichtern, ihr Kind zur Inklusion auf eine Regelschule zu schicken?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, wir können aber jetzt schon über diese Vorlage abstimmen?

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Ja!)

- Gut. Das war nicht als Verweisungsantrag zu verstehen. Okay.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.11, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Keine. Enthaltungen? - Der Fraktion DIE LINKE. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Erweiterung des Bildungsgangs „Einjährige Berufsfachschule Typ 2“ im Schwerpunkt Metalltechnik des Berufskollegs Porz (BK 10) zum Schuljahr 2023/24 4337/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Drogenhilfeangebote am Neumarkt 3439/2022

Wortmeldungen? - Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann das, denke ich, vom Platz aus machen. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist wichtig, als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses darauf hinzuweisen, dass selbiger das jetzt über mehrere Jahre

begleitet hat, sich immer einstimmig ohne Enthaltungen dafür ausgesprochen hat und dieses Angebot möglich gemacht hat.

Es ist mir wichtig, zu sagen, dass wir hier wirklich Evidence-based und Step by Step vorgegangen sind. Wir haben erst ein mobiles Angebot an den Markt und zum Laufen gebracht und haben dann eine tolle Auslastung gesehen. Danach hatten wir durchaus einige Schwierigkeiten, eine Immobilie zu finden. Das ist aber mithilfe des Gesundheitsamtes und des Gesundheitsdezernenten dann im Gesundheitsamt selbst gelungen. Dort sind jetzt vorbildliche Räume errichtet worden.

Das Ganze ist aus meiner Sicht wirklich eine Erfolgsgeschichte. Einerseits haben wir damit Menschenleben gerettet. Wir wissen, wie viele Reanimationen wir hatten, und wissen, dass wir definitiv Menschenleben gerettet haben. Andererseits haben wir eine fantastische Auslastung und eine sehr, sehr gute Umsetzung für das, was wir dort an Steuergeldern hineingeben. Zudem haben wir auch eine Entlastung der Umgebung.

Jetzt haben wir den nächsten Step genommen und die Öffnungszeiten deutlich erweitert, um die Klientel noch besser erreichen zu können. Wir alle kennen die Halbwertszeiten dieser stofflichen Drogen und wissen, dass deswegen relativ oft nachgeschossen werden muss. Bei Heroin sind drei bis vier Konsumvorgänge pro 24 Stunden nicht unüblich. Deswegen ist uns diese Ausweitung der Öffnungszeiten wichtig.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen müssen darauf hinweisen, dass das Geld für das, was wir hier gerade tun, aus dem politischen Veränderungsnachweis kommt und dass es sich um eine sechsstellige Summe handelt. Das möchte ich an dieser Stelle als haushaltstragende Fraktion schon einmal zu Protokoll geben.

Ich habe im Vorfeld vernommen, dass es bei einer Fraktion - ich glaube, es war die FDP - möglicherweise ein Missverständnis gegeben hatte, was das aufsuchende Suchtclearing im Westteil des Neumarkts anbelangt. Ich habe eben mit dem Dezernenten noch einmal Rücksprache gehalten. Im untersten Absatz der Beantwortung der Rückfragen des Finanzausschusses war das vielleicht etwas unklar formuliert. Gemeint ist hier, dass die Bevölkerung auch im Pavillon erreicht werden kann, um das Projekt transparent zu machen und zu erklären.

Es ist ein sehr gutes Projekt, für das ich mich ausdrücklich bedanken möchte. Damit lasse ich es dann auch bewenden. Ich würde meinen Dank an



dieser Stelle gerne nicht nur dem Dezernenten und dem Leiter des Gesundheitsamtes aussprechen, sondern ihn auch an Herrn Lehmann als den Zuständigen, der das für uns vor Ort regelt, weiterleiten lassen.

Als Allerletztes hätte ich einen persönlichen Wunsch. In einer Großstadt wie Köln kann man sich auch vorstellen, dass so etwas eines Tages 24/7 am Netz ist. Das wäre mein persönlicher Wunsch. Aber heute möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten dafür bedanken, dass wir es jetzt so toll geschafft haben, die Öffnungszeiten für die Menschen zu erweitern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer und Zuhörer! Meine Fraktion, DIE LINKE, freut sich, dass dieser Beschluss den Weg für die Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums frei macht. So haben wir es vor einiger Zeit beschlossen.

Das ist auch der richtige Weg, wie wir daran sehen, dass Streetwork, Ordnungsamt und Polizei beobachten, dass die Zahl der Konsumierenden in der Öffentlichkeit insgesamt zunimmt, während der Öffnungszeiten des Konsumraums aber abnimmt. Insofern waren die Öffnungszeiten zu gering.

Gut wäre natürlich auch eine Öffnung am Sonntag. Weil geeignetes Personal aber schwer zu finden ist, ist die Sechstageswoche für uns für eine Übergangszeit in Ordnung. Wenn die Stellen dann besetzt sind, müssen wir weitersehen.

Ich komme jetzt aber auch noch einmal zu einem Punkt, weil wir ja auch von der Interessengemeinschaft Neumarkt angeschrieben worden sind. Die Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt hat eine Stellungnahme zu dem Beschluss geschrieben, mit dem sie nicht zufrieden ist. Sie kritisiert besonders die Anlaufstelle für das aufsuchende Streetwork, die direkt auf dem Neumarkt entstehen soll. Zwar ist das nicht Teil des Beschlusses. Aber ich möchte trotzdem auf diese Bedenken eingehen.

Drogenabhängige und Obdachlose sind keine leichten Nachbarn. Das ist uns klar. Aber was ist die Alternative dazu, diese Gruppe auf dem Neumarkt bleiben zu lassen?

Der Neumarkt ist öffentlicher Raum. Wir müssen es aushalten, dass sich hier Menschen aufhalten, die sonst keinen anderen Platz für sich haben, auch wenn - und vielleicht auch gerade weil - sie oft ein Verhalten an den Tag legen, das andere Menschen verängstigt, ärgert, stresst oder nervt.

Diese schwierigen Menschen verschwinden aber nicht einfach. Ihnen das Leben zu erschweren, ist unmenschlich und auch der falsche Weg. Denn Vertreibung führt dazu, dass sich ein solcher Brennpunkt an einer anderen Stelle herausbildet und dann alle Versuche, Konflikte zu entschärfen, von vorne anfangen. Vertreibung verschärft die Probleme an einem anderen Ort.

In der Initiative gibt es anscheinend die Idee, der Neumarkt könne durch Umgestaltung drogenfrei werden. Doch in jeder größeren Stadt sammeln sich Drogengebraucher*innen auf zentralen Plätzen. Wer sagt, sie hätten dort nichts zu suchen, könnte genauso gut die Gläubigen aus unserem Dom verbannen. Man könnte auch sagen: Weil Gläubige beten wollen, muss es im Dom still sein; das stört aber die Touristen, die sich dann nicht unterhalten können. - Wir aber sind überzeugt: Drogenkonsument*innen haben ein Recht auf den Neumarkt, so wie Gläubige auf den Dom.

Nutzungskonflikte auf dem Neumarkt müssen moderiert und mit vielen verschiedenen Maßnahmen entschärft werden. Das geht nicht von heute auf morgen. Geben wir der Verwaltung, den Beschäftigten im Drogenkonsumraum und den Streetworkern die Zeit, die es braucht, um Erfolge zu sehen. Vertreibung gehört zum Polizeistaat des 19. Jahrhunderts, aber nicht zu unserem modernen und weltoffenen Köln des 21. Jahrhunderts. - Wir danken für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Ralf, nach deiner Rede muss ich jetzt doch nach vorne gehen.

Zunächst möchte ich dir als Vorsitzendem dafür danken, dass du dich so für diesen Drogenkonsumraum am Neumarkt eingesetzt hast. Das darf ich sagen, weil die FDP der Initiator des ersten Drogenkonsumraums am Hauptbahnhof war. Wir haben gesehen, was das bringt. Darum unterstüt-



zen wir selbstverständlich den Beschluss, die Öffnungszeiten zu erweitern und die Stellen dafür einzurichten.

Du hast die Irritation schon angesprochen. Wir müssen den Menschen am Neumarkt auch deutlich sagen, was wir wollen - nämlich den Drogenkonsumraum und, dass beim Drogenkonsumraum die Zeit, in der man dort die Drogen konsumieren kann, erweitert wird. Das ist unsere Sache. Dafür müssen wir Dinge einstellen.

Wir müssen auf dem Neumarkt auch Streetworker haben. Die Suchtklinik ist hier angesprochen worden. Dafür setzen wir sie auch ein.

Eines wollen wir aber nicht. Die Oberbürgermeisterin hat deutlich gemacht - das stand auch in der Presse -, wie sie den Neumarkt gestalten will. Das ist bei den Anwohnerinnen und Anwohnern sehr gut angekommen, Frau Oberbürgermeisterin; das wissen Sie. Da haben Ihre Beigeordneten gut beigetragen. Wer dabei war - ich sehe gerade auch meine Kollegin der SPD -, weiß, dass das richtig gut war. Da ist auch deutlich geworden, wie Sie das aufteilen wollen. Es war aber nicht die Rede davon, dass das Gebäude als feste Anlaufstelle für die Drogenberatung genutzt werden soll. Und das halten wir für nicht richtig. Jetzt wurde auch dargestellt, dass dort eine Informationskampagne stattfinden soll.

Ich möchte nicht, dass die Anwohnerinnen und Anwohner - gleich spricht ja noch ein Redner - durch vielleicht nicht gute Formulierungen verführt werden und alle wieder aufgeschreckt werden. Denn ich möchte den Anwohnerinnen und Anwohnern am Neumarkt zeigen: Wir können hier etwas leisten und können die Sache auch beruhigen. - Darum geht es doch. Daher möchte ich den Anwohnerinnen und Anwohnern mit dieser Rede auch schon deutlich machen: Das, was Sie geschrieben haben, wird so nicht kommen.

Das hat der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses gesagt. Das sage ich Ihnen hier auch. Der Beigeordnete, der zuständig ist, kann sicherlich auch noch einmal bestätigen: Das, was Sie geschrieben haben, nämlich, dass da ein Gebäude entsteht, bei dem es sich zwar nicht um einen zweiten Drogenkonsumraum, aber um eine Anlaufstelle handelt, wird es nicht geben.

Damit nehmen wir die Sorgen und Nöte dann ernst und sagen, dass das nicht passiert. Das war unserer Fraktion sehr wichtig, die immer Drogenkonsumräume unterstützt hat. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass insbesondere das Dezernat V bei seinen Verwaltungsvorlagen folgenden Standardsatz für sich entdeckt hat - Zitat -:

Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen konnte die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden.

So steht es auch in dieser Vorlage. Damit sollen wir heute hier als Rat mal eben auf die Schnelle über 16 Mehrstellen und damit Mehrkosten von 1,2 Millionen Euro pro Jahr entscheiden.

Herr Rau, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe zunehmend ein Problem damit, diese so hingehudelten Vorlagen hier ernsthaft zu diskutieren und darüber abzustimmen, ohne dass sie in der Beratungsfolge vorher diskutiert wurden.

Aber lassen Sie mich für meine Fraktion klarstellen: Wir sind für Hilfsangebote für die Drogenkranken in der Stadt, wir sind dafür, dass es Angebote für saubere Ersatzstoffe gibt, und wir sind dafür, dass Einrichtungen geschaffen werden und gestärkt werden, die die Süchtigen unterstützen.

Wir sind aber auch dafür, dass man konsequent aus den Erfahrungen der Stadt Zürich lernt. Das Drogenmodell der Stadt Zürich basiert auf den vier Säulen Prävention, Repression, Überlebenshilfe und Therapie. Diese vier Säulen stehen dort nebeneinander.

Hingegen konzentriert sich die Stadt Köln - und das ist das Problem - und insbesondere das Dezernat V einseitig auf die Überlebenshilfe, also Unterkunft, Verpflegung und Versorgung. Das hat sich mittlerweile weit über die Grenzen Kölns herumgesprochen. Schauen Sie einmal genauer hin, Herr Dr. Rau, wer sich alles am Neumarkt und anderswo in Köln tummelt. Es sind Drogensüchtige aus der ganzen Bundesrepublik, ja aus ganz Europa, zum Teil aus der ganzen Welt.

Warum kommen die alle nach Köln? Weil es hier großzügige Hilfen gibt und keine Mitwirkungspflichten; weil es hier Förderung gibt, aber kein Fordern; weil hier Laissez-faire regiert, aber auf jegliche Repression verzichtet wird. Das sind exakt die vergleichbaren Pull-Faktoren, wie wir sie aus dem Migrationsdesaster kennen. Warum wollen die alle nach Deutschland? Aus genau diesen



Gründen, weil es hier für sie attraktiv gemacht wird.

Deshalb kann ich es Ihnen nicht ersparen, auch auf eine andere Säule, nämlich Repression, hinzuweisen. Ich weiß, dass „Repression“ ein für Kölner Ohren schwieriges Wort ist. Aber lassen Sie mich klarstellen: Damit ist nicht nur Repression auf die Menschen gemeint. Die Züricher haben auch Repression auf umliegende Kantone und andere Städte ausgeübt, weil sie gesagt haben: Es kann nicht sein, dass sämtliche Drogenabhängigen hier in Zürich sind. - Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen.

Natürlich meint „Repression“ aber auch Platzverweise und Durchgreifen des Ordnungsamtes. Und ich sage Ihnen: Bei Corona hat diese Stadt sich als sehr durchsetzungsstark und geradezu repressiv gezeigt. Da war es auf einmal möglich, Platzverweise auszusprechen und durchzusetzen, da war es auf einmal möglich, Grundrechte einzuschränken, und da war es auf einmal möglich, eine umfassende Kontrolle umzusetzen - und das häufig genug gegenüber friedlichen und unbescholtenen Bürgern.

(Beifall bei der AfD)

Und hier haben wir es mit häufig aggressiven und verhaltensauffälligen Suchtkranken zu tun.

Da sagt dann der Polizeipräsident bei dem Krisengipfel zum Neumarkt - Frau Oberbürgermeisterin, Sie waren ja auch mit dabei - doch allen Ernstes vor Geschäftsleuten und Bürgern: Ja, da kann man nichts machen; Platzverweise bringen nichts.

Ich sage Ihnen: Ich habe noch nie einen so unambitionierten Polizeipräsidenten wie unseren gegenwärtigen, Herrn Schnabel, erlebt.

(Beifall bei der AfD)

So etwas passiert, meine Damen und Herren, wenn man den Grünen das Vorschlagsrecht für die wichtigste Position bei der Kölner Polizei überlässt.

Eine weitere der vier Säulen in Zürich ist Therapie. Therapie bedeutet Fordern und Fördern. Das sind Arbeitsintegrationsprojekte, und das bedeutet, dass Polizei, Gesundheitsamt und Sozialdienste Hand in Hand arbeiten. Genau das muss hier passieren.

Aber, meine Damen und Herren, wir, die Stadtgesellschaft, bestimmen, wo diesen Menschen geholfen wird. Es kann nicht sein, dass sie sich den

Neumarkt aussuchen, den belebtesten und zentralsten Platz dieser Stadt, und dort ihrem Drogenkonsum frönen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deshalb gegen die Verwaltungsvorlage. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja eine wunderbare Gelegenheit, nach einem solchen Beitrag hier zu reden und bei allen Kritiker*innen etwas Aufklärungsarbeit zu leisten, was Suchttherapie eigentlich bedeutet. Als Ärztin in einer Suchtabteilung kann ich das, glaube ich, vielleicht noch etwas besser beurteilen als manche Kollegen hier.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn man mit Suchterkrankten spricht und sich jeden Tag deren Probleme anhört, weiß man, was dabei wichtig ist, nämlich Unterbringung, niedrigschwellige Hilfen und Angebote, die nicht nur nah bei den Menschen sind, sondern auch dort stattfinden, wo diese Leute sich aufhalten, was nun einmal der Neumarkt ist.

Deshalb möchte ich hier noch einmal betonen, wie dankbar wir für diese Vorlage sind und wie sehr wir uns freuen, dass das jetzt geklappt hat. Nach so vielen Jahren der Arbeit der verschiedensten Fraktionen und der Verwaltung haben wir jetzt die Möglichkeit, hier ein solches breites Angebot zu schaffen. Danke!

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Man merkt ja auch, wie gut dieses Angebot angenommen wird. Wir sehen es an den täglich steigenden Zahlen der Konsumvorgänge und an den immer mehr Menschen, die dort zur Beratung kommen und dort in Kontakt mit Therapieangeboten kommen, was vorher so vielleicht niemals möglich gewesen wäre. Und die Therapieangebote für Suchterkrankte sind einfach rar. Deshalb brauchen wir das dringend.

Damit beende ich jetzt einmal meine flammende Rede hier für die Unterstützung von Suchterkrankten in Köln. Der Vorlage stimmen wir natürlich zu.



(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Es ist schon vieles gesagt worden.

Wir sind ebenfalls der Überzeugung, dass das Thema natürlich mit dieser Vorlage nicht endgültig erledigt ist, sondern dass wir da noch vieles tun müssen. Da sind ja auch einzelne Dinge angesprochen worden, die wir noch als Ergänzung tun müssen.

Aber eines ist doch völlig klar: Was wir heute hier beschließen, ist ein enorm wichtiger Baustein. Denn Sucht beschränkt sich nicht auf drei oder vier Tage die Woche oder auf ein oder zwei Stunden, sondern ist ein permanentes Problem dieser Menschen, dem wir auch permanent begegnen müssen.

Dann wird noch Zusätzliches nötig sein. Wir sind davon überzeugt, dass wir das tun müssen. Ein paar Dinge sind in der Vorlage schon angesprochen. Das werden wir dann auch entsprechend zügig beschließen.

Aber heute müssen wir sehen, dass wir diesen wichtigen Baustein hier auch beschließen, damit wir da weiterkommen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 „Integrationsbudget“ - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 4117/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Delmenhorster Straße 20, Mittel für den Umbau 4121/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Kulturelle Teilhabe, Haushaltsjahre 2023-2026 0054/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.17 haben wir abgesetzt.

Tagesordnungspunkt

10.18 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (EHZK) 1538/2020/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr. Erst Herr Kienitz und dann Herr Büschges.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz Folgendes anmerken: Das haben wir auch im Stadtentwicklungsausschuss so beraten. Allerdings hat da parallel eine weitere Bezirksvertretung getagt. Wir wollen heute hier natürlich wie Vorlage beschließen, aber die Voten der Bezirksvertretungen gerne im weiteren Prozess, den die Verwaltung jetzt sukzessive vorantreiben wird, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept fortzuschreiben, sozusagen als Annex zum Beschluss mitgeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das würde ich dann gerne in die Niederschrift aufnehmen. Dann halten wir uns natürlich auch daran; das ist ja klar.

Niklas Kienitz (CDU): Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst Herr Homann das Wort.



Mike Homann (SPD): Ich mache es auch ganz kurz. - Zitate spielen ja heute schon einmal eine Rolle. Ich würde an dieser Stelle gern den Kollegen Marx von der CDU zitieren. Ja, die SPD war führend darin, dieses Konzept anzustoßen. Deswegen sind wir der Verwaltung umso dankbarer dafür, dass sie dieses Konzept ausgearbeitet hat. Wir sind sicher, dass das eine Menge Arbeit war. Das Ergebnis ist wirklich sehr gut geworden. - Danke.

(Beifall bei der SPD - Ira Sommer [CDU]:
Und das Zitat? - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das suchen wir dann in der Niederschrift!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich versuche hier wieder, die Reihenfolge der Redner entsprechend unserer Geschäftsordnung sicherzustellen. - Jetzt kommen wir zu der Wortmeldung von Herrn Büschges. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Herr Kienitz, auch an dieser Stelle noch einmal alles Gute zum Geburtstag.

Wir hatten zu diesem Zeitpunkt die Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler. Jetzt hatte ich eine flammende Rede aus der Bezirksvertretung vorbereitet. Denn das Thema ist dort natürlich sehr kontrovers diskutiert worden und auch mit einem Änderungsantrag beschieden worden, den wir in der Vorlage so jetzt nicht wiederfinden.

Wir würden Sie dann aber darauf festnageln, Herr Kienitz und auch Herr Hammer als Bündnispartner, dass das Thema auf jeden Fall noch einmal kommt. Wir werden auf jeden Fall unseren Beitrag dazu leisten. Das ist ein spannendes Konzept, das auch die Bezirksvertretung Chorweiler auf jeden Fall verfolgt und an dem sie auch mitarbeiten will. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soviel ich aber weiß, ist in Chorweiler mit Änderungen beschlossen worden,

(Zuruf von der AfD: Genau!)

und die Änderungen sollen - das hatte Herr Kienitz ja schon gesagt - auch einfließen. Das wird so geschehen.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage mit dieser Aktennotiz und denke auch an die Änderungen, die aus der Bezirksvertretung Chorweiler kommen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss für die Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz/Bf. West 1802/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Förderprojekt ‚Dasselbe in Grün‘ - aus grauer wird grüne Infrastruktur hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 3066/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Die Debatte im Verkehrsausschuss zu diesem Thema hätte kaum harmonischer sein können. Neben den vielen Vorlagen, die beschlossen wurden, herrschte große Einigkeit auch bei diesem TOP „Dasselbe in Grün“. Ich erspare Ihnen und uns den so einladenden Wortwitz zum Bündnis.

Diese Einigkeit herrschte aber auch bei der CDU, die sowohl im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün als auch im Verkehrsausschuss dieser Vorlage zustimmte. Einzig die FDP konnte sich gerade noch zu einer Enthaltung durchringen. Die Anfertigung eines Entsiegelungskatasters, auf dessen Grundlage man Entsiegelungen vornehmen kann, begrüßen wir grundsätzlich. Der Verkehrsausschuss, der dieses Thema behandelte, fasste nach einer eher kurzen Diskussion den Ihnen vorliegenden Beschluss. Es ist der identische Beschlussvorschlag, der heute hier vorliegt, dem Sie sowohl im Umweltausschuss, liebe CDU, als auch im Verkehrsausschuss zustimmten.



Nach meiner Erinnerung - korrigieren Sie mich gern, Herrn Wahlen - fiel die Empörung der CDU dort eher dürrig aus. Einzig die, ich nenne es einmal vorsichtig, Kritik, dass diese Vorlage am Verkehrsausschuss vorbei hätte beschlossen werden sollen, trübte leicht die Stimmung. Ich würde es aber nicht als eine, wie es der *Kölner Stadt-Anzeiger* formulierte, „erzürnte Kritik“ bezeichnen. Vielmehr war es eine freundliche Anregung. Die im *Kölner Stadt-Anzeiger* vergossenen Krokodilstränen sind daher unglaubwürdig.

Inhaltlich haben Sie, zumindest im Interview, vollkommen recht. Wir finden auch, dass es der Verwaltung offensichtlich nicht schnell genug gehen kann, Nägel mit Köpfen zu machen. An wichtigen Punkten die sowieso schon stark angespannte Parksituation noch zu verschärfen und alternativlos Parkplätze zu entsiegeln, halten wir für nicht angemessen. Dazu gehören zum Beispiel die Parkplätze am Universitätskindergarten, an der Aachener Straße und an der Venloer Straße; Sie kennen die Vorlage.

Ich sage Ihnen auch: Dort, wo sowieso keine Autos fahren, wie im Bereich an der Universitätsstraße, kann man auch vorher schon prüfen, wie verträglich eine Entsiegelung für diesen Bereich wäre. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Die alternative Streichung - ich betone es noch einmal - von Parkplätzen bedeutet aber auch nicht, dass die Menschen nicht mehr Auto fahren, sondern, dass sie einfach nur länger einen Parkplatz suchen - und sich hoffentlich an all den Ärger, den sie dabei haben, bei der nächsten Kommunalwahl erinnern.

Alles in allem lehnen wir diese Beschlussvorlage ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Die KLIMA FREUND*INNEN begrüßen das Projekt „Dasselbe in Grün“ sehr und beantragen hiermit, dass die Beschlussvorlage entsprechend dem Beschluss der BV Nippes um folgenden Satz ergänzt wird:

Bei der Umsetzung sind die gültigen BV-Beschlüsse 0870/2022 und AN/1430/2022 zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Anregung, was die Beschlussfassung angeht. Wir hatten tatsächlich im Verkehrsausschuss eine ausführliche Debatte darüber und haben dort auch die Anregungen der Bezirke zur Kenntnis genommen.

Ich möchte deshalb beantragen, dass wir bei der Beschlussfassung die Bezirke mit aufnehmen, also in der Fassung wie Vorlage und Anregungen der Bezirke abstimmen.

(Zurufe: Mikrofon!)

- Das Mikrofon war eigentlich an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich wiederhole es gleich bei der Abstimmung.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage mit den Ergänzungen der Bezirksvertretungen - von der BV 1 in Anlage 5, von der BV 3 in Anlage 6 und von der BV 5 in Anlage 7; dort finden Sie die ergänzenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

10.21 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt - Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt 4018/2022

Herr Kienitz hat bei der Festlegung der Tagesordnung gesagt, dass der Beratungsbedarf inzwischen erledigt ist und wir heute darüber abstimmen können.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**10.22 Aufstellung und Einrichtung des für das Gymnasium Rochusstraße 145 bereits bestellten Modulbaus am Standort Eitorfer Straße zur Nutzung durch das Berufskolleg 10 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungs-ermächtigungen
4155/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt
AN/0261/2023**

Frau Hölzing hat das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen zustimmen, dass Modulbauten für Schulen aufgestellt werden und vom Berufskolleg 10 genutzt werden.

Im Ausschuss für Weiterbildung haben wir der Vorlage, obwohl wir sie nur als Tischvorlage hatten, zugestimmt. Denn wir haben gedacht: Nur her damit; was für ein Glücksfall; toll.

Heute, nach etlichen Gesprächen mit den Betroffenen, sind wir besser informiert und auch ein wenig weniger euphorisch. Heute wissen wir, was das BK 10 braucht. Das ist nämlich ein Neubau. Darauf warten sie schon ewig.

Und die Sorge, dass mit einem Provisorium, mit einem Teilstandort in Deutz, für eine lange Zeit Fakten geschaffen werden, ist nicht unbegründet. Allgemein ist bekannt - das wissen wir in Köln besonders -: Nichts ist haltbarer als ein Provisorium.

Wir im Schulbereich haben uns aus leidvoller Erfahrung gegen weit entfernte Teilstandorte von Schulen ausgesprochen. Das gilt natürlich auch für Berufskollegs. Die Modulbauten stehen in diesem Fall bekanntlich 12 Kilometer vom Hauptgebäude entfernt. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Entfernung das jahrelang erfolgreich durchgeführte Schulkonzept des BK 10 nicht mehr greift. Deshalb wollen wir alternative Interimslösungen in der Nähe des BK 10 prüfen lassen.

Die Modulbauten an der Eitorfer Straße sollen allerdings auf jeden Fall aufgebaut werden. Aber das Berufskolleg soll selbst entscheiden, ob es, falls sich kein anderes Interim findet, diesen Teilstandort annehmen will oder gar bis zum Bezug

des dringend nötigen und versprochenen Neubaus in seinem alten Gebäude bleibt.

Parallel dazu wollen wir die Verwaltung beauftragen, nun endlich den Neubau voranzutreiben und umgehend einen Investorenwettbewerb zu starten, damit das gelingt.

Außerdem brauchen wir Raumkonzepte für die Berufskollegs. Die Verwaltung ist aufgefordert, dies sofort für das BK 10 zu entwickeln und nachfolgend auch für die weiteren Berufskollegs. Damit wären wir für die BKs auf einem guten Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Henk-Hollstein das Wort.

(Anna-Maria Henk-Hollstein [CDU]: Frau Hölzing hat für die Antragsteller gesprochen!)

- Okay. - Herr Seeck.

(Zuruf von Oliver Seeck [SPD])

- Auch nicht. - Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten den Punkten 1, 2, 4 und 5 zustimmen, dem Punkt 3, der Bauweise in einem Investorenverfahren, allerdings nicht. Deshalb werden wir uns enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Insgesamt enthalten?

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Ja!)

- Okay.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktion DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**10.23 Einrichtung eines stadtgesellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden
4294/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2023
4331/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.25 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG
0303/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln
4353/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit-Filmproduktion, Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln
0307/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.28 Kostenfortschreibung Neubau eines Brunnens am Neumarkt
0218/2023**

Das ist eine Dringlichkeitsentscheidung, die Sie auch erst sehr kurzfristig erreicht hat. Ich bitte vielmals um Nachsicht. Aber hier ist es wichtig, dass wir bei der Gestaltung des Neumarktes auch weiterkommen.

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - In der Tat hat uns diese Vorlage mit der doch enormen Kostensteigerung sehr spontan erreicht. Für uns ergeben sich insofern eigentlich noch Fragen - unter anderem, wie wir damit umgehen, dass es hier 68 Prozent mehr sind als geplant, und wie wir damit umgehen, dass wir immer noch die Gefahr haben, dass ein teilweiser Rückbau des Brunnens erforderlich werden könnte.

Darüber hinaus verschärft sich der Eindruck, dass wir hier den i-Punkt setzen, bevor wir das i gesetzt haben. Wir sprechen die ganze Zeit zu Recht und auch mit zunehmendem Erfolg über eine Gesamtstrategie für den Neumarkt und wollen jetzt diese Einzelfallentscheidung mit der noch einmal enorm gestiegenen Kostenprognose so schnell in ganz kurzer Zeit verabschieden.

Wohlgemerkt ist hier für Unvorhergesehenes nur ein Betrag in Höhe von 5 Prozent veranschlagt worden, während wir sonst Risiken mit mindestens 20 Prozent einkalkulieren. Vor diesem Hintergrund erscheint das schon wie ein Ausblick auf eine mögliche weitere Kostensteigerung.

Die Verwaltung würde ich gerne fragen, inwiefern der in der Vorlage gegebene Hinweis zu verstehen ist, dass im Fall einer weiteren Schiebung bei etwaigen Veranstaltungen kultureller Art, die ja geplant sind, eine Sicherung der Baustelle erfolgen müsse und dass die dadurch entstehenden Kostensteigerungen noch nicht einkalkuliert und noch nicht bemessbar seien.

Das sind offene Fragen. Weiterhin würden wir gerne auch unter anderem wissen, wie die Abstimmung der Ämter untereinander in der Sache funktioniert hat.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir keineswegs gegen einen Brunnen sind. Wir haben seinerzeit ja auch dafür gestimmt. Die Vorteile von Kühlung und Vermeidung von Wärmeinseln erschließen sich uns natürlich.

Aber da wir so viele offene Fragen haben, würden wir hier dafür plädieren, dass wir es um eine Runde schieben. Mir ist die erwähnte Bindefrist



bis zum 6. März 2023 bewusst. Daher würden es gerne mit der Maßgabe weiterschieben, dass verhandelt wird, diese Bindefrist zu verlängern. Sollte das nicht möglich sein, bitten wir um eine Verweigerung in den Hauptausschuss.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Maximal Hauptausschuss!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte nur noch eine Ergänzung machen, Frau Helmis. Auch der Drogenkonsumraum bzw. die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Sie eben ja so gelobt haben, ist nur ein Mosaikstein für den Neumarkt.

Ich würde Sie aber bitten, jetzt noch einmal Herrn Greitemann dazu anzuhören

(Maria Helmis [SPD]: Ja, sehr gerne!)

und dann die Entscheidung zu treffen, wie Sie weiter damit umgehen wollen. - Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine kurze Erläuterung zu der Kostensteigerung: Sie haben es richtig erkannt. Die 68 Prozent resultieren insbesondere aus der gegenüber der Kostenschätzung höheren Angebotslegung. Darüber hinaus steigen die planerischen Kosten bezogen auf diese Steigerung der Baukosten. Sie kennen diese Thematik; die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure ist der Hintergrund.

Die weiteren Risiken sind von uns weiter fortgeschrieben worden. Sie können sicher sein, dass wir die Risiken, die wir jetzt eingepreist haben, inklusive des Generalunternehmerauftrages, den wir nun erteilen können, weitestgehend abschätzen können. Daher sind die 1,5 Millionen Euro, die jetzt für den Brunnen im Raume stehen, unserer Ansicht nach auskömmlich.

Wenn wir heute nicht beschließen, sondern im Hauptausschuss beschließen, können wir die Bindefrist einhalten; das ist korrekt. Jeder Tag, den wir eine Vergabe früher tätigen, hilft uns natürlich, damit wir mit der Baustelle sofort mit Beginn des Frühjahrs - denn wir müssen sie ja vorrüsten - auch durchstarten können.

Die Frage bezüglich des Mosaiksteins für den Neumarkt hat die Oberbürgermeisterin schon beantwortet. Es gibt eine Konzeption. Da ist der Brunnen essenziell.

Daher werbe ich dafür, dass wir heute entscheiden können. Wenn es im Hauptausschuss passiert, ist das auch in Ordnung. Aber dann sind wir zwei Wochen später gestartet. Damit möchte ich nicht präjudizieren, dass wir deswegen nicht fertig werden. Aber das sind ganz einfach die Argumente, die dafürsprechen, es heute entscheiden zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Zimmermann und Frau Gabriel. Danach würde ich Sie dann noch einmal fragen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte Frau Helmis beipflichten. Wenn es die Möglichkeit gibt, das im Hauptausschuss noch fristgerecht entscheiden zu können, dann plädiere ich doch dafür oder stelle auch den Antrag, es in den Hauptausschuss zu schieben.

Über eine Summe in dieser Größenordnung - 700 000 Euro - kann man jetzt hier nicht einfach mal eben so entscheiden. Das halte ich für keinen verantwortlichen Umgang mit den Haushaltsmitteln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich schließe mich meinen Vorredner*innen an.

Wie meine Kollegin, die Kollegin Gabrysch, bereits bei der damaligen Beschlussfassung kundgetan hat, sehen die KLIMA FREUND*INNEN das Projekt von Anfang an kritisch. Eine Wasseranlage kann hier sehr sinnvoll sein, sofern sie nicht nur zum Angucken ist, sondern multifunktional konzipiert ist und zur Abkühlung des Hitze-Hotspots bestmöglich genutzt wird. Und da gibt es weitaus sinnvollere, effektivere Varianten als den Wiederaufbau eines alten Brunnens, zum Beispiel Photovoltaik, mehr Stadtgrün, Verschattung usw.

Deswegen stelle ich hiermit den Änderungsantrag, dass der Text wie folgt abgeändert wird:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben für den Neubau der Brunnenanlage auf dem Neumarkt in Höhe von 711 000 Euro brutto gegenüber dem Baubeschluss vom



25.10.2021 zur Kenntnis und stimmt der Fortführung der Baumaßnahme nicht zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Wir würden uns dann anschließen: Verweis in den Hauptausschuss.

Ich wollte nur noch einmal sagen, dass ich schon einen Unterschied zum Drogenkonsumraum sehe, weil dort nicht die Gefahr besteht, das Ganze aufgrund des entstehenden Verkehrskonzepts vielleicht in Teilen oder ganz zurückbauen zu müssen. Diese Gefahr steht hier durchaus noch im Raume.

Ich würde, wenn das jetzt vielleicht nicht beantwortet werden kann, im Hauptausschuss noch um die Beantwortung meiner Frage bitten, was genau es denn vielleicht noch an Kostensteigerungen mit sich bringt, wenn die Baustelle bei Veranstaltungen auf dem Neumarkt, die wir begrüßen, gesichert werden muss. Da besteht möglicherweise noch ein Potenzial weiterer Kostensteigerungen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das haben wir aufgenommen. - Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt aber wirklich nicht mehr.

Dann lasse ich zunächst über Ihren Antrag, dem sich Herr Zimmermann und Frau Gabriel angeschlossen haben, auf Verweisung in den nächsten Hauptausschuss abstimmen. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage zusammen mit dem Änderungsantrag von Frau Gabriel in den Hauptausschuss verwiesen.

Nun kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03

Arbeitstitel: Deutzer Hafen - Teilplan Infrastruktur und Planungsbeschluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnahmen
3195/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0260/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) AN/0269/2023

Ich frage zunächst nach Wortmeldungen. - Dann beginnen wir mit Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen Gruß auch an die moderne Stadt, die hier so lange ausgeharrt hat! Wir haben mit dieser Beschlussvorlage ein Leuchtturmprojekt, mit dem wir uns heute befassen, und wir legen mit dem Satzungsbeschluss den nächsten Meilenstein für den Deutzer Hafen.

Vorweg, damit das Thema nicht ganz mit dem Verkehr überlagert wird: Es soll ein lebendiges Veedel entstehen, mit Wohnungen für über 7 000 Menschen, 6 000 Arbeitsplätzen, Park, Hafenpromenade, also wirklich ein spannendes Projekt.

Solche Projekte funktionieren natürlich nicht ohne die notwendige Infrastruktur und die Verkehre, die ein grundlegender Baustein für diese Bebauung sind.

Wir haben uns schon in der Sondersitzung von Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss intensiv damit befasst und tun das heute wieder. Es ist auch gut und richtig, sich am Anfang damit auseinanderzusetzen und auch die Bevölkerung, insbesondere die Poller, Bürger abzuholen.

Beim Änderungsantrag der FDP, der uns ja teilweise schon in der Sondersitzung vorgelegen hat, habe ich mir die Mühe gemacht, auch wenn er schwer zu lesen war, ihn wirklich einmal auseinanderzunehmen.

Ich hätte mich gefreut, lieber Ralph, wenn du die Punkte, die wir in der Sondersitzung bereits beschlossen haben, herausgenommen hättest. Dass du das nicht getan hast, ist aber auch nicht schlimm.

Jetzt möchte ich die einzelnen Spiegelstriche behandeln, die ihr in eurem Antrag als Punkt 12 aufnehmen wollt. Da bitte ich um etwas Geduld. Ich hoffe, dass ich mit meiner Redezeit auskomme, weil der Antrag schon sehr lang ist.



Dem Spiegelstrich eins würden wir so folgen. Es ist immer gut, sich um Lärmschutz zu kümmern. Auch die Prüfung, wie die S-Bahnlinie 16 beschleunigt werden kann, ist überhaupt kein Problem. Da folgt euch das Bündnis. Ich spreche hier auch im Namen des Bündnisses. Das würden wir also gerne übernehmen.

Den Spiegelstrich zwei finden wir allerdings problematisch, da am Poller Kirchweg ja schon ein zentraler Haltepunkt vorhanden ist. Man darf auch nicht vergessen, dass dieses Gebiet zusätzlich mit einem Bus der Linie 150 angeschlossen wird. Wir sind der Auffassung, dass es aktuell viel zu früh dafür ist, diese Forderung aufzustellen. Denn wenn man für das Gebiet und die Umgebung verkehrstechnisch mit dem ÖPNV ein Optimum erreichen möchte, müssen die S-Bahn und die Stadtbahn zusammen gedacht und geplant werden. Deshalb lehnen wir diesen Spiegelstrich heute ab, weil wir den Zeitpunkt für nicht geeignet halten.

Der Spiegelstrich drei betrifft die HGK-Trasse. Um diese Trasse herum - ich weiß nicht, wer ortskundig ist - befindet sich teilweise auch ein Hochwassergebiet. Bei der Straße Am Schnellert und der HGK-Trasse ist die Topografie relativ schwierig. Denn es gibt einen sehr großen Höhenversatz. Insofern ist tatsächlich fraglich, ob die Forderungen, die ihr aufgestellt habt, so umsetzbar sind. Wir lehnen sie an dieser Stelle zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Beim Spiegelstrich vier muss ich darauf hinweisen, dass die Stadtbahn bereits auf einem separaten Gleiskörper fährt. Was eure Forderung angeht, gerade auf diesem kleinen Teilstück die Fahrbahn um zwei Spuren zu erweitern, kann ich nicht sagen, ob das klappt. Es gibt grundsätzlich, wenn man das mit bloßem Auge sieht, keinen Platz dafür. Denn sowohl im südlicheren Teil als auch im nördlicheren Teil sind die Fahrbahnen wieder auf eine Spur gebracht. Es ist auch nicht geprüft, ob überhaupt die Notwendigkeit besteht, für diesen kleinen Teilbereich die Fahrbahnen zu erweitern. Das möchten wir heute so nicht beschließen, weil sehr viele Fragen aufgekommen sind, die sicherlich auch im weiteren Verlauf der Planung behandelt werden.

Was im Spiegelstrich fünf steht, haben wir mit dem Änderungsantrag bereits beschlossen. Deshalb müssen wir das heute nicht noch einmal tun. Ich bin kein Freund davon, Beschlüsse für bereits beschlossene Angelegenheiten zu fassen. Hier brauchen wir, glaube ich, nicht weiterzureden. Da sind wir uns einig.

Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie mir noch zwei Minuten schenken würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ich spreche hier auch teilweise für drei Fraktionen. Man muss es ja erläutern.

Der Spiegelstrich sechs ist auch teilweise in unserem damaligen Änderungsantrag enthalten. Wichtig ist, die Durchgangsverkehre aus Poll herauszuhalten und Optimierungen der Fuß- und Radwegeverbindungen vorzunehmen. Das müssen wir nicht beschließen, weil es schon vorgesehen ist. Ralf, du hättest es herausnehmen können. Es macht allerdings auch nichts, wenn es hier steht. Wir wollen aber gerne Quartiersgaragen und Mobilitätsstationen als Prüfauftrag mitnehmen. Da sind wir uns einig. Auch die Verbesserung der Busanbindungen, die im Dialog mit der Bürgerschaft stattfindet, soll weiter vorangebracht werden. Daran machen wir einen Haken. Das können wir auch so beschließen.

Den Spiegelstrich sieben sehen wir kritisch. Die Stelle, an der die FDP die P+R-Anlage wünscht, liegt mitten im Wäldchen. Dieses Wäldchen hat auch eine große Bedeutung für das Stadtklima. Außerdem führt - darüber haben wir ja in der Sondersitzung gesprochen - eine P+R-Anlage an dieser Stelle dazu, dass noch mehr Verkehr an der Anschlussstelle der A 4 erzeugt wird, und die Anschlussstelle ist bereits heute an der Grenze der Belastung angelangt. Wir verfolgen als CDU und im Bündnis auch das Ziel, die Pendler draußen abzuholen. Deshalb unterstützen wir die Erweiterung der P+R-Anlage in Königsforst, um die Pendler dort abzuholen und auf den gut fahrenden ÖPNV zu bringen. Deswegen werden wir den Spiegelstrich sieben des FDP-Antrags ablehnen.

Beim Spiegelstrich acht ist es unheimlich kompliziert. Ich sage es ganz kurz. Wir lehnen das ab. An dieser vierstreifigen Straße gibt es sehr, sehr viele Schwierigkeiten. Der Bahnübergang zum Güterbahnhof ist wirklich relativ schwierig. Man steht da gefühlt über eine halbe Stunde. Aufgrund dessen hat die Straße auch nie an Bedeutung gewonnen. Man weiß auch nicht, ob tatsächlich der Bedarf dafür vorhanden ist. Die Rumpfanlage stammt ja aus den 70er-Jahren. Es gibt Planungen - sie liegen jetzt über 50 Jahre zurück -, die sich für oder gegen einen Tunnel aussprechen. Daher würde ich dem Rat empfehlen, das heute abzulehnen. Man kann vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal darüber nachdenken, die Planungen wieder herausholen und prüfen: Passt es? Ist der Bedarf da?



Jetzt habe ich mir wirklich die Mühe gemacht, den Antrag – ihr FDP, habt euch ja auch viel Arbeit damit gemacht - auseinanderzunehmen. Ich hoffe, dass man das so verstanden hat. Kurz als Wiederholung: Spiegelstrich eins und sechs Zustimmung; der Rest wird abgelehnt.

Und wir würden auch so abstimmen wie die Sondersitzung Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss nebst der Anlage 20, die auch in Mandatos zu finden ist. Das würden wir als Bündnis dem Rat als Empfehlung mitgeben.

Vielen Dank für Ihre Geduld. Aber ein so wichtiges Thema braucht einfach ein bisschen mehr Zeit, auch zu dieser Stunde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wir kommen ja gleich, nachdem die Wortmeldungen abgearbeitet sind, zur Abstimmung. Ich finde es auch interessant, wer warum wie abstimmt, und bitte nur darum, sich dann in seinem Abstimmungsverhalten auch danach zu richten; denn sonst geraten wir hier irgendwann einmal durcheinander.

Herr Homann hat jetzt das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es gut, als Erster zu sprechen, und manchmal nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dazu komme ich aber gleich, Teresa.

Wir haben hier heute einen B-Plan-Beschluss zu fassen, der relativ außergewöhnlich ist, weil er eigentlich vom Inhalt her nur Verkehr bedeutet.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nur?)

- „Nur“ Verkehr. Entschuldige, Lino.

Wir haben mit dem Plangebiet Deutzer Hafen hier wahrscheinlich eine der wichtigsten und bedeutendsten Entwicklungsflächen dieser Stadt vor der Brust. Natürlich gibt es noch andere wie die Parkstadt Süd. Aber keine hat eine direkte Sichtbeziehung zum Dom. Bei keiner wird vom Rhein aus die Skyline zu sehen sein. Sie ist auch relativ

groß mit 40 Hektar Hafengebiet, das wir hier entwickeln wollen. Davon sind 8 Hektar Wasserfläche. Auch das ist sehr außergewöhnlich.

Wir haben uns 2009 mit dem Masterplan Innenstadt auf den Weg gemacht, dieses Potenzial zu heben. Teresa, du hast es richtig gesagt: Wir schaffen hier Wohnraum für 7 000 Menschen und 6 000 Arbeitsplätze plus Kitas, Grundschule, Einzelhandel und viele, viele Dinge mehr.

Das Ganze muss natürlich in einen FNP gegossen werden. Jetzt gibt es schrittweise mehrere B-Pläne. Das hier ist ein Teil-B-Plan davon. Denn ein so großes Gebiet in der Innenstadt muss natürlich verkehrlich bestens entwickelt sein.

Jetzt komme ich dazu, weswegen es manchmal gut ist, als Erster oder als Zweiter zu reden. Wir haben uns natürlich auch Mühe mit dem Antrag der Kollegen der FDP gemacht, insbesondere deswegen, weil wir in der gemeinsamen Sondersitzung nicht so im Detail darauf eingegangen sind. Ich habe aber gerade gemerkt, wie schwierig es ist, die einzelnen Punkte hier wirklich durchzugehen. Auch ich würde mit meiner Redezeit nicht hinkommen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dafür haben wir ja Ausschüsse!)

Aber Teresa hat schon ganz viel zu den Inhalten dieser Anträge erklärt.

Wir haben alle zusammen in der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Verkehrsausschusses einen gemeinsamen Änderungsantrag gestellt und beschlossen. Damit haben wir gute Änderungen hineingebracht. Wir haben ein Konzept zur Vermeidung von Schleifverkehren gefordert und beschlossen. Wir haben beschlossen, dass es nicht unnütze Baumfällungen an der Siegburger Straße gibt; man sollte sie da vermeiden. Wir haben beschlossen, dass der Deutzer Hafen bzw. das Neubaugebiet einen direkten Stadtbahnanschluss bekommt. Beschlossen haben wir auch die Radwegeverbindung über die Südbrücke und die Ermöglichung des schnellstmöglichen Vorlaufsbetriebs der Bahnlinie S16. Das sind alles Dinge, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Ihr habt im Antrag teilweise ähnliche Dinge stehen. Deswegen werden wir wie folgt abstimmen - ich gehe die Spiegelstriche nur kurz durch -: Dem Spiegelstrich eins werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich zwei werden wir ablehnen. Dem Spiegelstrich drei werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich vier werden wir ablehnen. Dem



Spiegelstrich fünf werden wir zustimmen. Die Spiegelstriche sechs, sieben und acht werden wir ablehnen. Das werdet ihr gleich sehen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Auch den Spiegelstrich sechs mit den Quartiersgaragen?)

- Ach, Entschuldigung. Nein, den Spiegelstrich sechs werden wir nicht ablehnen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ich passe auf!)

- Du passt nicht nur auf, sondern kennst wohl meine Notizen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Oder du hast meine!)

- Oder ich habe deine. Ich weiß es nicht.

Dann gibt es noch einen zweiten Antrag, nämlich den Antrag der FRAKTION und der KLIMA FREUNDE. Er enthält vier Unterpunkte. Den ersten, den zweiten und den dritten werden wir ablehnen. Der vierte ist denkbar unschädlich. Aber wir haben ihn eigentlich auch schon beschlossen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Teresa, du hast es noch nicht gemacht. Ralph wird den Antrag der FDP ja gleich vorstellen. Wir beantragen hier natürlich punktweise Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ganz kurz auf die Stadtentwicklung eingehen, aber erst einmal sagen: Dieser Satzungsbeschluss ist wirklich sehr wichtig. Diese Stadtentwicklungsmaßnahme muss zügig vorangebracht werden. Wir haben das Ganze kritisch begleitet, aber finden es sehr wichtig, dass dieses Areal jetzt auch zügig vorangebracht wird.

Es gab eine intensive und lange Debatte über den Deutzer Hafen. Die Debatte war auch notwendig und richtig. Dann hat man mit einem Grundsatzbeschluss zur Umwandlung des Areals eines der letzten innerstädtischen Industrieareale aufgegeben. Dadurch sind Arbeitsplätze für Menschen mit einer geringen Qualifikation weggefallen.

Die Umwandlung wird weiterhin komplex bleiben. Hier seien beispielhaft nur Hochwasserschutz und Verkehr genannt.

Bei der nun anstehenden Entwicklung ist streng darauf zu achten, dass die sozialen und ökologischen Aspekte höchste Priorität haben. Außerdem muss klimagerecht gebaut werden.

Der übergroße Anteil der Fläche ist quasi in städtischer Hand. Das ist Privileg und Verpflichtung zugleich.

Daher sind wir in der Pflicht, einen Stadtteil mit Wohnungen zu bauen, die auch für Normal- und Geringverdiener*innen erschwinglich sind.

Kitas und Schulen müssen entstehen, damit der Deutzer Hafen ein Platz für Familien wird. Denn Familien ziehen derzeit aus Köln weg, weil sie keine weitere Bleibe finden.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass Arbeitsplätze für Nichtakademiker*innen entstehen. Denn ohne Handwerk*innen und Müllwerker*innen oder Straßenbahnfahrer*innen wird die Stadt nicht funktionieren.

Wie es nicht geht, sieht man nämlich gegenüber. Der Rheinauhafen kann bei der Entwicklung des Deutzer Hafens allenfalls als abschreckendes Beispiel dienen.

Relativ spät haben uns jetzt zwei Änderungsanträge erreicht. Von der FDP kenne ich das eher weniger, dass sie Anträge am selben Tag einreicht. Das ist, muss ich sagen, ein Stück weit eine Überforderung. Der Änderungsantrag von KLIMA FREUNDEN und FRAKTION kam ja auch als Tischvorlage.

Jetzt auf alle Punkte einzugehen, wäre natürlich schwierig und würde die Zeit sprengen. Deswegen werde ich nur sagen, wie wir abstimmen werden. Das ist hier ja kunterbunt.

Vorab: Wir haben bei der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Verkehrsausschusses einen guten Beschluss gefasst. Da waren wir schon glücklich, dass auch Punkte von uns aufgenommen worden sind. Wir haben den Antrag dann gerne mitgetragen.

Beim Antrag der FDP werden wir dem Spiegelstrich eins wie auch die SPD und das Bündnis zustimmen. Entgegen dem, was Teresa gesagt hat, werden wir dem Spiegelstrich zwei ebenfalls zustimmen, weil wir das für richtig halten. Dem Spiegelstrich drei werden wir zustimmen. Dem Spiegelstrich vier werden wir nicht zustimmen, weil wir



die je zwei durchgehenden Fahrspuren für den MIV nicht haben möchten, was wohl niemanden wundert. Dass wir dem Spiegelstrich fünf mit der Drehbrücke nicht zustimmen, ist auch ganz klar, glaube ich. Beim Spiegelstrich sechs werden wir uns enthalten. Dem Spiegelstrich sieben werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich acht werden wir ablehnen.

Dann möchte ich noch ganz kurz auf den Antrag von KLIMA FREUNDEN und FRAKTION eingehen. Dem Punkt 12 können wir nicht zustimmen, weil wir eine Umweltbrücke für den ÖPNV für unrealistisch halten. Wann soll sie kommen? Außerdem würde das eine immense Zeitverzögerung mit sich bringen, vermutlich sogar eine neue Offenlage, was wir auf keinen Fall möchten. Bei den Punkten 13, 14 und 15 haben wir keine Probleme, ihnen zuzustimmen, auch wenn der Punkt 14 schon in der BV abgestimmt ist und der Punkt 15 eigentlich auch schon besteht. Wir fassen ja immer Beschlüsse, die doppelt gemoppelt sind. Das kann man auch hier machen. Es verschlägt ja nichts.

Einen Punkt finden wir wichtig. Das hatten wir auch in der gemeinsamen Sitzung gesagt. Deshalb steht in dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag unter Punkt 7 auch:

Das Neubaugebiet erhält einen direkten Stadtbahnanschluss zum Deutzer Bahnhof.

Das halten wir nach wie vor für wichtig. Wenn aber nun die Anlage 20 Bestandteil wird, müssten wir uns entsprechend verhalten. Ich weiß nicht, ob man sich bei diesem Punkt jetzt auch noch enthalten kann; das ist ja eine Anlage. Da würden wir uns aber enthalten, weil wir es nach wie vor wichtig finden - und so haben wir es ja auch hineinverhandelt -, dass das nicht über eine Machbarkeitsstudie erfolgt, sondern darin tatsächlich steht, dass das Neubaugebiet eine direkte Anbindung zum Deutzer Bahnhof bekommt. Damit wird das jetzt leider verwässert. Insofern müssten uns dann enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt begründet Herr Sterck den Änderungsantrag, über den wir schon so viel gehört haben. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erst einmal

herzlichen Dank dafür, dass wir uns hier so intensiv damit beschäftigen.

Lassen Sie mich auch einen Hinweis für diejenigen geben, die jetzt den Eindruck haben, wir seien hier mehr im Fachausschuss als im Rat.

(Sandra Schneeloch [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Wir werden aber, Freundinnen und Freunde, in dieser Ratsperiode wahrscheinlich kein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt beschließen als den Deutzer Hafen. Daran müssen wir einmal erinnern.

(Beifall von Volker Görzel [FDP])

Deswegen ist heute im Grunde ein historischer Tag. Daher geht auch ein herzlicher Dank an die Verwaltung, insbesondere an das Team von Markus Greitemann, und an Herrn Röhrig von der modernen Stadt - er sitzt auf der Zuschauertribüne und ist auch schon angesprochen worden -, weil das wirklich etwas ganz Besonderes ist.

Ich bin auch froh darüber, dass wir heute mit einer so großen Einigkeit über dieses Thema beraten. Das ist nicht immer so gewesen. Ich habe hier auch schon Reden für die Umwandlung des Deutzer Hafens gehalten, als es noch von grüner Seite und SPD-Seite Ablehnung gegeben hat, weil es damals um den Erhalt von 200 Industriearbeitsplätzen ging.

Wie die Kollegin De Bellis schon gesagt hat, reden wir aber nicht über 200 Industriearbeitsplätze, sondern wollen hier 6 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem wollen wir 7 000 Menschen in Wohnraum bringen. Daran sieht man doch, welches Potenzial dieses Gelände des Deutzer Hafens hat, das auch noch einmal doppelt so groß wie der Rheinauhafen ist.

Herzlichen Dank, dass sich alle so intensiv mit unserem Änderungsantrag beschäftigt haben. Es hat auch einen Grund, warum wir ihn erst heute stellen und warum er so kurzfristig gekommen ist. Eigentlich hat alles rechtzeitig zum Stadtentwicklungsausschuss und zum Verkehrsausschuss vorgelegen. Das Bündnis war aber nicht so richtig in der Lage, mit zwei Änderungsanträgen gleichzeitig zu jonglieren.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Alles gut. Ich bin ja dankbar dafür, dass wir jetzt über die einzelnen Spiegelstriche reden.



Uns geht es einfach um Folgendes: Wir schaffen heute die Infrastruktur für ein Projekt, das wahrscheinlich erst in 15 oder 20 Jahren seine richtige Blüte erleben wird. Dann werden wir sehen, ob die Annahmen, die wir heute in Sachen „Entwicklung des Verkehrs“ auf Grundlage des Verkehrsgutachtens getroffen haben, wirklich eingetroffen sind. Vor diesem Hintergrund geht es uns darum, das Ganze möglichst flexibel zu halten und möglichst hohe Kapazitäten zu haben.

Wenn wir nachher aus einer Straße wie der Alfred-Schütte-Allee eine Fahrradstraße machen, ist das wunderbar; dann hat alles so geklappt, wie es sich der Verkehrsgutachter vorgenommen hat. Nur: Wenn in 15 oder 20 Jahren alle nicht mehr mit einem Verbrennungsmotor, aber mit einem autonomen Elektroeinzelfahrzeug fahren und damit wieder viel Verkehr auf der Straße ist, braucht ein solches Gebiet auch eine entsprechende Anbindung. Schließlich wollen wir auch nicht, dass der Verkehr sich dann nach Poll verlagert. Die große Angst ist ja, dass die meisten in Richtung Siegburger Straße nach Süden fahren, weil der Norden nicht alles aufnehmen kann.

Deswegen war es uns wichtig, hier ein paar Pflöcke einzuschlagen. Ich will die ganzen Dinge jetzt gar nicht mehr einzeln aufzählen.

Die von Teresa De Bellis insbesondere angesprochene Verknüpfungshaltestelle mit der S16, die dort irgendwann einmal kommen soll, halte ich für unheimlich wichtig, auch gegenüber unseren Zuschussgebern. Wenn wir als Stadt Köln und als KVB nicht bereit sind, unter der Haltestelle der S-Bahn auch die Linie 7 halten zu lassen, würde ich als Zuschussgeber in Berlin sagen: Freunde, ihr habt in Köln anscheinend in Sachen ÖPNV noch nicht den Knall gehört. - Für diese Verknüpfungshaltestelle muss auch Platz geschaffen werden. Deswegen ist die Erweiterung der Siegburger Straße in diesem südlichen Teil Am Stellert aus unserer Sicht sehr wichtig. Ihr habt jetzt gesagt: Wir machen das heute nicht; wir machen das irgendwann anders. - Hoffentlich ist dann noch der Platz vorhanden, um diese Verknüpfungshaltestelle schaffen, weil ich sie, wie gesagt, unheimlich wichtig finde, damit die S16 irgendwann auch ihren Verkehrswert dort erzeugt.

Zu der Alfred-Schütte-Allee und der Drehbrücke hat Teresa De Bellis gesagt, es sei Beschlusslage, dass das offen bleibt. Das habe ich so nicht in Erinnerung. Ich finde das aber schön und höre es natürlich gerne, weil wir gesagt haben: Wir brauchen die Alfred-Schütte-Allee und die Drehbrücke zunächst als Bypass, um zu sehen, ob die

Verkehrsannahmen, die wir getroffen haben, dort eingetreten sind oder ob wir Mehrkapazitäten brauchen.

Ich bedanke mich also herzlich dafür, dass sich alle so intensiv damit beschäftigt haben. Jetzt wollen wir schauen, welche Spiegelstriche hier möglicherweise eine Mehrheit bekommen. Über die anderen Sachen reden wir vielleicht an anderer Stelle noch einmal.

Ich finde es toll, dass wir heute mit einer breiten Mehrheit den Bebauungsplan hier beschließen werden; denn das ist ein Projekt für die nächsten Jahrzehnte, das unsere Stadt enorm weiterbringen wird. Dafür bin ich sehr dankbar, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Voll): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, das Wesentliche wurde bereits von Teresa De Bellis gesagt. Deswegen ziehe ich meinen Redebeitrag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer, die vielleicht noch da sind! Die Beschlussvorlage in der jetzigen Form mit all den Änderungen ist so weit okay. In der Sondersitzung wurden ja noch wichtige Erkenntnisse aufgenommen.

Trotzdem geht sie uns nicht weit genug, weswegen wir diesen Änderungsantrag stellen. Er kommt scheinbar recht plötzlich. Das liegt aber nicht an uns. Denn wir standen in der Sondersitzung hier in trauter Zusammenkunft und haben gesagt: Wir werden alle Änderungen noch einmal besprechen, aufnehmen und dann versuchen, gemeinsam zu einem Beschluss zu kommen. - Ja, gemeinsam. Wir haben die Vorschläge zu unserem Änderungsantrag frühzeitig, vor zehn Tagen, eingebracht. Die Antwort darauf kam allerdings



heute um 12.10 Uhr. Das nenne ich mal eine konstruktive Zusammenarbeit bei einem so großen und wichtigen Projekt wie dem Deutzer Hafen.

Wenn Sie argumentieren, dass die Punkte zwei und drei da eigentlich schon drin seien, dann ist das okay. Das hätten wir aber gerne früher erfahren. Da hätten wir uns alle miteinander unterhalten können. Es ist aber nun einmal auch ein Beschluss hier in der Ratssitzung und nicht nur Aufgabe der BV.

Unsere Punkte, die wir eingebracht haben, halten weder auf, noch machen sie irgendetwas kaputt. Im Gegenteil: Sie stellen die Weichen für ein zukunftsorientiertes Quartier. Daher möchte ich Sie bitten, dem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und von Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich schließe mich natürlich meiner Vorrednerin an. Das Projekt Deutzer Hafen ist ein Leuchtturmprojekt. Daran bestehen keine Zweifel. Aber natürlich kann es noch heller scheinen. Wieso auch nicht?

Daher haben wir die genannten Aspekte in unserem Änderungsantrag aufgegriffen, weil wir ehrlich, schnellstmöglich und konsequent in Köln die sozialverträgliche Klimawende vollziehen wollen.

Im Namen der KLIMA FREUNDE bitte ich um Zustimmung zu unseren Ergänzungen und möchte bei der Gelegenheit daran erinnern, dass es in diesem Gremium keinen Fraktionszwang bei den Abstimmungen gibt.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich beabsichtige, die Abstimmung folgendermaßen vorzunehmen: Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen, den Beschluss um einen Punkt 12 zu ergänzen, der acht Spiegelstriche hat, über die ich einzeln abstimmen lasse. Dann komme ich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FRAKTION und von Frau Gabriel auf Ergänzung um folgende Punkte - wie Anlage 19 -: Nr. 12, Nr. 13, Nr. 14

und Nr. 15. Danach mache ich natürlich jeweils die Gesamtabstimmung über den Antrag. Dann lasse ich - nach den Vorrednern muss ich ja davon ausgehen - über die geänderte Vorlage wie Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 in geänderter Fassung abstimmen.

So beabsichtige ich das jetzt zu machen. Wir müssen ganz genau schauen, wie die Abstimmung läuft. Deswegen bitte ich Sie, mich da auch zu unterstützen und das sehr diszipliniert umzusetzen, damit sich hinterher auch jeder und jede wiederfindet.

Dann beginne ich mit den Abstimmungen über den Änderungsantrag der FDP auf Ergänzung um einen Punkt 12.

Spiegelstrich eins. Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen.

Spiegelstrich zwei. Zustimmung? - DIE LINKE, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gabriel, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Spiegelstrich drei. Wer wünscht zuzustimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das abgelehnt.

Spiegelstrich vier. Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind die FDP und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Spiegelstrich fünf. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, die FDP und die AfD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Spiegelstrich sechs. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Beschlossen.

Spiegelstrich sieben. Zustimmung? - Ich fange einmal auf der anderen Seite an. Die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, Herr Zimmermann und DIE LINKE. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.



Spiegelstrich acht. Zustimmung? - Die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der FDP gesamtstimmen, und zwar in der so geänderten Fassung, also mit den Spiegelstrichen eins und sechs. Zustimmung? - Die FDP, die AfD, die CDU-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Volt. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. So angenommen.

Jetzt komme ich zum Änderungsantrag der FRAKTION und von Frau Gabriel.

Nr. 12. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nr. 13. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Nr. 14. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Nr. 15. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Dann kann ich auf die Gesamtabstimmung über diesen Antrag verzichten; es wurde ja nichts geändert.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar wie Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss, aber in der geänderten Fassung

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Wie Sondersitzung Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss!)

- ja, die meine ich - mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 und den beiden Punkten aus dem Änderungsantrag, die hier die Mehrheit bekommen haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So machen wir das! - Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: meldet sich zu Wort)

- Ist das eine Frage? Wir sind in der Abstimmung.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ja. Aber ich habe doch in meiner Rede gesagt, dass wir uns bei dem Punkt 7 in der Fassung der Anlage 20 gern enthalten würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir einmal zu Protokoll. Sonst kriegen wir jetzt die Abstimmung nicht mehr hin. Es wird auch an der Abstimmung nichts ändern, schätze ich einmal.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich will jetzt wirklich nichts prophezeien. Aber wir nehmen es zu Protokoll.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Ich nehme es mit Humor!)

- Ich meine es auch wirklich nicht hässlich, sondern ich meine es einfach nur tatsächlich. Es ist nämlich schwierig genug, das jetzt alles ganz regelgerecht und korrekt hinzukriegen.

(Lisa Steinmann [SPD]: Sie hat es mit einem Lächeln aufgenommen!)

Vielen Dank, Frau Tokyürek, für Ihren Humor und dafür, wie Sie damit umgehen, wenn ich so eine dumme Bemerkung mache. Danke.

Wer wünscht jetzt dieser Vorlage wie Sondersitzung Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 19, mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 und mit Beschlusspunkt 12 mit den soeben beschlossenen Spiegelstrichen eins und sechs zuzustimmen? - LINKE, SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt und AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel enthalten sich. Damit ist der Vorlage in dieser Form mit großer Mehrheit zugestimmt worden. - Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63454/03
Arbeitstitel: Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld
3989/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage und wie Stadtentwicklungsausschuss; er hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.



Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 674351/02 Arbeitstitel: „Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)“ in Köln-Altstadt/Süd 4157/2022

Ich begrüße, weil es hier auch um ein wichtiges Projekt der Stadt geht, bei uns sehr herzlich den Vorhabenträger, Herrn Superintendent Dr. Bernhard Seiger, mit einer ganzen Mannschaft, die ich von hier aus nicht erkennen kann, und den Architekten Kaspar Kraemer, die wissen wollen, wie wir jetzt damit umgehen.

(Beifall)

Als Erstes frage ich nach Wortmeldungen aus dem Rat. - Wortmeldungen gibt es nicht.

So eine komplizierte Abstimmung kann ich Ihnen jetzt leider nicht bieten.

(Heiterkeit)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Josef-Kallischeuer-Straße entlang der Industrie-straße und der Wattignystraße von Unter Buschweg bis Rodderweg in Köln-Sürth 2821/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und der FRAKTION. Enthaltungen? - Es enthält sich Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 284. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3223/2022

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage und wie Verkehrsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Kölnstraße von Am Feldrain bis Haus-Nr. 51 einschließlich in Köln-Sürth 3281/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Gestaltungsbeirat der Stadt Köln; Berufung der neuen Mitglieder des Gestaltungsbeirates 2599/2022

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der Volt-Fraktion betreffend „Neubesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ AN/0206/2023

Gibt es hier Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Generalversammlung der Genossenschaft govdigital eG 4345/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Nachbesetzung Lenkungsreis MiQua“
AN/0235/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend
„Umbesetzung im Bauausschuss“
AN/0250/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der Volt-Fraktion betreffend
„Neubesetzung der Sachkundigen Ein-
wohnerin im Ausschuss für Allgemeine
Verwaltung und Rechtsfragen/Verga-
be/Internationales“
AN/0253/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gre-
mienumbesetzung“
AN/0255/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.8 haben wir in den
Hauptausschuss verwiesen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
nen betreffend „Umbesetzung im Beirat
der Forensischen Klinik Köln-Porz“
AN/0263/2023**

Es gibt eine Wortmeldung.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr ge-
ehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegin-
nen und Kollegen! Diesen Antrag ziehen wir zu-
rück, weil er noch einen Formfehler enthielt, und
regeln die Besetzung über den anderen Weg. Es
gibt den Antrag also nicht mehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt
den Antrag gar nicht mehr. Gut.

Dann rufe ich auf:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsent-
scheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nord-
rhein-Westfalen**

**18.1 Sammelbeschluss zur schulrechtlichen
Änderung mehrerer Gymnasien gemäß
§ 81 Schulgesetz NRW
4030/2022**

Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

Michael Hock (Die FRAKTION): Nicht zur Dring-
lichkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.
Dann sprechen Sie trotzdem zum Thema.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir beantragen,
das in den Schulausschuss zu verweisen, weil wir
verstanden haben, dass die meisten Schulen mit
dieser Zügigkeitserweiterung nicht d'accord sind,
sondern mitgeteilt haben: Das schaffen wir nicht.
- Daher sind wir der Ansicht, dass das im Schul-
ausschuss noch einmal ausführlicher diskutiert
werden sollte. Wir beantragen also Verweisung in
den Schulausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja
die Genehmigung einer Dringlichkeitsentschei-
dung. Dafür ist der Rat zuständig. Deswegen ist
die Verweisung in den Schulausschuss hier nicht
möglich.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, okay. Ver-
stehe. Gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. -
Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Von
der FRAKTION. Enthaltungen? - Es enthalten
sich Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Dann ist
so beschlossen.

Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und
verabschiede mich auch von unseren Gästen auf
der Tribüne.

(Schluss: 19.44 Uhr)

